



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Eine Analyse des Israel-Palästina-Konflikts in der
aktuellen Debatte aus neorealistischer Perspektive“

verfasst von / submitted by

Hakan Can, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium
Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Wien, am 7.7.2020

Gender Erklärung

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Diplomarbeit die Sprachform des generischen Maskulinums angewendet. Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

Inhaltsverzeichnis

I. Abkürzungsverzeichnis	7
II. Abbildungsverzeichnis	8
III. Tabellenverzeichnis	8
1. Einleitung	9
1.1 Auswahl des Themas	9
1.2 Aufbau und Methodik.....	11
1.3 Begriffserklärung	12
1.4 Forschungsfrage und Hypothesen	13
2. Theorie	18
2.1. Definition von Theorie nach Waltz	18
2.2. Die Theorie des Realismus in den internationalen Beziehungen	18
2.2.1. Klassischer Realismus.....	18
2.2.2. Struktureller Realismus/Neorealismus	19
2.3. Offensiver und defensiver Realismus	22
2.3.1. Kenneth Waltz: Defensiver Realismus	23
2.3.2. John Mearsheimer: Offensiver Realismus	25
3. Arabisch-Israelische Kriege und das Sicherheitsdilemma.....	25
3.1. Israelischer Unabhängigkeitskrieg/Al-Naqba.....	26
3.2. Die Analyse der Suezkrise: „balancing“ oder „bandwagoning“?	30
3.3. Der Sechstagekrieg/Junikrieg 1967: offensiver und defensiver Neorealismus	32
3.4. Der Yom-Kippur-Krieg/Oktoberkrieg und die „balance of power“	38
4. Die Rolle der Vereinten Nationen im Israel-Palästina-Konflikt.....	47
4.1. UN-Sicherheitsrat und die Position der USA	47
4.2. Israels Siedlungs- und Annexionspolitik	51
4.3. Palästinas „capabilities“ und sein Status in der UN	61

5. Der Nahostfriedensplan von Trump	70
5.1. Analyse.....	70
5.2. Israels Reaktion auf den Plan der US-Regierung.....	75
5.3. Palästinas Reaktion auf den Plan der US-Regierung.....	76
6. Zusammenfassung.....	78
6.1. Beantwortung der Hypothesen	78
6.2. Resümee	80
Literaturverzeichnis	83
Quellenangabe für Abbildungsverzeichnis	89
Quellenangabe für Tabellenverzeichnis	90
Abstract DE	91
Abstract EN	91

I. Abkürzungsverzeichnis

EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
GA	Genralversammlung/General Assembly der Vereinten Nationen
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
PA	Palästinensische Autonomiebehörde
PLO	Palästinensische Befreiungsorganisation/Palestine Liberation Organization
SC	Sicherheitsrat/Securiy Councill der Vereinten Nationen
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	Vereinte Nationen
UNEF	United Nations Emergency Force/Friedenssicherungsmission
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
USA	Vereinigte Staaten von Amerika/United States of America

II. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das Sicherheitsdilemma (Masala 2005: 59)	23
Abbildung 2: UN-Teilungsplan nach Resolution 181 (II)	26
Abbildung 3: UN-Teilungsplan vs. Waffenstillstandsabkommen 1949	27
Abbildung 4: Grenzverlauf vor und nach dem Sechstagekrieg / Junikrieg	34
Abbildung 5: Tafeln in den von Israel besetzten Golanhöhen, welche die Entfernungen zu wichtigen Orten in der Region zeigen.....	35
Abbildung 6: Israelische Warntafel im Golan nahe der Stadt Quneitra an der Grenze zu Syrien.....	36
Abbildung 7: Ansicht einer von Israel errichteten Mauer in den besetzten Gebieten von 1967.....	53
Abbildung 8: Israelische Siedlungen und Sperranlagen in der Westbank	54
Abbildung 9: Die Siedlung „Ma´ale Adumim“	56
Abbildung 10: Ansicht einer Siedlung außerhalb der Siedlungsblöcke	57
Abbildung 11: Amona, ein sogenannter „Außenposten“	57
Abbildung 12: Coverbild der Zeitschrift „Der Spiegel“ in seiner Ausgabe 47/1974 ...	63
Abbildung 13: Israels Präsident Yitzhak Rabin, US-Präsident Bill Clinton und PLO- Führer Jassir Arafat 1993 vor dem Weißen Haus in Washington	65
Abbildung 14: Aufteilung des Westjordanlandes in drei Zonen.....	66
Abbildung 15: Israel nach dem Friedensplan von Trump	72
Abbildung 16: Palästina nach dem Friedensplan von Trump.....	74

III. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Militärkapazitäten der Konfliktparteien	40
--	----

1. Einleitung

1.1 Auswahl des Themas

28. Juli 2010 war jener Tag, an dem ich zum ersten Mal das biblische „Heilige Land“, die muslimische „Al Quds“ und das jüdische „Eretz“ Israel betrat und im Zuge meines Auslandszivildienstes das Österreichische Pilgerhospiz Jerusalem für die kommenden 365 Tage meine vorübergehende Heimat nennen durfte.

Bereits zehn Monate vor meinem Auslandszivildienst ergriff ich im November 2009 die Möglichkeit, einem zweimonatigen Praktikum bei der Ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York nachzugehen. In dieser Zeit hatte Österreich einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen inne. Als Praktikant betreute ich für die Ständige Vertretung die Agenden im „Fourth Committee“, sogenannte „The Special Political and Decolonization Committee“ der Vereinten Nationen, in dem der Nahostkonflikt, insbesondere der Israel-Palästina-Konflikt, behandelt wurde.

Während meines einjährigen Aufenthaltes in Jerusalem bereiste ich das Heilige Land von den Golan-Höhen bis zum Roten Meer, besuchte das Flüchtlingscamp Dschenin/Jenin, sah den soziokulturellen Unterschied zwischen Tel Aviv und Jerusalem, durchquerte die Trennmauer zwischen Israel und Palästina und wurde dabei Zeuge der Gemeinsamkeiten der abrahamitischen Religionen sowie der hochpolitisierten Gesellschaft auf beiden Seiten.

Die persönliche Bindung zum Heiligen Land, die jahrelange Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt und der Wunsch, nach einer wissenschaftlichen Analyse darüber, sind der Ansporn für die Auswahl der vorliegenden Masterarbeit.

Der Konflikt zwischen Israel und Palästina dauert seit Generationen an und bietet unzählige Bücher, Zeitzeugen sowie weiteres Datenmaterial. An Aktualität hat der Konflikt zwischen Israel und Palästina ebenso wenig verloren, wie an Bedeutung für die (muslimisch-) arabische und jüdische Welt. Der Konflikt beschäftigt nicht nur die betroffenen Konfliktparteien, sondern sowohl nationale als auch internationale Akteure und erreicht eine Dimension, die über ihre geographischen Grenzen hinausragt.

Israel, als einziger jüdisch-dominierte Staat der Welt auf der einen Seite und Palästina, ein – bis dato – die volle Souveränität nicht erhaltenes Staatesgebilde auf

der anderen Seite, bekämpfen sich seit dem UN-Teilungsplan von 1947. Dieser jahrzehntelange Konflikt und die unzähligen Todesopfer und Vertreibungen verdeutlichen die Intensität des gegenseitigen Misstrauens zwischen Israel und Palästina sowie den arabischen Nachbarstaaten in der Region. Vom UN-Teilungsplan 1947 bis zur ersten Intifada 1987 verging kein Jahrzehnt, in welchem Israel und mindestens einer der arabischen Nachbarstaaten sich nicht bekriegt hatten.

Die Argumente, welche Politiker, Historiker und Wissenschaftler zu diesem Konflikt und zu den betroffenen Staaten aufzählen sind vielfältig. Für die einen gründet der Konflikt auf einer religiösen, historischen Ideologie und Identitätsbildung, für die anderen auf Ressourcen und Machterhalt bzw. -erweiterung. Einig sind sich beide involvierten Konfliktparteien und ihre jeweiligen Unterstützer in einem Punkt: Es geht um die Existenz! Israel sieht sich im Nahen Osten von verschiedenen Seiten bedroht. Palästina kämpft seit dem UN-Teilungsplan nach dem Zweiten Weltkrieg um seine territoriale Integrität und vollständige Souveränität über ein Gebiet, dessen Grenzen bis dato nicht festgelegt sind.

Die wissenschaftliche Beschäftigung der internationalen Beziehungen mit ihren verschiedenen Theorien, auch „Theorien der Internationalen Beziehungen“ genannt, setzen sich mit bestehenden Problemen, Konflikten und Situationen auseinander, mit dem Anspruch, diese erklären zu können. Teilweise ergänzen sie sich, teilweise stehen sie in Konkurrenz zueinander (vgl. Lemke 2008: 5). Mithilfe der Theorie des Neorealismus, auch „struktureller Realismus“ genannt, wird in dieser Masterarbeit versucht, den Konflikt zwischen Israel und Palästina in der aktuellen Debatte zu analysieren. Der Fokus liegt hierbei in der Deutungskraft des Neorealismus in Verbindung mit den historischen Ereignissen im Nahostkonflikt, samt den zahlreichen Kriegen zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten sowie den externen Akteuren, die bei den Auseinandersetzungen zwischen Israel und Palästina stets eine wichtige Rolle einnehmen. Das Thema der Masterarbeit lautet daher wie folgt:

„Eine Analyse des Israel-Palästina-Konflikts in der aktuellen Debatte aus neorealistischer Perspektive“.

Es ist zu unterstreichen, dass die Ergebnisse der vorliegenden Masterarbeit nicht die persönliche Meinung des Autors widerspiegeln. Die Masterarbeit zeigt vielmehr die Erklärungsansätze des Neorealismus in Bezug auf den Konflikt und die Lösungsvorschläge auf.

1.2 Aufbau und Methodik

In der vorliegenden Arbeit wird die Theorie eine ständige Begleiterin der empirischen Untersuchung sein. Neben der deutsch- und englischsprachigen Sekundärliteratur werden auch Primärquellen der UN, Security Council-Resolutionen sowie Publikationen und Statistiken von verschiedenen Research Centern als Quellen herangezogen. Um eine strikte Trennung von Normen und Fakten zu erreichen und die Neutralität der vorliegenden Masterarbeit zu gewährleisten, da das Thema auch teilweise emotionalisiert wird, sollen Politologen, Historiker, Wissenschaftler, die zum Nahostkonflikt bereits publiziert haben, aber als sogenannte „Hard Liner“ gebrandmarkt sind, nicht als Quellen herangezogen. Eine Ausnahme sind jedoch Politiker, die einen bedeutenden Einfluss auf den Nahostkonflikt hatten und mit ihrem Aussagen und Verhalten den Werdegang des Nahostkonfliktes maßgeblich beeinflusst haben.

Die vorliegende Masterarbeit gliedert sich in mehrere Abschnitte, in welcher zunächst die Grundelemente des Realismus und des Neorealismus erläutert werden. Des Weiteren wird auf den defensiven Realismus von Kenneth Waltz und auf den offensiven Realismus nach John Mearsheimer eingegangen, wodurch unterschiedliche Erklärungsansätze aus zwei unterschiedlichen Perspektiven ermöglicht werden.

Im dritten Kapitel werden die Arabisch-Israelischen-Kriege erläutert. Hierbei wird jeweils eine neorealistische Grundannahme als Erklärung herangezogen. Gleichzeitig wird ein historischer Einblick in die Geschehnisse aufgezeigt, um die aktuelle Situation und auch die Lösungsvorschläge vertiefend erklären zu können.

In einem weiteren Abschnitt (Kapitel 4) wird auf die Rolle der UN als Quasi-Weltordnungsmacht eingegangen. Dabei wird auch die Rolle der Hegemonen, insbesondere der USA, die bedeutenden Einfluss im Nahen Osten nehmen, sowie deren Effekt auf Israel und Palästina beschrieben.

Neben der Theorie, den arabisch-israelischen Kriegen und der Rolle der UN sowie den USA und ihr Effekt auf die Konfliktstaaten, erfolgt im fünften Kapitel die Analyse des Nahostfriedensplans, der im Januar 2020 vom Weißen Haus veröffentlicht wurde. Eine Analyse des „Trumpschen Friedensplanes“ ist zum einen dem Titel der Masterarbeit

geschuldet, da der Konflikt in der aktuellen Debatte beleuchtet wird und zum anderen der Tatsache, dass dieser Plan der aktuellste ist, der veröffentlicht wurde.

Im letzten Abschnitt werden die Forschungsfrage und die daraus abgeleiteten Hypothesen beantwortet und mit einem Resümee der gesamten Arbeit abgeschlossen.

1.3 Begriffserklärung

Für die Verständlichkeit der Masterarbeit werden folgende, wichtige Begriffe erklärt, da sie in der allgemeinen Literatur unterschiedlich verwendet werden und bedeutend für diese Masterarbeit sind:

- Palästina: Waltz ist der Ansicht, dass der Staat als wichtigster Akteur gilt und somit die Struktur des internationalen Systems am stärksten beeinflusst. Die innere Konstellation eines Staates ist dabei nachrangig (vgl. Masala 2005: 44f). Die Waltz'sche Annahme, verbunden mit der Drei-Elemente-Lehre von Georg Jellinek, in welcher ein Staat aus einem Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt besteht, klassifiziert Palästina aus neorealistischer Perspektive aus folgenden Gründen als Staat (vgl. Puschke & Singelstein 2018: 2):
 - 1) Staatsvolk: Die arabische Bevölkerung im israelischen Kernland, im Gaza-Streifen und in der Westbank sowie in den umliegenden Staaten definiert (oder definierte) sich als Palästinenser, wodurch ein Nationengefühl durchaus vorhanden ist. Die Vereinten Nationen sprechen vom palästinensischen Volk in ihren Positionspapieren ebenso wie bei der Benennung ihres Ausschusses in Bezug auf den Nahostkonflikt (vgl. UN-Informationsschrift 2004).
 - 2) Staatsgebiet und Staatsgewalt: Im Rahmen des Friedensprozesses zwischen Israel und Palästina wurden die Gebiete in der Westbank und im Gazastreifen in drei Zonen unterteilt (vgl. United Nations Peacemaker 1997). Die Palästinensische Autonomiebehörde gilt hierbei als Vertreterin der Palästinenser und hat in den Gebieten, die unter ihrer Kontrolle stehen, den Vollzug und die Gerichtsbarkeit inne (näheres siehe Kapitel 4.3. sowie Abbildung 14).
- Palästinensische Autonomiebehörde (PA): Sie gilt als die international anerkannte Vertretung der Palästinenser mit Sitz in Ramallah und agiert als

Dachorganisation verschiedener Fraktionen in Palästina. Die „Fatah“ stellt mit Mahmoud Abbas seit November 2004 den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde.

- Arabische Israelis oder israelische Araber: Personen, die in Israel inkl. Ostjerusalem leben, die keine Juden sind und deren ethnische und kulturelle Identität arabisch bzw. palästinensisch ist, unabhängig ihrer (israelischen) Staatsbürgerschaft.
- Siedler: Jüdische Bevölkerung, die in jenen Gebieten lebt, die von den Vereinten Nationen als „occupied Palestinian territory“ (West Bank, Ostjerusalem, Gaza) bezeichnet, jedoch von Israel verwaltet werden. Diese Gebiete stehen primär in der Zone C (Erklärung der Zone C siehe Kapitel 4.3) (vgl. Das Westjordanland nach dem Oslo-Abkommen 2015).
- Israelisch-Arabische Kriege: Darunter sind jene Kriege zu verstehen, in denen sich Israel und mindestens ein arabisches Nachbarland in einem offenen Krieg bekämpften.

Die libanesisch-israelischen Kriege und die innerisraelisch-palästinensischen Auseinandersetzungen während der beiden „Intifada“ werden bewusst ausgeblendet, um den Rahmen der Masterarbeit nicht zu sprengen. Der Fokus liegt auf den Israelisch-Arabischen-Kriegen von 1948 bis inklusive 1973 Yom-Kippur-Krieg / Oktoberkrieg.

1.4 Forschungsfrage und Hypothesen

Ziel dieser Masterarbeit ist es, die aktuelle Situation zwischen Israel und Palästina aus neorealistischer Perspektive zu erklären. Neorealistische Signalwörter sollen hierbei die verschiedenen Ereignisse in Bezug auf den Nahostkonflikt begründen und unter anderem die aktuellen Lösungsvorschläge in diesem Konflikt, die von internationalen Akteuren aufgegriffen wurden, beleuchten. Aus diesem Grund ergibt sich die folgende, zentrale Forschungsfrage:

1. Inwiefern kann die Theorie des strukturellen Realismus den Israel-Palästina-Konflikt erklären?

Aus dieser Forschungsfrage folgend, werden sechs Hypothesen untersucht. Diese wiederum leiten sich von den bisherigen theoretischen Grundannahmen des

Neorealismus in Verbindung mit den Geschehnissen zwischen den Konfliktparteien im Nahostkonflikt ab.

Die theoretischen Grundannahmen, die hierfür die Basis bilden, werden dabei nicht konkret ausgeführt, da im theoretischen Teil (Kapitel 2.) näher darauf eingegangen wird.

Hypothese I (H1): Von der Gründung des Staates Israel bis zum Camp-David-Abkommen 1978 gab es kein Jahrzehnt ohne einen offenen Krieg zwischen Israel und einem der benachbarten Staaten. Vom israelischen Unabhängigkeitskrieg bzw. der arabischen „Al Naqba“ (die Katastrophe), dem Suez-Krieg und Sechstagekrieg bis hin zum Yom-Kippur-Krieg / Oktoberkrieg bekriegten sich Israel und die arabischen Nachbarstaaten, während die Rolle des Angreifers und Verteidigers stets wechselte.

Nach dem Begründer des Neorealismus, Waltz, sind die „capabilities“ von Staaten (wirtschaftliche Größe, Bevölkerungsgröße, militärische Kapazität) wichtige Faktoren für ihr Verhalten, wenngleich andere, weitere Parameter hierfür miteinzubeziehen sind, wie zum Beispiel das Bedrohungsgefühl eines Staates durch einen anderen. Nach Waltz sind Kriege „normal“, wobei der Neorealismus nicht versucht, einen bestimmten Krieg zu erklären, sondern allgemeingültige Aussagen zu Kriegsursachen treffen möchte (vgl. Waltz 1988: 620ff).

Waltz gilt jedoch nicht nur als Begründer des Neorealismus, sondern ebenso als „defensiver Realist“, weil er innerhalb dieser Denkschule die Annahme vertritt, dass Staaten stets nach Sicherheit streben. Staaten bilden dann eine Gegenmacht, wenn eine Bedrohung vorherrscht.

Im Gegensatz dazu vertreten die offensiven Realisten die Annahme, dass Staaten stets nach Macht streben (näheres siehe Kapitel 2.3.).

Die H1 überprüft deshalb die Erklärungskraft des offensiven und defensiven Realismus in Bezug auf die Kriege zwischen Israel und seinen arabischen (Nachbar-) Staaten. Aus diesem Grund, geleitet von der Forschungsfrage, wird die H1 folgendermaßen aufgestellt:

- I. Der defensive Realismus ist für die Erklärung der Kriege zwischen Israel und seinen Nachbarn geeignet, weil Israel seit seiner Unabhängigkeit seine Sicherheit bedroht sieht.

So zum Beispiel beansprucht der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu in seinen Wahlkampagnen das Wort „Mr. Security“ für sich, indem er seinem Volk und Staat stets Sicherheit verspricht (vgl. Hincks 2019). Israelische Politiker propagieren seit der Staatsgründung eine Existenzbedrohung, mit der das Land konfrontiert sei. Diese Argumente, basierend auf dem Begriff der „Sicherheit“, lassen aus neorealistischer Sicht eine Politik des defensiven Realismus vermuten.

Hypothese II (H2) und III (H3): Waltz vertritt die Ansicht, dass das primäre Interesse von Staaten die Beibehaltung ihrer Position im internationalen System ist und sie gleichzeitig ihre eigenen Machtressourcen mit jenen der anderen Staaten vergleichen. Hierfür betreiben Staaten eine „balance of power“ „deren Minimalziel das eigene Überleben und deren Maximalziel die universelle Dominanz ist“ (Masala 2005: 56). Dabei üben Staaten entweder „internal balancing“ oder „external balancing“ aus. Von „internal balancing“ ist die Rede, wenn Staaten versuchen, ihre eigene Wirtschaft zu stärken, Militärkapazitäten zu steigern, Technologie zu erweitern und/oder neue Strategien zu entwickeln. Von „external balancing“ spricht man, wenn Staaten Allianzen bilden, um gegen einen anderen Staat eine „balance of power“ herzustellen. Eine weitere Verhaltensstrategie ist das „bandwagoning“. Hierbei schließt sich der schwächere Staat dem stärkeren Staat an (näheres siehe Kapitel 2.3.1.).

Bei den israelisch-arabischen Kriegen bildeten die arabischen Staaten stets eine Allianz gegen Israel und betrieben dadurch „external balancing“. Waren die arabischen Staaten nicht im Stande „internal balancing“ zu betreiben oder war internal balancing stets „kostengünstiger“? Aus diesem Grund leiten sich die H2 und H3 wie folgt ab:

- II. Die arabischen Staaten sind aufgrund ihrer Kapazitäten auf „external balancing“ angewiesen.
- III. Aufgrund seiner Kapazitäten kann Palästina kein „internal balancing“ betreiben und ist auf „bandwagoning“ angewiesen, um die eigenen Interessen durchzusetzen.

Hypothese IV (H4): Israel konnte bisher lediglich zu Ägypten und Jordanien eine „normale“ diplomatische Beziehung aufbauen. Aus diesem Grund sind, im Gegensatz zu den anderen arabischen Ländern, israelische Botschaften in Ägypten und Jordanien vorhanden und umgekehrt. Ägypten und Jordanien sind die einzigen

arabischen Staaten, die jeweils mit einer Botschaft in Tel Aviv diplomatisch vertreten sind (vgl. Israeli Missions Around The World 2020).

Der Staat Israel gilt mit seiner Wirtschaft, militärischen Stärke und seinem technologischen Fortschritt als Regionalmacht, obwohl er in der Gründungszeit als Entwicklungsland einzustufen war (vgl. Stetter & Hestermann 2018). Israel wird bis dato von den meisten arabischen Staaten nicht anerkannt und ist in seinem Gebiet einigermaßen isoliert. Die H4 lautet aus diesem Grund wie folgt:

- IV. Aufgrund der politischen Isolation in der eigenen Geographie, der Historie und des Entwicklungsstandes betreibt Israel gegenüber den Nachbarstaaten primär „internal balancing“.

Hypothese V (H5): Die „Anarchie“ des internationalen Systems nach Waltz gilt als zentrales Unterscheidungsmerkmal zum klassischen Realismus (vgl. Masala 2005: 32ff). Dadurch, dass eine Sanktionsgewalt fehlt, kann der starke Staat – bis zu einem gewissen Grad – das tun, was er will, während der schwache das erduldet, was er muss.

Israel besetzt seit dem Sechstagekrieg/Junikrieg Teile der Westbank und errichtete dort sogenannte „Siedlungen“. Diese Siedlungspolitik Israels wurde 1979 von den UN im SC verurteilt. Israel wird dabei als „occupying Power“ in den „occupied Arab territories“ aufgefordert, die Demographie in diesen Gebieten nicht zu ändern bzw. die eigene Bevölkerung nicht dort anzusiedeln (vgl. UN-Resolution 446). Dennoch hielt Israel an seiner Siedlungspolitik fest, sodass 2019 ca. 760.000 Personen aus Sicht der UN als Siedler gelten (vgl. The Times of Israel 2020).

Waltz sieht das System als anarchisch an, weil quasi keine Sanktionierungsgewalt gegenüber Akteuren (Staaten) vorhanden ist (vgl. Masala 2005: 33). Die fünfte Hypothese (H5) überprüft daher die Siedlungspolitik Israels im Hinblick auf das anarchische System nach Waltz und lautet wie folgt:

- V. Die „anarchische Weltordnung“ ermöglicht Israel das Festhalten an seiner Siedlungs- und Annexionspolitik.

Die folgenden Hypothesen VI., VII. (H6 und H7) beziehen sich auf die Lösungsvorschläge beim Israel-Palästina-Konflikt. Der erste Lösungsvorschlag für diesen Konflikt ist die Zweistaatenlösung, deren Grundidee bereits während der britischen Mandatszeit im Heiligen Land aufgegriffen wurde (vgl. Demokratiezentrum

Wien). Die Zweistaatenlösung sieht zwei Staaten vor, jeweils einen für die Araber/Palästinenser und für die Juden sowie die Teilung Jerusalem als Hauptstadt vor. Die UN gab 1967 der Zweistaatenlösung erneut den internationalen, völkerrechtlichen Segen im SC und forderte unter anderem Israel dazu auf, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen (vgl. UN-Resolution 242).

Ebenso unterstreicht die Europäische Union (EU) auf ihrer offiziellen Homepage ihre Unterstützung für die Zweistaatenlösung im Nahostkonflikt: „The EU's objective is a two-state solution with an independent, democratic, viable and contiguous Palestinian state living side-by-side in peace and security with Israel and its other neighbours” (EEAS 2016).

Bis dato wurde die Zweistaatenlösung jedoch nicht umgesetzt. Bombenanschläge auf israelische Städte, Vergeltungsanschläge der israelischen Streitkräfte auf Palästinenser und steigendes Misstrauen auf beiden Seiten markieren bis heute den Konflikt zwischen Israel und Palästina und lassen die Umsetzung der Zweistaatenlösung in weite Ferne rücken.

Der aktuellste Lösungsvorschlag zum Israel-Palästina-Konflikt wurde im Januar 2020 von US-Präsident Trump verkündet. Auch er sieht eine Zweistaatenlösung vor, unterscheidet sich jedoch inhaltlich und in der Vorstellung von jener, die auf dem UN-Teilungsplan von 1947 und den bisherigen UN-Resolutionen beruht (vgl. Förderl-Schmid 2020).

Die H6 überprüft den aktuellsten Lösungsvorschlag zum Nahostkonflikt, der von US-Präsident Donald Trump im Januar 2020 veröffentlicht wurde.

VI. Trumps Nahostfriedensplan bietet Palästina keine Möglichkeit zum Überleben, wodurch Palästina die Existenz verliert.

Wie bereits erwähnt, wird in der vorliegenden Arbeit die Theorie des Neorealismus kurz erklärt, da die zentrale Frage theoretisch basiert ist. Anschließend werden die einzelnen Kriege zwischen Israel und den arabischen Staaten sowie die Rolle der Vereinten Nationen im Nahostkonflikt analysiert. Dabei sollen zu jedem Unterkapitel Grundannahmen bzw. Signalwörter des Neorealismus bei der Erklärung miteinfließen, um die Deutungskraft des Neorealismus zu diesem Konflikt zu untersuchen.

2. Theorie

In diesem Kapitel wird auf die Theorien des klassischen und strukturellen Realismus mit ihren wichtigsten Vertretern eingegangen, um anschließend im zweiten Unterkapitel den bedeutenden Unterschied zwischen offensivem und defensivem Neorealismus zu erläutern. Die gesamte Arbeit wird aus neorealistischer Perspektive beleuchtet und der offensive sowie defensive Neorealismus führt zu einer wichtigen Unterscheidung in der Analyse. Zuvor wird im Kapitel 2.1 die Frage nach der Theorie nach Waltz' Verständnis beantwortet, um „seine“ Theorie des strukturellen Realismus zu erklären.

2.1. Definition von Theorie nach Waltz

Carlo Masala (vgl. 2005: 34ff) analysiert das Theorieverständnis von Waltz und stellt fest, dass Waltz eine scharfe Trennung zwischen Theorie und Gesetzen vornimmt. Theorien werden demzufolge durch spekulative Prozesse gewonnen, während Gesetze durch Beobachtung erzielt werden.

„Denn Theorien sind nicht Beschreibungen der realen Welt, sondern Instrumente, die entwickelt werden, um Teile der realen Welt zu erklären. Während Realität somit komplex ist, sollte eine Theorie `elegant sein‘“ (Waltz 1975: 9, zitiert nach Masala 2005: 37).

Theorien sind deshalb Annahmen und können nicht als wahr oder falsch qualifiziert werden. Eine Theorie internationaler Politik kann demzufolge nicht alles erklären und alle Einzelheiten berücksichtigen (vgl. ebd: 37f).

2.2. Die Theorie des Realismus in den internationalen Beziehungen

2.2.1. Klassischer Realismus

Der Realismus, später auch „klassischer Realismus“ genannt, hat seinen Ursprung in den Schriften von Thomas Hobbes, Niccolo Machiavelli und Thukydides. Es war der aus Deutschland emigrierte Wissenschaftler Hans J. Morgenthau, der kurz nach dem Zweiten Weltkrieg die realistische Denkschule mit seiner Theorie prägte.

Die realistische Denkschule analysiert die internationale Politik so wie sie ist, während die idealistische Denkschule danach fragt, wie sie sein soll. „Wo immer die letzten Ziele der internationalen Politik liegen mögen, das unmittelbare „Ziel ist stets die Macht“, so

Morgenthau, der dem Begriff „Macht“ eine zentrale Rolle im Realismus einräumt (Morgenthau 1963: 60).

Demzufolge sind Staaten als zentrale Akteure daran interessiert, ihre Macht zu erhalten bzw. auszudehnen, um überleben zu können. Die Innenpolitik spielt dabei kaum eine Rolle. Vielmehr ist nur die Außenpolitik von Bedeutung, die Macht sowohl als Ziel als auch als Mittel für die eigenen Interessen in Anspruch nimmt. Die Theorie des klassischen Realismus basiert auch auf der Annahme, dass der Mensch in seinem Urzustand stets nach Macht strebt (vgl. Donnelly 2000: 42-45). Diese anthropologische Grundannahme unterscheidet den klassischen Realismus wesentlich vom strukturellen Realismus auch Neorealismus genannt.

Des Weiteren wird im Realismus Krieg als ein Mittel der Politik eingestuft: „Der Krieg ist die schärfste Form des Widerstreits nationaler Interessen“ (Hartmann 2009: 23). Daraus resultiert, dass Staaten Macht anhäufen und der Machtkampf sich unkontrolliert ausbreitet. Staaten sind auf sich allein gestellt, sodass das eigene Interesse im Vordergrund steht. Friedenserhaltung ist dabei die Kunst, den mächtigen Gegner auszubalancieren. Weil die mächtigen Staaten tonangebend in der internationalen Politik sind, ist es ausreichend, genau diese zu beobachten, um das Internationale Geschehen auf Krieg oder Frieden zu verstehen (vgl. ebd. 22).

Aus diesen Gründen sollten Staaten stets ihre Eigeninteressen verfolgen und sich keinen Normen oder Werten unterwerfen (Staat soll Macht anhäufen!). Der klassische Realismus gilt als Antithese zur Denkschule des Idealismus und galt als Haupttheorie während des Ost-West-Konfliktes nach dem Zweiten Weltkrieg.

2.2.2. Struktureller Realismus/Neorealismus

Der strukturelle Realismus bildete sich aus dem klassischen Realismus heraus und entstand in den 1970er Jahren. Er wurde vom Ost-West-Konflikt zwar geprägt, jedoch vielmehr nach dem Ende des Kalten Krieges entwickelt. Auch im Neorealismus ist der Staat der wichtigste Akteur.

Kenneth N. Waltz gilt mit seinem 1979 erschienen Hauptwerk „Theory of International Politics“ als Gründer des Neorealismus. Bereits in seinem 1959 erschienen Buch „Men, the State, and War“ unterscheidet Waltz zwischen drei Analyseebenen und gibt Erklärungsansätze für die Internationale Politik im Hinblick auf das Verhalten von

Staaten und analysiert dabei verschiedene Ebenen, die ausschlaggebend für seine Theorie sind.

Die erste Analyseebene (Waltz nennt diese „first image“) geht auf die menschliche Natur ein. Wissenschaftliche Analysen, die diesen einzelnen, individuellen Argumenten nachgehen, misst Waltz geringe Erklärungskraft bei. Die zweite Ebene („second image“) beschäftigt sich mit der internen Beschaffenheit von Staaten. Auch die zweite Ebene kann nach Waltz keine genauen, wissenschaftlichen Antworten liefern, da die innere Ordnung von Staaten stets unterschiedlich war und kein Hindernis für Kriege darstellte: Monarchien haben ebenso Kriege geführt wie demokratische oder autoritäre Regime. Deshalb muss eine andere, weitere Ebene eine Erklärung für die Kriegsursachen liefern. Waltz sieht eben diese in der dritten Ebene („third image“). Die dritte Ebene geht auf die Struktur des internationalen Systems ein und ist imstande wissenschaftliche Antworten auf das Verhalten von Staaten zu geben. Diese Struktur ist nach Waltz' Verständnis „anarchisch“, da das internationale System keine Ordnungsmacht besitzt, die Staaten führt, sie sanktioniert oder vorschreibt, wie sie sich zu verhalten haben (vgl. Masala 2005: 31-33).

Auch im Neorealismus ist der Staat wichtigster Akteur im internationalen Geschehen. Zwar werden (nicht)staatliche Organisationen wie die UN, die EU, das Rote Kreuz, etc. nicht negiert, jedoch werden sie als „nebensächlich“ erachtet, weil diese nur oder nur dann funktionieren bzw. existieren, solange die Staaten selbst die Regeln für diese Organisationen befolgen (vgl. Hartmann 2009: 38).

Staaten sind nach neorealistischem Verständnis in ihrem Tun wie handelnde Personen einzustufen, deren Interesse das Überleben ist. Auf der Basis dieses Überlebenswillens liegt das nationale Interesse. Staaten agieren rational (rationale Akteure) und nach einem Kosten-Nutzen-Kalkül. Sie haben zwar die gleichen Eigenschaften, unterscheiden sich jedoch aufgrund ihrer „capabilities“ (militärisch, wirtschaftlich, technologisch) und wollen überleben. Hierbei sind Staaten auf sich allein gestellt bzw. können anderen Staaten nicht vertrauen. Das internationale System ist deshalb ein „System der `Selbsthilfe´“ (Schimmelfennig 2017: 70).

Aus diesem Grund müssen Staaten selbst für ihre eigene Sicherheit sorgen. Dafür sind militärische Ressourcen notwendig, die wiederum weitere Ressourcen erfordern, wie z. B. Bevölkerungsgröße (diese ist wichtig für die Anzahl der Truppenstärke), technologischer Fortschritt (bedeutend für die Entwicklung von Waffen) und

wirtschaftliche Stärke (nach dem Prinzip „ohne Geld kein Krieg“ bzw. kein Armeeunterhalt und keine finanziellen Mittel für Forschung neuer Waffentechnologien). Macht wird als relativ gewertet, d. h., die Macht eines Staates steht lediglich in Relation zur Macht eines anderen Staates (vgl. ebd.: 70f).

Neben der Annahme, dass Staaten als Hauptakteure des internationalen Geschehens agieren, zweckrational handeln und auf sich allein gestellt sind, gilt Macht als zentrales Sicherheitsinstrument der Staaten, die auf „capabilities“ angewiesen sind. Der wichtige Unterschied zum Realismus ist die Annahme, dass die Struktur des internationalen Systems anarchisch ist. Anarchisch bedeutet, dass es im internationalen System keine zentrale Autorität gibt, die Staaten sanktioniert; es gibt keine Weltregierung, die für Ordnung sorgt. Im klassischen Realismus wird das Verhalten der Staaten auf den Urzustand des Menschen, der den Staat regiert, reduziert. Im Neorealismus ist hingegen die Struktur des internationalen Systems, die anarchisch ist, ausschlaggebend für das Verhalten der Staaten. Denn genau diese Struktur, die ein anarchisches System herbeiführt, beeinflusst das Verhalten der Staaten (vgl. ebd.: 71).

Waltz geht in seiner Theorie auch auf die Bedeutung von Machtverteilung der Staaten ein, welche unterschiedlich ist (Verteilung der Machtverhältnisse). „Im anarchischen internationalen System sind für den Realismus Machtverteilung und Technologie die einzig relevanten veränderlichen Strukturen“ (Schimmelfennig 2017: 74).

Staaten sind nach Waltz zwar gleichartig („units“), die ähnliche Aufgaben besitzen, jedoch unterscheiden sie sich aufgrund ihrer „capabilities“. Dieser Unterschied definiert daher die Möglichkeiten, die einzelne Staaten in diesem anarchischen System haben. Daraus ableitend, kann die Analyse der „capabilities“ das Verhalten bzw. den relativen Standpunkt von Staaten in diesem anarchischen System bis zu einem gewissen Grad erklären. Die unterschiedlichen Machtkapazitäten von Staaten zeigen dabei auch die Fähigkeiten auf, welche die Staaten besitzen. Somit bestimmen die Staaten mit den größten Machtpotentialen die Struktur des internationalen Systems (vgl. Masala 2005: 45-47).

Durch diese unterschiedlichen Kapazitäten der Staaten entstehen verschiedene Arten von Systemen, die unipolar, bipolar oder multipolar sind. Unipolar ist ein Weltsystem, indem ein Staat, aufgrund seiner einzigartigen Größe an Macht, das internationale System dominiert – z. B. die USA seit den 1990er Jahren (vgl. ebd.: 68-71).

Bei einem bipolaren System stehen sich zwei gleich große Staaten gegenüber (Ost-West-Konflikt: USA vs. Sowjetunion), die das internationale System bestimmen. Die Weltordnung ist nach neorealistischem Verständnis dann multipolar, wenn Macht auf mehrere Staaten ähnlich verteilt ist, z. B. die Welt vor dem ersten Weltkrieg mit Großbritannien, Frankreich, Deutschem Reich, Österreich-Ungarn und Japan, die allesamt eine ähnliche Machtkapazität aufwiesen (vgl. ebd.).

Die multipolare Weltordnung ist nach Auffassung des Neorealismus jene, die Kriege begünstigt und sieht in bipolaren Systemen eine höhere Wahrscheinlichkeit für Frieden. Sie geht dennoch stets von einem bedrohten Frieden aus, nach dem Motto: „Wenn du Frieden willst, dann bereite dich auf den Krieg vor“ (Kahl & Rinke 2011: 73).

Macht und Sicherheit sind die zentralen Themen, mit denen sich der Neorealismus beschäftigt, wobei zwischen offensivem und defensivem Realismus unterschieden wird (vgl. Schimmelfennig 2017: 74-76).

Hartmann (2009: 36) fasst in seinem Buch „Internationale Beziehungen“ die Neorealisten wie folgt zusammen:

„[...] ob die Neorealisten nun die Staatenwelt des Kalten Krieges oder die Welt danach analysieren. Sie reifizieren den Staat personengleich zu einer Spielfigur auf dem unebenen und asymmetrischen Schachbrett des internationalen“.

Summa summarum versucht der Neorealismus zu verdeutlichen, dass Staaten die wichtigsten Akteure in der internationalen Politik sind. Sie sind auf sich allein gestellt und müssen um ihre eigene Existenz kämpfen, da es keine übergeordnete Macht (Weltregierung) gibt, die „Ordnung“ schafft. Das Fehlen dieser Ordnungsmacht führt schlussendlich zu einem anarchischen Weltsystem. Dieses anarchische Weltsystem wiederum bestimmt das Verhalten der Staaten, die ähnlich handeln und sich in einem Sicherheitsdilemma befinden. Hierbei wird der Neorealismus grob in einen offensiven und defensiven Neorealismus unterteilt.

2.3. Offensiver und defensiver Realismus

In diesem Abschnitt werden der defensive und offensive Realismus erklärt. Deren Vertreter Kenneth Waltz und John Mearsheimer erklären, durch ihre eigene Definition des Neorealismus, den gleichen Sachverhalt aus zwei unterschiedlichen

Perspektiven: „Waltz needs to be classified as a defensive realist, to distinguish him from offensive realists, like Mearsheimer (...)“ (Little 2007: 191).

2.3.1. Kenneth Waltz: Defensiver Realismus

Waltz, der Begründer des strukturellen Realismus, gilt als „defensiver Realist“. Defensiver Realismus gründet innerhalb der Theorie des strukturellen Realismus/Neorealismus auf der Annahme, dass ein Staat stets als Sicherheitsmaximierer agiert.

Sicherheit ist hierbei das Schlüsselwort für staatliches Handeln. Staaten sind auf sich allein gestellt und häufen Macht an, weil sie ihre Sicherheit gewährleisten wollen. Hierbei kommt es jedoch auf die „Menge der Macht“ an. Waltz unterstreicht, dass Staaten andere Staaten provozieren, wenn sie die Menge ihrer eigenen Macht zu sehr erhöhen, sodass andere Staaten sich dadurch bedroht fühlen und deshalb auch Macht anhäufen. Aus diesem Grund ist es unklug, Macht in Übermaß anzuhäufen. Macht muss daher angemessen sein (vgl. Masala 2005: 57-60).

Ständige Machterhöhung führe deshalb zu Unsicherheit bei anderen Staaten. Staaten, die sich in ihrer Sicherheit bedroht fühlen, würden ebenfalls versuchen, ihre Macht auszuweiten. Dieses Sicherheitsdilemma führt schlussendlich zu einer dauernden Unsicherheit und gefährdet die Sicherheit.

Eine graphische Darstellung dieses Dilemmas kann wie folgt aufgezeigt werden (vgl. ebd.: 58f):

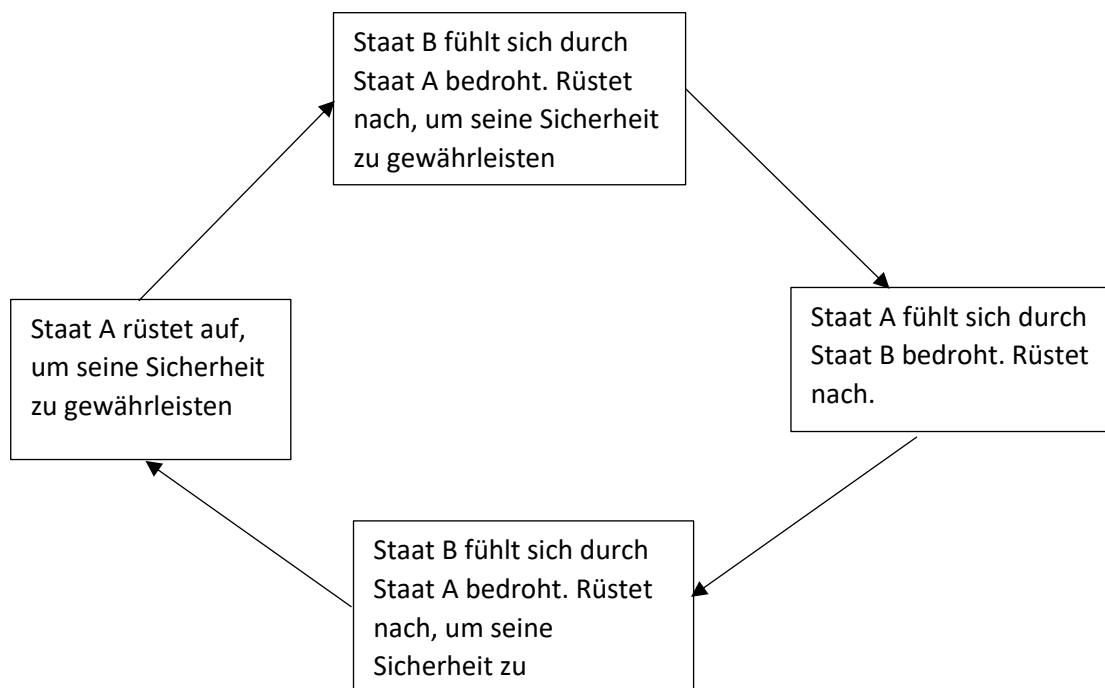


Abbildung 1: Das Sicherheitsdilemma (Masala 2005: 59)

Dieses Sicherheitsdilemma, das dem anarchischen System geschuldet ist, verleitet Staaten dazu, Macht- oder Gegenmachtbildungen herbeizuführen, um Sicherheit, das als Ziel definiert wird, zu erreichen („Mächtegleichgewicht“). Macht ist dabei ein Mittel zum Zweck (vgl. Müller 2011: 17f).

Staaten betreiben für die Macht- oder Gegenmachtbildung die Verhaltensstrategien „balancing“ oder „bandwagoning“. Waltz unterscheidet bei „balancing“ zwischen „internal balancing“ und „external balancing“.

„Internal balancing“ bedeutet, dass ein Staat seine Macht durch interne Aufrüstung steigert, zum Beispiel durch Erhöhung der militärischen Kapazitäten, technologische Entwicklungsstrategien oder wirtschaftliche Größe und dadurch Macht gegenüber anderen Staaten ausbalanciert.

„Externes balancing“ ist die Bildung von Allianzen, vor allem wenn ein Staat, aufgrund seiner begrenzten „capabilities“, kein „internal balancing“ betreiben kann. Hierbei bilden zwei (oder mehrere) Staaten eine Allianz, um einem anderen Staat gegenüber – der übermächtiger ist als die anderen – ein Machtgleichgewicht herzustellen. Nach Waltz ist „external balancing“ jedoch riskanter, denn Staaten sind in erster Linie auf sich selbst gestellt und durch die Allianzenbildung auf andere Staaten angewiesen. Die Absicht eines Staates – auch innerhalb einer Allianz – muss nicht immer klar sein. Dies führt wiederum zu Unsicherheit. Waltz betont u. a., dass eine Fehleinschätzung der häufigste Grund für Krieg ist (vgl. Wagner 2007: 19).

Die Verhaltensstrategie „bandwagoning“ beschreibt, dass ein schwächerer Staat sich an einen Staat anschließt, der ein höheres Machtpotential aufweist. In der Verhaltensstrategie des „bandwagoning“ sieht Waltz eine Gefahr für den „Mitläuferstaat“, da dieser „(...) sich mit einer bedrohlichen und möglicherweise aggressiven Macht solidarisiert, deren Absichten nicht immer einzuschätzen sind“ (Zeino-Mahmalat 2006: 29).

Weiterer Vertreter des defensiven Realismus ist Stephen Walt, der die „Balance of Power-Theorie“ von Waltz weiterentwickelt hat. Staaten würden demnach vielmehr „Balance of Threat“ betreiben, d.h., Staaten betreiben „balancing“, wenn sie die Übermacht eines anderen Staates als Bedrohung wahrnehmen. Wenn ein Staat keine Bedrohung von einem anderen Staat empfindet, dann bildet dieser Staat auch keine

starke Gegenmacht. „Balancing is defined as allying with others against the prevailing threat” (Walt 1987: 17).

Aus diesen Gründen ist „balancing“ für Staaten die sichere und übliche Strategie, während „bandwagoning“ eher die gefährliche Ausnahme darstellt (vgl. ebd. 2006: 29).

2.3.2. John Mearsheimer: Offensiver Realismus

Im Unterschied zu Kenneth Waltz und Stephen M. Walt, wobei ersterer als Antwort auf das Verhalten der Staaten im anarchischen System eine „balance of power“ propagiert und letzterer stattdessen von einer „balance of threat“ spricht, geht Mearsheimer als „offensiver Realist“ davon aus, dass Staaten stets nach Machtsteigerung streben. Staaten betreiben aktiv Machterweiterung, um das Gleichgewicht zu ihren Gunsten umzuformen. Staaten seien keine, wie nach Waltz beschrieben, Machterhalter, sondern Machterweiterer. (vgl. Daum 2006).

Die Verhaltensstrategien der Staaten unterteilt Mearsheimer in „balancing“ und „buck-passing“. „Balancing“ diene hierbei primär zur Abschreckung, indem ein Staat seine Kapazitäten (nach Mearsheimer sind das hauptsächlich militärische) gegenüber dem anderen, offensiven Staat erhöht, um Gegenmachtbildung zu betreiben. Neben dem „balancing“ kann ein Staat auch „buck-passing“ betreiben (vgl. Little 2007: 236f).

„Buck-passing“ ist nach Mearsheimer die Strategie eines Staates, das „balancing“ einem anderen Staat zu überlassen, damit dieser eine Gegenmachtbildung gegenüber dem offensiven Staat betreibt, während er selbst keine aktive Rolle einnimmt. Staaten würden „buck-passing“ dem „balancing“ vorziehen, weil er kostengünstiger ist. Die Möglichkeit des „buck-passings“ ist jedoch von der Systemstruktur (uni-, bi- oder multipolare Weltordnung) und von der Geographie abhängig: Je intensiver die Bedrohung ist, desto unwahrscheinlicher ist „buck-passing“ (vgl. Little 2007: 236-240).

3. Arabisch-Israelische Kriege und das Sicherheitsdilemma

Im folgenden Abschnitt werden die Arabisch-Israelischen Kriege erläutert, um einen Überblick über die historischen Entwicklungen in Israel und Palästina aufzuzeigen. Gleichzeitig werden diese Kriege aus neorealistischer Perspektive, mithilfe neorealistischer Signalwörter und Grundannahmen, erklärt und die Hypothesen H1, H2 und H3 überprüft.

3.1. Israelischer Unabhängigkeitskrieg/Al-Naqba

Die UN-Resolution 181 (II) wurde am 29. November 1947 von der UN-Generalversammlung mit 33 zu 13 Stimmen und zehn Enthaltungen angenommen. Diese Resolution, auch als „UN-Teilungsplan“ bekannt, sah vor, das britische Mandat über Palästina zu beenden und dieses in einen jüdischen, sowie in einen (nicht-jüdischen) arabischen Staat zu teilen (siehe Abbildung 2).



Abbildung 2: UN-Teilungsplan nach Resolution 181 (II)

Demzufolge sollte ca. 43 Prozent des Gebietes dem neuen arabischen Palästina zukommen, während der neue jüdische Staat ca. 57 Prozent erhalten sollte. Die Stadt Jerusalem sollte unter internationaler Verwaltung stehen. Dieser UN-Teilungsplan sah somit zwei unabhängige Staaten vor, die jedoch wirtschaftlich eng kooperieren sollten. Am 14. Mai 1948 verließ deshalb der letzte britische Hochkommissar Palästinas das Mandatsgebiet. Am selben Tag verkündete David Ben Gurion die Unabhängigkeit des Staates Israel, welcher den Grundstein für den Beginn der offenen Israelisch-Arabischen-Kriege in der Weltgeschichte ebnete. Die arabischen Staaten

Libanon, Syrien, Transjordanien (dieser benannte sich 1949 in Jordanien um), Saudi-Arabien, das Königreich Irak und das Königreich Ägypten erklärten Israel, einen Tag nach der Unabhängigkeitserklärung durch Ben Gurion, den Krieg (vgl. Johannsen 2011: 21-24).

Zusammen mit der arabischen Kampftruppe „Arabische Befreiungsarmee“ (diese wurde nach dem Krieg in die jordanische Armee eingegliedert) erreichten die arabischen Staaten eine Truppenstärke von insgesamt ca. 35.500 regulären und irregulären Soldaten, die sie im ersten israelisch-arabischen Krieg einsetzten¹. Israel begegnete den arabischen Truppen mit ähnlicher Truppenstärke (vgl. Pappe 2006: 109).

Israel konnte durch diesen Krieg sein Territorium um ca. 33 Prozent erweitern, während das Gebiet im Gaza-Streifen und die Westbank inklusive Ostjerusalem arabisch blieben (siehe Abbildung 3).



Abbildung 3: UN-Teilungsplan vs. Waffenstillstandsabkommen 1949

Der Gazastreifen kam dabei unter die Verwaltung Ägyptens, die Westbank inklusive Ostjerusalem unter (trans)jordanischer Herrschaft. Somit wurde die UN-Resolution

¹ Die tatsächliche Truppenstärke der arabischen Länder lag bei ca. 165.000 und einem Gesamtmilitärbudget von 28 Millionen britischen Pfund. Die im Text angeführte Zahl ist jene der beteiligten Truppen im Krieg. Ägypten entsandte 10.000 Soldaten, Syrien und Irak jeweils 3.000, Irak 3.000, Libanon 1.000, die Arabische Befreiungsarmee aus Transjordanien 4.500 (vgl. Pappé 2006: 109).

181 (II) obsolet, zumal Israel nicht nur Gebietszugewinne für sich beanspruchen, sondern die arabischen Nachbarstaaten 1949 zu einem Waffenstillstandsabkommen zwingen konnte, die bis dato die „Grüne Linie“ im Heiligen Land markieren sollte. Der Unabhängigkeitskrieg bzw. die Al-Naqbah fügte den beteiligten Parteien enorme Verluste zu.

„Der Preis des Sieges: 6000 Israelis waren im Unabhängigkeitskrieg umgekommen, das war rund 1 % der damaligen jüdischen Bevölkerung. Auf arabischer Seite fielen über 2000 reguläre Soldaten und eine nicht näher bekannte Anzahl anderer arabischer Kämpfer. Und etwa 750 000 Palästinenser wurden zu Flüchtlingen“ (Balke 2007: 66).

Circa ein halbes Jahr nach dem Ausbruch des Krieges, verabschiedete die UN-Generalversammlung am 11. Dezember 1948 die UN-Resolution 194 (III) und forderte darin das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimatorte in Israel, die Entmilitarisierung Jerusalems sowie die Verwaltung der heiligen Stadt unter UN-Hoheit (vgl. Vereinte Nationen 1948).

Der UN-Teilungsplan und die darauffolgenden Resolutionen in der UN-Generalversammlung wurden in dieser Phase weder von Israel noch von den arabischen Staaten umgesetzt. Zwar akzeptierte Israel den Teilungsplan, da er ihnen den langersehnten jüdischen Staat versprach. Aus arabischer Sicht wurde dieser Plan jedoch abgelehnt, weil sie das gesamte Territorium als arabisch beanspruchten. Aus ihrer Perspektive und vom arabischen Nationalnarrativ ausgehend, wurde den Arabern nämlich „arabisches Land“ weggenommen, während Juden etwas erhielten, das nicht ihnen gehörte.

Ilan Pappé erklärt in seinem Buch „the making of the Arab-Israeli-Conflict 1947-1951“, den Sieg Israels gegenüber den arabischen Staaten damit, dass das Machtgleichgewicht und die vorhandenen „capabilities“ im Krieg im Wesentlichen durch zwei Faktoren zugunsten Israels verlief:

- a) Israel bekam weltweit finanziell größere Unterstützung als die arabischen Staaten (insbesondere von der Jewish Agency) und
- b) das UN-Waffenembargo über das ehemalige Britische Mandatsgebiet traf die arabischen Staaten schwerer als Israel, zumal Israels Waffenzulieferer primär dem Ostblock zuzuordnen waren, die das UN-Waffenembargo ignorierten. Das Vereinigte Königreich galt als größter Waffenlieferant der arabischen Staaten

und verkaufte – dem UN-Waffenembargo entsprechend – kein Kriegsmaterial an die beteiligten Staaten (vgl. Pappé 2006: 109-113).

Ralf Balke vertritt in seinem 2007 erschienen Buch die Ansicht, dass das Fehlen von Vertrauen – „Misstrauen“ ein zentraler Begriff der neorealistischen Annahme – zwischen den arabischen Führern untereinander zu strategischen Fehlentscheidungen geführt hat, die den Israelis zum Erfolg verhalfen:

„Quantitativ war Israel den angreifenden Truppen weiter unterlegen [...]. Aber den arabischen Staaten gelang es nicht, ihre Überlegenheit an Soldaten und Ausrüstung richtig einzusetzen. Die arabischen Führer mißtrauten einander zutiefst, so daß keine koordinierte strategische Vorgehensweise entwickelt, geschweige denn in die Tat umgesetzt werden konnte“ (Balke 2007: 63).

Der erste Arabisch-Israelische Krieg endete in einer Katastrophe für die arabischen Länder, sodass Palästinenser bis dato von der Al-Naqba (deutsch „die Katastrophe“) sprechen, während Israel diesen Krieg als seinen Unabhängigkeitskrieg tituliert. Der militärische Sieg Israels gegenüber den arabischen Staaten festigte den jüdischen Staat in der Region, während in einigen arabischen Ländern die Niederlage politische Instabilität zur Folge hatte (vgl. Johansen 2011: 22ff):

„In Syrien putschten Offiziere 1949 die Regierung der jungen Republik [...]. In Jordanien ermordete 1951 ein Palästinenser König Abdallah. In Ägypten stürzten Offiziere 1952 den König und riefen 1953 die Republik aus. Nur im Irak hielt sich das von Großbritannien installierte Königtum zehn weitere Jahre, bis 1958 auch hier Offiziere putschten und der Irak Republik wurde“ (Johannsen 2011: 23f)

Summa summarum mündete der UN-Teilungsplan, der von der Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten angenommen wurde, in einen Krieg, den die betroffenen arabischen Staaten eindeutig verloren. Gleichzeitig konnte Israel seine Macht festigen. Die UN-Resolutionen während des Krieges wurden von den Konfliktparteien ignoriert. Ebenso wurde das Waffenembargo, das über die Kriegsparteien verhängt wurde, nicht eingehalten, da andere Staaten durchaus interessiert waren, Waffenlieferungen weiterhin zu tätigen. Das Misstrauen arabischer Führer untereinander führte zu politischen Umstürzen in den arabischen Ländern, während Israel seine Existenz als funktionierender Staat zum ersten Mal unter Beweis stellen konnte.

Die Allianz der arabischen Staaten kann hierbei als „externes balancing“ bewertet werden, indem sie sich gegen einen Staat zusammenschlossen, der ihnen in Summe

doch – und aus dem Kriegsausgang ersichtlich – überlegen war. Der Israelische Unabhängigkeitskrieg (bzw. die Al-Naqba für die Araber), festigte aber nicht nur Israels Existenz als Staat, sondern überließ Israel auch staatliche Macht über Territorien, die über den UN-Teilungsplan hinausging. Die arabische Welt empfand den Kriegsausgang als demütigend. Israels Gewinn schwächte gleichzeitig die arabischen Staaten und verhinderte so die Etablierung eines palästinensischen Staates nach dem UN-Teilungsplan. Der Machtverlust eines Staates zugunsten eines anderen gilt als klassisches „Nullsummenspiel“ in der Theorie des Neorealismus (vgl. Lemke 2008: 17). Das „externe balancing“ arabischer Staaten reichte somit nicht aus, die Machtbalance zu ihren Gunsten zu verschieben und ihre Interessen durchzusetzen.

3.2. Die Analyse der Suezkrise: „balancing“ oder „bandwagoning“?

Wie im theoretischen Kapitel erklärt, sieht Kenneth N. Waltz das Konzept des „balancing“ als zentrales Element in der Theorie des strukturellen Realismus. Demzufolge handeln Staaten ähnlich bzw. gleich („unitary actors“) und haben ein Grundbedürfnis: das eigene Überleben! An der Spitze der Bedürfnispyramide steht die universelle Dominanz. Um dieses Ziel zu erreichen und „balancing“ betreiben zu können, haben Staaten zwei Optionen: a) interne Machtsteigerung durch Aufrüstung, Stärkung der Volkswirtschaft, Technologieentwicklung etc. oder b) externe Machtsteigerung durch Allianzbildung oder Eroberung. In beiden Fällen sind die Kapazitäten (militärisch, wirtschaftlich, technologisch) und die Umgebung (Nachbarstaaten) eines jeden Staates der Ausgangspunkt für die jeweilige Option. Laut Waltz würden Staaten, die weder externe noch interne Machtsteigerung betreiben können, sich für „bandwagoning“ entscheiden und ihre Sicherheit durch Anlehnung an einen Hegemon sichern (vgl. Masala 2005: 56f).

Im zweiten Arabisch-Israelischen Krieg, dem sogenannten „Suezkrieg“ (auch „Suezkrise“ bezeichnet), griffen israelische Truppen mithilfe von Frankreich und Großbritannien am 29. Oktober 1956 Ägypten auf der Sinai-Halbinsel an. Grund hierfür war die Verstaatlichung des Suez-Kanals durch Ägypten, der zuvor unter britischer und französischer Verwaltung stand. Israel verbündete sich mit Frankreich und Großbritannien und fühlte sich zum einen durch die Fedayenübergriffe² auf Israel von

² Der Bericht vom National Intelligence Estimate (=Geheimdienstdossier der Vereinigten Staaten) von 1971 bezeichnet die Fedayen als „Palestinian guerrillas [...] Asserting their independence of Arab

der Sinai-Halbinsel aus und zum anderen durch das zuvor beschlossene Dreierbündnis zwischen Ägypten, Syrien und Jordanien bedroht (→ „externes balancing“ der arabischen Staaten nach Waltz). Des Weiteren betrieb Ägypten „internes balancing“, indem er begann, aufzurüsten und die Armee nach der Niederlage beim ersten Arabisch-Israelischen Krieg zu professionalisieren. Das „externe balancing“ der arabischen Staaten rund um Israel sowie das interne balancing Ägyptens führten dazu, dass diese Entwicklungen von Israel als Bedrohung wahrgenommen wurden, sodass Israel sein nach dem Unabhängigkeitskrieg hergestelltes Machtgleichgewicht bedroht sah (vgl. Isacoff 2006: 83ff).

„Israeli leader were driven by the fear that the 1955 Soviet arms sales to Egypt, once fully integrated into the Egyptian arsenal, would constitute a significant shift in the balance of military power between Israel and Egypt. They feared that the new arms would provide Egypt with superiority in both quantitative and qualitative terms and negate the qualitative advantages upon which Israeli security had rested since its independence“ (Isacoff 2006: 84).

Im Suezkrieg konnten die israelischen Streitkräfte – in Kooperation mit Großbritannien und Frankreich – innerhalb einer Woche die komplette Sinaihalbinsel erobern, die ägyptische Luftwaffe ausschalten und erhebliche Schäden am ägyptischen Militärequipment anrichten. Verurteilungen der israelischen Angriffe durch die Vereinten Nationen wurden durch britische und französische Vetos im SC erfolgreich blockiert, sodass diese beiden Vetomächte erst nach dem steigenden Druck der Vereinigten Staaten und der militärischen Drohung vonseiten der Sowjetunion einer UN-Friedenstruppe auf der Sinai-Halbinsel zustimmten (vgl. Schwabe 2001: 5-11).

Die Suezkrise hatte zur Folge, dass insbesondere die ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich ihren Einfluss im Nahen Osten zugunsten der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion reduzieren mussten. Israel konnte durch den Sieg die Schlagkraft der eigenen Armee in der Region unter Beweis stellen. Des Weiteren wurde das von Ägypten, Syrien und Jordanien errichtete Bündnis militärisch geschwächt, da die schlagkräftigste Armee innerhalb dieser Allianz – Ägypten – herbe Verluste hinnehmen musste. Israels Strategie, sich mit Frankreich und Großbritannien zu verbünden, um die eigene Sicherheit zu schützen und dabei seine eigene Macht auszudehnen, ging auf.

governments, they began mounting guerrilla attacks against the Israelis in the occupied territories and in Israel itself“ (National Intelligence Estimate: 5).

Aus neorealistischer Perspektive betrieb Israel hier „externes balancing“ (Allianzbildung) gegen seine arabischen Nachbarstaaten. Aber auch „internes balancing“, da Israel durch die Vernichtung arabischer Kriegsmaterialien, die eigene Macht steigern konnte. Die Macht ist nach Waltz relativ – sprich relativ im Verhältnis zum bedrohenden Staat (siehe Kapitel 2.3.1).

Die Suezkrise verdeutlichte zusätzlich den Machtschwund der ehemaligen Kolonialmächte, indem die neuen Großmächte – USA und UdSSR – den Angriffskrieg Frankreichs und Großbritanniens auf Ägypten missbilligten. Die Drohung der Sowjetunion, notfalls militärisch auf Seiten Ägyptens einzugreifen sowie die fehlende Unterstützung seitens der USA, machten es Großbritannien und Frankreich unmöglich, ihren Angriff fortzuführen (vgl. Zehetmair 2006).

Zu diesem Zeitpunkt wurde deutlich, dass die ehemaligen Kolonialmächte militärisch kein „balancing“ gegen die Sowjetunion betreiben können und aus diesem Grund den Krieg beenden müssen. Die Suezkrise führte dazu, dass die jahrhundertelange Vormachtstellung Frankreichs und Großbritanniens in der Welt, auf die neuen Großmächte USA und UdSSR überging. Waltz bezeichnet die Konstellation von zwei Machtpolen, an denen sich die anderen Staaten orientieren, als bipolares Weltsystem. Mit der Unterstützung der neuen, nun weltweit anerkannten Mächte USA und UdSSR, wurde mit der Entscheidung des UN-SCs die UNEF aufgestellt und zur Friedenssicherung in den Sinai entsandt und der Krieg somit vorerst beendet (vgl. ebd.).

3.3. Der Sechstagekrieg/Junikrieg 1967: offensiver und defensiver Neorealismus

Am 5. Juni 1967 griff Israel seine Nachbarstaaten Syrien, Ägypten, Jordanien sowie den Irak an. Die Gründe für den israelischen Angriff auf die arabischen Nachbarstaaten 1967 sind vielfältig: Zum einen konnte der ägyptische Präsident Nasser im Mai 1967 den Abzug der seit dem Suezkrieg stationierten UNEF im Sinai erreichen und seine eigenen Soldaten wieder im Sinai stationieren. Zum anderen verkündete Ägypten eine Blockade der Meerenge von Tiran, wodurch die einzige israelische Hafenstadt am Toten Meer, Eilat, nicht mehr über Seetransporte zu erreichen war. Weiters beschlossen Jordanien, Irak und Ägypten einen Beistandspakt am 30. Mai 1967. Zudem kam es zuvor zu mehreren Übergriffen zwischen israelischen und syrischen Armeeeinheiten am Golan (vgl. Segenreich 2017).

Während des Krieges überraschten die israelischen Kampffjets die ägyptische Armee mit einem Tiefflug über Sinai und zerstörten nahezu 300 ägyptische Kampfflugzeuge am Boden. Nachdem die ägyptische Luftwaffe ausgeschaltet war, rückten israelische Truppen mit der Unterstützung ihrer Luftwaffe in den Sinai vor und eroberten den Gaza-Streifen und die gesamte Sinai-Halbinsel, sodass die ägyptische Hauptstadt Kairo nur noch zehn Flugminuten von den israelischen Basen entfernt war. Des Weiteren gelang es den israelischen Truppen, die Straße von Tiran zu kontrollieren. Bereits am 8. Juni, dem dritten Tag des Krieges, erklärte sich Ägypten zu Waffenstillstandsverhandlungen bereit (vgl. Serr 2017: 38-41).

Nachdem Israel überraschend Ägypten angriff, begannen Syrien und Jordanien mit Artilleriegeschossen auf Israel. Den Israelischen Streitkräfte gelang es bereits am zweiten Kriegstag, die jordanischen Truppen aus der Westbank zurückzudrängen und Ostjerusalem inklusive der Altstadt einzunehmen, sodass die Klagemauer und die Al-Aqsa-Moschee unter israelische Kontrolle kamen. Nachdem die ägyptischen Streitkräfte im Sinai und die jordanischen in der Westbank geschlagen wurden, konzentrierte sich Israel nun auf den Nachbarn im Nordosten. Am 10. Juni gelang es Israel, den syrischen Golan zu erobern und somit die vollständige Kontrolle über den See Genezareth zu erlangen. Am 11. Juni folgte der Waffenstillstand (vgl. Segenreich 2017). In lediglich sechs Tagen gelang es Israel, ein Gebiet zu erobern, das nahezu viermal so groß war wie das eigene (siehe Abbildung 4).

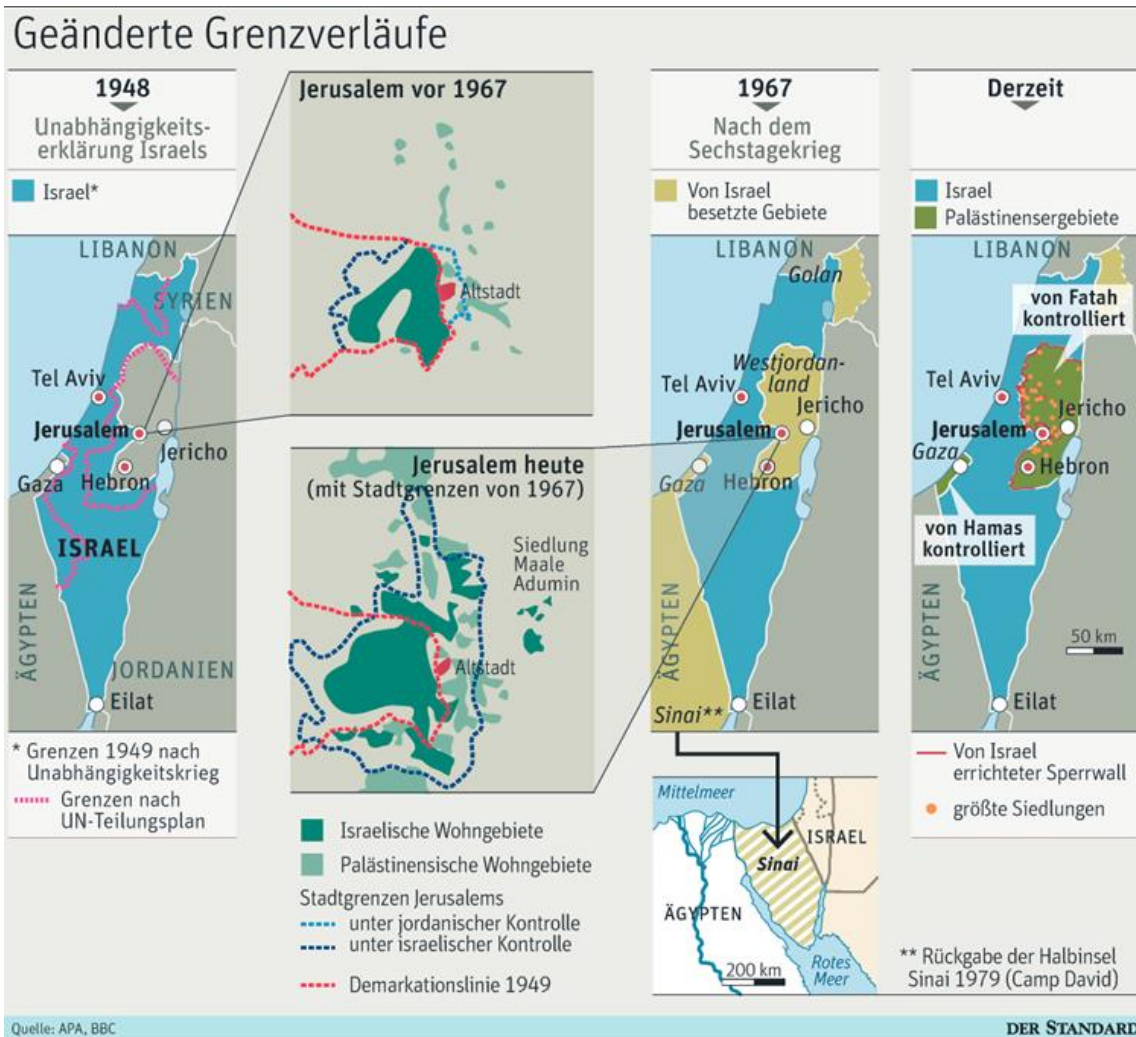


Abbildung 4: Grenzverlauf vor und nach dem Sechstagekrieg / Junikrieg

Darüber hinaus, kam die für die jüdische Identität wichtige Klagemauer unter israelische Kontrolle und gleichzeitig wurde die arabische Welt durch den raschen Verlust ihrer Gebiete – allen voran der Al-Aqsa-Moschee – gedemütigt. Weiters mussten die arabischen Staaten zahlenmäßig einen herben Rückschlag ihrer Streitmächte hinnehmen (vgl. Serr 2017: 38-41).

Durch die Eroberung der Golanhöhen und der strategisch wichtigen Stadt Qunaitra, die mittlerweile – völkerrechtswidrig – von Israel zum Mutterland annektiert wurde, wurde die physische Aufstellung seiner Streitkräfte ca. 60 Kilometer vor der syrischen Hauptstadt Damaskus möglich (siehe Abbildung 5). Dadurch erreichte Israel aus militärischer Perspektive einen großen Vorteil gegenüber Syrien.



Abbildung 5: Tafeln in den von Israel besetzten Golanhöhen, welche die Entfernungen zu wichtigen Orten in der Region zeigen

Der Sechstagekrieg/Junikrieg hatte zur Folge, dass jenes Gebiet, das beim UN-Teilungsplan für die Palästinenser vorgesehen war, nun jüdisch kontrolliert wurde. Paradoxerweise führte dieser Feldzug zur Quasi-Wiedervereinigung der Palästinenser, da die Palästinenser in der Westbank und jene im Gazastreifen in der Zeit von 1948 bis 1967 voneinander getrennt waren. Die Trennung der Palästinenser sollte sich ca. 40 Jahre später, durch den Bau einer Mauer von Israel quer durch die West-Bank, erneut wiederholen (vgl. Segenreich 2017).

Die UN verabschiedeten im November des Kriegsjahres im SC einstimmig die Resolution 242. Darin wird Israel aufgefordert, unter anderem, sich aus den (aktuell durch den jüngsten Krieg) eroberten Gebieten zurückzuziehen und „die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates der Region durch

Maßnahmen zu garantieren, die auch die Schaffung entmilitarisierter Zonen einschließen“ (UN-Resolution 242).

Die Folgen des Sechstagekrieges sind bis dato spürbar, sodass die Grenze zwischen Israel und Syrien nördlich des Golan verläuft und dort neben UN-Friedenstruppen entmilitarisierte Zonen eingerichtet wurden (siehe Abbildung 6). Des Weiteren verschaffte dieser Krieg enorme psychische Vorteile für Israels militärische und politische Kraft in der Region.

„Israeli victory in the Six Day War of 1967 radically altered the Middle East and had a profound effect not only on Israel's borders but Israel's national psyche. It ushered in a new era which seemed to invert the classic Israeli David and Arab Goliath parallel and rendered Israel a self-assured occupying power“ (Siniver 2013: 29).



Abbildung 6: Israelische Warntafel im Golan nahe der Stadt Quneitra an der Grenze zu Syrien

Um diesen Krieg aus neorealistischer Perspektive als offensiven oder defensiven Realismus zu erklären, bedarf es unter anderem einer Analyse der „capabilities“ der Konfliktparteien vor dem Kriegsabend, da die „capabilities“ das Verhalten von Staaten beeinflussen.

Israels Armee hatte vor dem Krieg 275.000 Soldaten, 2.550 Panzer, diverse Geschütze und 350 Kampfflugzeuge. Die Arabischen Konfliktparteien – Ägypten,

Syrien und Jordanien – kamen gemeinsam auf 295.000 Soldaten, nahezu 3.700 Panzer und diverse Geschütze sowie 592 Kampfflugzeuge, wobei die größte Anzahl hiervon Ägypten aufstellte. So hatte Ägypten circa 450 Kampfflugzeuge und Jordanien ungefähr 20 (vgl. Serr 2017: 39).

Wie bereits erwähnt, beendete der ägyptische Präsident Nasser die Präsenz der UNEF am Sinai, die an der ägyptisch-israelischen Grenze stationiert waren. Dadurch standen ägyptische Soldaten den israelischen direkt gegenüber. Kurz vor dem israelischen Angriff schmiedeten die arabischen Konfliktparteien ein Bündnis. Zur gleichen Zeit war Ägypten in einen Bürgerkrieg im Yemen verwickelt und musste einen Teil seiner Kräfte dort einsetzen. Dies führte zur Minderung der ägyptischen „capabilities“ gegenüber Israel und schwächte somit die gesamte arabische Allianz. Syrien hingegen war politisch instabil. Die Palästinenser waren nach der Suezkrise noch weiter in die Defensive getrieben und mussten in ihrem Kernland unter israelischer, in der Westbank unter jordanischer und im Gaza unter ägyptischer Okkupation leben. Die Gesamtsituation der arabischen Länder vor dem Sechstagekrieg/Junikrieg war aus mehreren Gründen nicht vielversprechend.

“Arabs talked a lot about unity, socialism and nationalism, but in reality they were deeply disunited. The Syrian and Egyptian leaderships fretted about plots allegedly instigated by the monarchies in Jordan and Saudi Arabia. Kings worried that the military populists who led Syria and Egypt would incite revolution” (Bowen 2017).

Israel hingegen konnte nach dem Sieg seines Unabhängigkeitskrieges und des Suezkonflikts seine Armee stetig aufrüsten und investierte in die Ausbildung seiner Soldaten sowie in militärisches Equipment. „Unlike the Egyptians and the other Arab armies, the Israelis had done their homework” (vgl. ebd.).

Nasser lieferte den notwendigen Grund für Israels Argumentation seines Präventivkrieges, da er neben der Militarisierung der Sinai-Halbinsel zusätzlich die Sperre der Straße von Tiran für israelische Schiffe beschloss. Israel erweiterte im Sechstagekrieg/Junikrieg sein Territorium um ein vierfaches, bekam durch die Eroberung der Golanhöhen militärisch-strategisch einen immensen Vorteil für zukünftige Kriege gegenüber Syrien und drängte die jordanischen Streitkräfte aus der Westbank, sodass diese keine unmittelbare Gefahr mehr für das israelische Kernland darstellten. Der Zustand der arabischen Staaten zeigt auf, dass sie nicht über genug Ressourcen verfügten, um Israel anzugreifen. Israel hatte bereits vor dem Krieg

sowohl militärisch als auch technologisch höhere „capabilities“ als die arabische Allianz.

Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass Israel hier seine „capabilities“ und die Gesamtsituation seiner Nachbarn gut genutzt hat, um seine Macht und seine Stellung als zukünftiger Hegemon in der Region zu festigen. Ein unmittelbarer arabischer Angriff wäre aus den oben genannten Gründen nicht im Interesse der arabischen Staaten gewesen.

Aus neorealistischer Perspektive erklärt daher der offensive Realismus den Sechstagekrieg/Junikrieg plausibler als der defensive Realismus, zumal Israel nicht unmittelbar bedroht war, jedoch die Gunst der Stunde nutzte, um seine Macht auszudehnen und so Vorteile gegenüber seinen Feinden für die Zukunft zu sichern. Weder die arabischen „capabilities“ noch die gesamte arabische Führung erkannten eine Schwächung Israels nach der Suezkrise. Jordanien erkannte sogar die israelische Bedrohung schon in den 1960er Jahren und führte bereits geheime Gespräche mit israelischen Vertretern, um das eigene Königshaus vor weiteren Machtverlusten zu schützen (vgl. Siniver 2013: 124-133).

Der durchaus erfolgreiche Sieg Israels gegen Ägypten, Syrien und Jordanien führte zur Machtsteigerung Israels auf Kosten der arabischen Staaten, die zu einer Machtasymmetrie zugunsten Israels führte. Diese Machtasymmetrie wird unter anderem als einer von mehreren Gründen für die besondere israelisch-amerikanische Beziehung mitangeführt. Denn durch die Hegemonstellung Israels nach diesem Krieg, sah die USA im jüdischen Staat einen verlässlichen Partner in einer Region, in welcher mehrere Staaten Washington gegenüber feindlich eingestellt sind. Israel machte sich somit attraktiver für die USA und steigerte seine Optionen in Bezug auf die Verhaltensstrategien („balancing“ und „bandwagoning“) aus neorealistischer Perspektive (vgl. Beck 2004: 103f).

3.4. Der Yom-Kippur-Krieg/Oktoberkrieg und die „balance of power“

Yom-Kippur oder auch Jom-Kippur, ist der höchste jüdische Feiertag. Er beginnt zehn Tage nach dem jüdischen Neujahr – Rosch HaShana – und findet nach dem gregorianischen Kalender entweder im September oder Oktober statt. An Yom-Kippur steht in Israel bis heute nahezu alles still. An diesem Tag sind alle Geschäfte in Israel geschlossen und der Verkehr ist lediglich für Einsatzfahrzeuge erlaubt. Sogar der

größte Flughafen, Ben-Gurion in Tel Aviv, wird an diesem Tag von keinem Flugzeug angefliegen. Ebenso sind alle Grenzübergänge geschlossen. Das komplette Leben steht somit still. Yom Kippur ist ein strikter Fasttag mit absolutem Arbeitsverbot (vgl. ORF 2014).

Der im Westen als Yom-Kippur-Krieg bekannte Krieg, begann mit einem ägyptisch-syrischen Überraschungsangriff auf Israel am 6. Oktober 1973 mit der Unterstützung aus dem Irak, Libyen, Tunesien, Algerien, Jordanien, Marokko, Kuwait, Sudan und Saudi-Arabien. Zu erwähnen ist an dieser Stelle, dass die Unterstützung dieser arabischen Staaten militärisch – aufgrund der geringen Anzahl der zur Verfügung gestellten Soldaten und Militärausrüstung – unbedeutend war (vgl. Serr 2013: 42f). Der Krieg endete nach circa drei Wochen mit einem Waffenstillstand am 25. Oktober. In der arabischen Welt wird daher vom Oktoberkrieg und nicht Yom-Kippur-Krieg gesprochen.

Vor dem Krieg war die Region von politischen Umbrüchen geprägt. Die Verluste der arabischen Staaten durch den Sechstagekrieg/Junikrieg 1967 saßen noch tief in den Köpfen der arabischen Welt. Israels Eindringen bis 60 km vor Damaskus stellte eine Bedrohung für Syrien dar. Dort übernahm 1971 Hafiz al-Asad die Macht.

Nach dem Tod des ägyptischen Präsidenten Nasser 1970 folgte ihm Anwar as-Sadat. Die Wirtschaft Ägyptens war zu dieser Zeit defizitär, die Einnahmen durch den Suez-Kanal fehlten, Israel hatte die Ostseite des Ufers seit dem letzten Krieg als Verteidigungslinie inne, die soziale Lage im Land blieb instabil und der Verlust der Sinai-Halbinsel verdeutlichte das Schrumpfen des gesamten Staates. „In great secrecy for over a year before October 1973, Sadat had been planning a war to reverse the defeat of 1967” (Arnold 2016: 303).

In Israel herrschte hingegen immer noch Euphorie. Der Sieg über die Nachbarstaaten und die dazugewonnen Gebiete verschafft Israel große Vorteile. Das israelische Kernland war nun weiter von der Waffenstillstandlinie entfernt. Gleichzeitig ermöglichte die Einnahme der Jerusalemer Altstadt und damit der Klagemauer einen moralischen Schub für die israelische Bevölkerung. Um die israelische Armee entstanden Mythen, die sie als unbesiegbar beschrieben und Auswirkungen auf die israelische Politik hatten, die sich in einer besseren Lage sah (vgl. Siniver 2013: 36f).

Golde Meir folgte 1969 dem verstorbenen Premierminister Levi Eshkol. Die Bemühungen Nassers und später auch Sadats, den Sinai durch indirekte Verhandlungen über die Vereinigten Staaten zurück zu bekommen, erteilte Meir eine Absage, zumal die arabischen Staaten die „drei Neins“³ als Dogma aufrechterhielten. Weiters sah die israelische Ministerpräsidentin die arabischen Staaten nicht imstande, den Status Quo zu ändern, sodass Israel die besetzten Gebiete weiterhin und ohne große Gefahr behalten konnte (vgl. ebd.).

Circa ein halbes Jahr vor dem Krieg, schmiedete Sadat eine Allianz mit dem syrischen Präsidenten Asad. Bereits eine Woche vor dem Angriff versammelten sich ägyptische und syrische Truppen an der Grenze zu Israel. Obwohl Israel von diesen Truppenbewegungen erfuhr, wurde nichts unternommen. Die Entwicklung wurde als Täuschung angesehen und weniger als wahre Bedrohung (vgl. Serr 2013: 43). „Erst zehn Stunden vor Beginn der ägyptisch-syrischen Offensive kam Israels Führung in den frühen Morgenstunden des 6. Oktober schließlich zu der Erkenntnis, dass Kairo und Damaskus noch am selben Tag zum Krieg schreiten würden“ (ebd.).

Diese Fehlkalkulation der israelischen Führung hatte zur Folge, dass die Mobilmachung der israelischen Reservisten, die zahlenmäßig die größte Einheit ihrer Streitkräfte bildeten, zu spät erfolgte. Die Kapazitäten der Konfliktparteien sahen zum Zeitpunkt des Kriegsbeginns folgendermaßen aus (vgl. Serr 2013: 43f):

	Israel	Arabische Allianz	Ägypten	Syrien
Soldaten	310.000	505.000	315.000	140.000
Panzer	2.000	4.800	2.200	1.800
Kampf- und Jagdflugzeuge	840	2.300	1.350	600

Tabelle 1: Militärkapazitäten der Konfliktparteien

Zu erwähnen ist hier die Tatsache, dass Israel zusätzlich zum aufgelisteten Arsenal auch seit Ende 1969 über Atombomben verfügt. Während die Vereinigten Staaten diese Tatsache duldeten, unterstützte Frankreich Israel hierbei aktiv (vgl. Cohen 2010: 25f).

³ Die „drei Neins“ basieren auf die Einigung der arabischen Staaten im Rahmen der Arabischen Liga-Konferenz am 1. September in Khartoum nach dem Sechstagekrieg/Junikrieg. Hierbei einigten sich die arabischen Staaten bzgl. ihrer Politik gegenüber Israel: kein Friede und keine Verhandlungen mit Israel und keine Anerkennung von Israel (vgl. Zievi 2012).

Der Besitz von Atomwaffen hob Israel auf der einen Seite auf eine hegemonische Ebene. Auf der anderen Seite kann die Atombombe jedoch unberücksichtigt bleiben, weil sie während der arabisch-israelischen Kriege nie zum Einsatz kam. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass großer internationaler Druck in Bezug auf den Nichteinsatz von Atomwaffen besteht und die israelische Atombombe vielmehr als letztes Mittel dienen soll.

Demzufolge hatten die israelischen Streitkräfte um ein Drittel weniger Soldaten als die arabischen. Die Zahl der Panzer der israelischen Streitkräfte erreichte lediglich die Hälfte der Arabischen Allianz. Geringer war auch die Zahl der Kampf- und Jagdflugzeuge, die die israelischen Luftstreitkräfte zur Verfügung hatten. Den arabischen Staaten gelang es, Lehren aus dem letzten Krieg 1967 zu ziehen, bei dem sie circa 80 Prozent ihres gesamten militärischen Gerätes verloren hatten, sodass sie ihre militärischen Kapazitäten bis 1973 erheblich verbessern konnten. Die arabischen Staaten hatten dafür ebenso moderne Technologien wie Israel zur Verfügung. Während Israel seine Waffen und Technologien hauptsächlich von den Vereinigten Staaten bezogen, kamen die Waffen der arabischen Staaten primär aus der Sowjetunion (vgl. Serr 2013: 43).

Die zwei Großmächte seinerzeit unterstützten während des Yom-Kippur-Krieges/Oktoberkrieges jeweils den eigenen Waffenabnehmer: Die Sowjetunion etablierte während des Krieges eine Luftbrücke zu Ägyptens und Syriens Hauptstadt und lieferte militärisches Gerät von rund 15.000 Tonnen. Die USA hingegen unterstützten Israel mit militärischem Gerät: insgesamt waren es während des Krieges über 20.000 Tonnen (vgl. ebd.).

Nachdem Ägypten und Syrien anfangs etliche Erfolge erzielen konnten, stockte der arabische Vorstoß circa drei Tage später. Die Gründe dafür lagen in der raschen Mobilisierung der israelischen Streitkräfte und in den Fehlkalkulationen arabischer Generäle, zu schnell in das israelische Kernland vorrücken zu wollen, sodass ihre Panzer außer Reichweite der eigenen Luftabwehrraketen lagen. Zusätzlich dazu erwiesen sich die amerikanischen Kampfflugzeuge effektiver als jene aus der Sowjetunion. Die Unterstützung der Vereinigten Staaten war ein Hauptgrund für die Kehrtwende der anfangs erfolgreichen arabischen Offensive, sodass israelische Streitkräfte zuerst die arabischen Streitkräfte stoppen konnten, um anschließend

selbst in die Offensive zu gehen. Nach circa zehn Tagen des Kriegsbeginns konnte Israel die Gebiete, die sie durch den Angriff verloren hat, zurückerobern (vgl. ebd.).

Nach zehn Tagen des Kriegsbeginns gingen die israelischen Streitkräfte sogar in die Offensive über und standen nun rund 100 Kilometer vor Kairo und 60 Kilometer vor Damaskus (vgl. Siniver 2013: 66). Die israelische Offensive, verbunden mit dem politischen Druck der arabischen Staaten auf die internationale Staatengemeinschaft und die sowjetische Drohung auf Seiten der arabischen Staaten einzugreifen, führte zum Waffenstillstand am 24. Oktober, der von den Vereinigten Staaten mitinitiiert wurde (vgl. Serr: 43ff).

Der Yom-Kippur-Krieg/Oktoberkrieg war zwar militärisch ein Erfolg für Israel – wenn auch mit hohen militärischen Kosten verbunden – ging aber dennoch als Trauma in das Nationalnarrativ der Israelis ein. Grund hierfür war zum einen der Schock, den Israel durch die anfänglichen militärischen und territorialen Verluste hinnehmen musste und zum anderen die Fehlkalkulation der politischen und militärischen Führung hinsichtlich der Gefahrensituation.

“Rather than a heroic victory or even a courageous loss, the October War has, at best, been viewed as an embarrassment; and, at worst, has been seen as a terrifying reminder of the limitations on Israel’s ability to protect its citizens. This pervasive feeling of trauma associated with 1973 has had an interesting effect on the way the conflict has been studied” (Siniver 2013: 11f).

Die arabischen Staaten, vor allem Ägypten, feierten das Kriegsende als einen Sieg, obwohl sie circa 18.000 gefallene Soldaten zählten und Israel im Gegensatz dazu lediglich 2.691 (vgl. ebd.: 62). In den rund drei Kriegswochen verlor Ägypten 242 Kampfflugzeuge und 880 Panzer (vgl. Arnold 2016:304).

Die ägyptische und syrische Führung konnte nach dem Waffenstillstand ihre Position in ihren Hauptstädten festigen, obwohl Damaskus den Krieg nicht als Erfolg feierte. Währenddessen war es diesmal die israelische Führung, die – trotz der militärischen Erfolge – abdanken musste. Golda Meir, die israelische Premierministerin und ihr Verteidigungsminister, Moshe Dayan, gaben ein halbes Jahr später nach internen Protesten in Israel, ihren Rücktritt bekannt.

Während des Krieges verhängten die erdölexportierenden Länder (OPEC), die von den arabischen Staaten dominiert werden, ein Ölembargo über jene Staaten, die Israel

unterstützten (vor allem USA und die Niederlande). Dies hatte anschließend die Ölkrise in Europa zur Folge (vgl. ebd.: 305f).

Eine weitere Folge des Krieges war die Änderung der politischen Landschaft Israels. Nach Meirs und Dayans Rücktritt konnte die Arbeiterpartei nach der folgenden Wahl nicht mehr den Premierminister stellen. Bei den Wahlen 1977 führte zum ersten Mal in der Geschichte Israels die konservativ-rechte Partei „Likud“ mit Menachim Begin an der Spitze den jüdischen Staat. General Ariel Sharon, der während des Krieges 1973 aus dem Ruhestand geholt wurde und eine Panzerdivision im Sinai befehligte, wurde Verteidigungsminister.

Der Yom-Kippur-Krieg/Oktoberkrieg wurde schlussendlich auch zum Wendepunkt für die Außenpolitik der arabischen Länder in Bezug auf den Palästinakonflikt: Ägypten schockte Israel durch die Angriffe und gab der jüdischen Bevölkerung das Gefühl, dass sie sich nicht mehr zu hundert Prozent sicher fühlte. Gleichzeitig zeigte der Krieg den arabischen Staaten auch ihre limitierte, militärische Kapazität auf. Dieses Umdenken in Israel und der gesamten regionalen politischen Führung sowie der stärkeren Involvierung der Vereinigten Staaten in den Nahostkonflikt, führten schlussendlich zu einer politischen Lösung zwischen Ägypten und Israel (vgl. Arnold 2016: 302ff).

Gleichzeitig übernahm die PLO eine wichtigere Rolle im Nahostkonflikt als zuvor, da sich Jordanien seit dem Krieg 1967 – aufgrund seiner geringen Kapazitäten – militärisch passiv verhielt und Ägypten nach dem Krieg 1973 einen Friedensvertrag mit Israel schloss (vgl. Arnold 2016: 303ff).

Vier Jahre nach dem Krieg reiste Sadat nach Jerusalem und hielt eine Rede in der Knesset. 1978 schlossen Israel und Ägypten im Camp-David den Friedensvertrag. 1979 schüttelten sich Ägyptens Präsident Sadat und Israels Premier Begin in den Vereinigten Staaten die Hand und besiegelten den Friedensvertrag. Darin wurde unter anderem vereinbart, dass Israel sich vollständig von der Sinai-Halbinsel zurückzieht und dieses Gebiet wieder an Ägypten übergibt. Ägypten erkannte im Gegenzug Israels Existenz an. Außerdem dürfen seither israelische Schiffe den Suez-Kanal durchfahren.

Gleichzeitig hatte der Frieden mit Israel für Ägypten die Isolation in der arabischen Welt in Form der Suspendierung Ägyptens von der Arabischen Liga zur Folge, die erst zehn Jahre später, 1989, rückgängig gemacht wurde. Der Frieden mit Israel brachte zugleich innere Unruhen in Ägypten mit sich. Am neunten Jahrestag des letzten

arabisch-israelischen Kriegen, 6. Oktober 1981, wurde der ägyptische Präsident Opfer eines Attentates während einer Truppenparade. Seit dem Yom-Kippur-Krieg/Oktoberkrieg kam es zu keiner militärischen Auseinandersetzung zwischen israelischen und ägyptischen Streitkräften (vgl. Schmid 2019).

Ägypten erkannte nach vier offenen militärischen Kämpfen mit Israel, dass der jüdische Staat militärisch überlegen ist. Der defensive Realismus nach Waltz, kann das Verhalten Ägyptens erklären. Ein Friedensvertrag, der Ägypten die Sinaihalbinsel zurückgibt, stärkt Ägyptens Kapazitäten in Bezug auf die Gebietsgröße und die Kontrolle des Suezkanals. Mit der ägyptischen Zusicherung des Schiffverkehrs für israelische Schiffe durch den Suezkanal und der Straße von Tiran, signalisiert Ägypten gleichzeitig, den Status quo nach dem Friedensvertrag zu erhalten und keine Bedrohung (Machterweiterung) mehr für Israel darzustellen. Ein weiteres Signal für die nicht mehr vorhandene Bedrohung gegen Israel, stellte die Tatsache dar, dass Ägypten – durch die arabische Isolation – keine Allianzenbildung und somit kein „externes balancing“ mehr gegen Israel betreiben konnte.

Ein weiterer Friedensvertrag Mitte der 90er Jahre kam zwischen Israel und Jordanien zustande. Das Verhältnis Jordaniens zu Israel war bereits vor dem Yom-Kippur-Krieg/Oktoberkrieg ein ambivalentes. Jordaniens König Hussein suchte eine pragmatische Annäherung zu Israel, konnte jedoch aus innenpolitischem Kalkül und außenpolitischem Druck seitens der arabischen Nachbarn keine eigene Politik verfolgen. Jordanien war finanziell von den reichen arabischen Staaten in der Region abhängig, die wiederum Jordanien aufgrund ihres (teils scheinheiligen) Anti-Israel-Kurses unterstützten. Das finanzielle Geberland für Jordaniens chronische Budgetdefizit sollte später die USA sein. Vor dem Yom-Kippur-Krieg/Oktoberkrieg trafen hochrangige jordanische Vertreter jene aus Israel. Jordanien versprach den USA zuvor die Zurückhaltung der jordanischen Truppen bei einem arabischen Angriff auf Israel, solange Jordanien selbst nicht angegriffen werde. Diesem Versprechen konnte König Hussein aufgrund des Drucks der arabischen Staaten nicht nachkommen. Jordaniens Kriegsbeteiligung am Überraschungsangriff während des Yom-Kippur-Krieges/Oktoberkrieges war auch aus diesem Grund scheinheilig und weniger mit militärisch gewinnorientiertem Ziel (vgl. Siniver 2013: 124-133).

„Jordan's symbolic participation in the 1973 War was a joint venture between Jordan, the United States and Israel. It was determined in advance not just because of foreign policy and political economy

considerations, but also because of Jordan's growing military dependency on the United States, its professional assessment of the Arab–Israeli military balance, and its tightening secret dialogue with Israel prior to the war" (ebd.: 133f).

Jordanien's Israelpolitik kann hier als eigensinnig beurteilt werden, da das jordanische Königshaus sich vielmehr um die eigenen Interessen kümmerte und sich weniger für die Interessen der Palästinenser einsetzte. Jordanien erkannte die eigene Schwäche gegenüber Israel an und zog, um die arabische Finanzhilfe für das eigene Budget weiterhin zu erhalten, lediglich aus pragmatischen Gründen in den Krieg gegen Israel.

Im Gegensatz zu Ägypten und Jordanien gibt es bis dato keinen Friedensvertrag zwischen Israel und Syrien, da Israel die Golanhöhen weiterhin kontrolliert und Syrien den Staat Israel nicht offiziell anerkennt.

Obwohl Israel auf dem Schlachtfeld als Sieger hervorging, konnten sich die arabischen Angreifer die Verwundbarkeit der israelischen Streitkräfte während den Anfängen des Yom-Kippur-Krieges/Oktoberkrieges in den Vordergrund stellen. Weiters löste der Überraschungsangriff einen Schock in der israelischen Gesellschaft aus, die einsehen musste, dass die arabischen Staaten militärisch durchaus in der Lage sind, Israel zu bedrohen (vgl. Siniver 2013: 11f).

"The war [1973] redefined the balance of power in the Middle East. Up until 1973 Israel had won every war against Arab troops, so in the perception of both the Arab public and the West, Israel's army was invincible. The October War showed that despite the military superiority of Israel, the Arabs could still match up in a competitive situation" (ebd.: 145).

Dieser Krieg leitete somit in Israel, aber auch in den arabischen Ländern (zumindest für Ägypten und Israel) ein Umdenken ein. Beide Seiten waren sich nun bewusst, dass ein Status Quo – basierend auf den Ergebnissen des Sechstagekrieges – keine Stabilität für die Region mit sich bringen würde.

Israels Stärkung des eigenen Militärs kann als „internes balancing“ beurteilt werden, das Israel zur Machterweiterung verhelfen soll. Das Mächtegleichgewicht zugunsten Israels nach dem Yom-Kippur-Krieg/Oktoberkrieg, verdeutlichte, dass die arabischen Staaten keine gemeinsame Kriegsallianz und somit kein „externes balancing“ gegen Israel betreiben konnten.

Die bisherigen offenen militärischen Auseinandersetzungen mit den arabischen Staaten konnte Israel immer für sich entscheiden. Die Stärke des israelischen Militärs, die guten Taktiken während der Kriege und die hohe Moral der jüdischen Bevölkerung demonstrierten die Überlegenheit Israels nach jedem Krieg erneut. Die Kriege haben Israels Existenz gestärkt, sodass Israel heute – trotz seiner relativ geringen Bevölkerungszahl in seiner Region – zur Regionalmacht im Nahen Osten gezählt wird (vgl. Stetter & Hestermann 2018).

Die militärische Schwächung durch die Kriege mit Israel seit 1947 und der Friedensvertrag mit Ägypten ebnete wiederum einem neuen, nichtstaatlichen Akteur den Weg, sich für die Palästinenser einzusetzen: Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) sollte nun die Lücke mit einer neuen Taktik füllen. Kein offener, konventioneller Krieg gegen Israel, sondern Guerillakampf und Terrorattentate, die international hohe Wellen schlagen, um so Aufmerksamkeit für die Situation der Palästinenser zu erregen und internationalen Druck auf Israel auszuüben (siehe Kapitel 4.3.).

Während Israel durch Kriege mit den arabischen Nachbarn seine Existenz nicht nur sichern, sondern auch ausweiten konnte, wurden die Gebiete Palästinas, die zuvor zwischen Ägypten im Gazastreifen und Jordanien im Westjordanland verwaltet und besetzt wurden, nun unter israelischer Herrschaft gebracht. Israel erweiterte somit seinen Einfluss auf den gesamten Sinai, die Westbank, die Golanhöhen und den Gazastreifen.

Diese Ausweitung kann aus neorealistischer Perspektive als Bedrohung für die Nachbarstaaten Israels wahrgenommen werden, während sie für Israel eine Machterweiterung darstellt. Zusätzlich zur Machterweiterung, zwang die Besetzung des Sinais die Regierung in Kairo später zu Verhandlungen mit Israel, die zum Friedensvertrag zwischen beiden Staaten führen sollten. Dadurch schaltete Israel die ägyptische Bedrohung aus und konnte seine Machterweiterung nun auf die anderen arabischen Staaten konzentrieren, die ohne ägyptische Hilfe, nicht imstande waren, eine militärische Aktion im Alleingang gegen Israel zu starten. US-Außenminister, Kissinger beschrieb den militärischen Zustand, der durch den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag entstand, aus israelischer Sicht folgendermaßen: „Kein Krieg ohne Ägypten, kein Frieden ohne Syrien“ (Taschler & Szatkowski 2015: 199). Die arabischen Staaten waren somit nicht mehr imstande, „externes balancing“ gegen

Israel zu bilden, das zumindest von Israel als Bedrohung wahrgenommen werden könnte.

4. Die Rolle der Vereinten Nationen im Israel-Palästina-Konflikt

Die Präambel der UNO beschreibt in ihrer Gründungscharta die Herstellung des Weltfriedens und die internationale Sicherheit als Ziel. Es ist die einzige Organisation weltweit, die einer dermaßen großen Zahl von Ländern eine politische Plattform zur Verfügung stellt. Die UN-Charta dient dem Völkerrecht als Basis. Die UNO beeinflusst jedoch nicht nur die Gesetzesinhalte, sondern hat durch die verschiedenen Gremien, die ihr beiwohnen, Vollzugskompetenzen (vgl. Charta der Vereinten Nationen 1945).

Die Resolutionen der UN bildeten die Basis für den Nahostkonflikt und ebenso für Friedensverhandlungen sowie Friedensmissionen. Die Satzung der UN basiert auf dem Wunsch des Weltfriedens, indem ihr gleichzeitig Sanktionsrecht für die Durchsetzung dieses Friedens durch den SC zukommt. Dies impliziert, dass sie als Organisation gewissermaßen die Rolle einer Weltpolizei einnimmt. Die Annahme, dass das internationale System anarchisch ist, steht hierbei in gewisserweise im Widerspruch zu den UN, da Staaten weiterhin ihre eigenen Interessen verfolgen (können) ohne vom SC verurteilt bzw. sanktioniert zu werden. In diesem Abschnitt wird die UN in Bezug auf ihre Rolle im Nahostkonflikt und die Rolle anderer wichtiger Akteure beleuchtet.

4.1. UN-Sicherheitsrat und die Position der USA

In der Charta der UN werden die Wahrung des Friedens und der Sicherheit auf der gesamten Welt als primäre Aufgaben des SCs aufgelistet (vgl. Homepage der Vereinten Nationen). Des Weiteren schaltet sie sich im Falle einer Bedrohung des Friedens ein und kann auf die aktuellen Geschehnisse bei kriegerischen Auseinandersetzungen reagieren. Die Werkzeuge hierfür sind divers: „In some cases the Security Council can resort to imposing sanctions or even authorize the use of force to maintain or restore international peace and security“ (ebd.).

Im Gegensatz zur GA, bei der jeder UN-Mitgliedsstaat (aktuell sind es 193 Länder) die gleiche Stimme hat, besteht der SC aus 15 Staaten. Während die Beschlüsse in der GA mit einfacher Mehrheit angenommen werden und nicht bindend sind, wodurch GA eine beratende Funktion zukommt, sind die Beschlüsse des SC völkerrechtlich bindend. Von den insgesamt 15 Mitgliedern im SC haben die fünf ständigen Mitglieder

(Vereinigtes Königreich, Frankreich, Russland, Volksrepublik China und die USA) ein Vetorecht. Dieses (Vetorecht) ermöglicht den ständigen Mitgliedern Beschlüsse und Resolutionen des SCs im Alleingang zu blockieren. Dieses Instrument wird für die (nationalen) Interessen der ständigen Mitglieder ausgenutzt, sodass diese Länder als „Vetomächte“ oder die „Großen Fünf“ eine besondere Stellung im internationalen System einnehmen (vgl. Engelhardt 2018: 164ff).

Die Rolle der USA im Nahostkonflikt war anfangs defensiv und änderte sich vor allem während der Amtszeit des US-Außenministers Henry Kissinger und führte anschließend zur weiteren Vertiefung der israelisch-amerikanischen Beziehungen. Während die USA im Suezkonflikt Israels Verbündete Frankreich und das Vereinigte Königreich zum Waffenstillstand mit Ägypten zwang, war sie beim Yom-Kippur-Krieg/Oktoberkrieg als Waffenlieferant Israels aktiv. Das Ziel der US-Politik im Nahen Osten war vielfältig: Israels Position als militärisch überlegener Partner im Nahen Osten und somit den Status Quo aufrechtzuhalten, den „Westen“ weniger vom arabischen Öl abhängig zu machen, die Rolle der Sowjetunion im Nahen Osten zu mindern und gleichzeitig jene der USA zu erhöhen (vgl. Siniver 2013: 87f).

Die USA konnten ihren Einfluss im Nahostkonflikt stetig ausbauen, sodass, durch die Verhandlungsinitiative des US-Präsidenten James Earl Carter, Israel und Ägypten den Friedensvertrag (Camp-David-Abkommen) in den USA unterzeichneten. Somit stieg Israel zum strategischen Partner der USA auf.

Im Laufe der Zeit vertieften sich insbesondere die Beziehungen zwischen Israel und den USA, weshalb im internationalen Politiknarrativ von einer besonderen Beziehung die Rede ist. Auf der Homepage der US-Botschaft in Israel wird das Verhältnis zwischen den USA und Israel wie folgt beschrieben:

“[...] Israel has become, and remains, America's most reliable partner in the Middle East. Israel and the United States are bound closely by historic and cultural ties as well as by mutual interests” (Homepage of the US Embassy in Israel o.J.).

Israel stieg weltweit zum größten Nettoempfänger US-amerikanischer Finanzhilfen auf, die, von seiner Gründung bis heute, über 120 Milliarden US-Dollar betragen. Des Weiteren erhält Israel Zugang zu US-Waffen, die sogar manchen NATO-Mitgliedern verwehrt bleiben. Die USA blockierten über 40 Resolutionen im UN-SC, die Israels Aktionen im Nahen Osten kritisierten (vgl. Halper 2020).

Zwei Vertreter der realistischen Denschule, John Mearsheimer und Stephen M. Walt, beschreiben in ihrem 2007 erschienen Buch „The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy“ die Rolle der israelischen Lobby und deren Einfluss auf die US-Außenpolitik. Hierfür wurden beide Autoren – bereits vor dem Erscheinen des Buches – von mehreren Seiten als „antisemitisch“, „einseitig“ und/oder „schlecht recherchiert“ kritisiert (vgl. Thimm 2006: 1-7). In ihrem Buch unterstrichen die beiden Vertreter des Realismus unter anderem, dass die Nahostpolitik der USA von der jüdisch-israelischen Bevölkerung in den USA dermaßen stark beeinflusst wird, dass diese eine einseitige Rolle zugunsten Israels einnehmen würden. Des Weiteren sei die jüdische Bevölkerung in den USA überdurchschnittlich politisch engagiert und würde dementsprechend besonders stark das innenpolitische Geschehen in den USA beeinflussen (vgl. ebd.).

Die außerordentlich guten Beziehungen zwischen den USA und Israel sind jedoch nicht nur der jüdischen Bevölkerung in den USA geschuldet, sondern auch der Tatsache, dass die US-Regierungen in Israel stets einen „westlichen“ Partner in einem sensiblen Gebiet sieht, das von Konflikten und US-feindlichen Staaten und (Terror-) Organisationen umgeben ist. „Israel wird in weiten Teilen der USA als bedrohtes Land wahrgenommen, das mit den USA grundlegende demokratische Werte teilt, ein ‘Außenposten’ des Westens im Nahen Osten“ (Stetter & Hestermann 2018) .

Neben der strategischen Bedeutung Israels für die USA, sind es auch inneramerikanische religiöse Wertvorstellungen, die vor allem im evangelikalen Milieu breiten Niederschlag finden; erklärend für die „Sonderbeziehung“ zwischen Israel und USA. Hier wird Israel und dem israelischem Volk als „außerwähltes Volk Gottes“ eine besondere Rolle beigemessen, die gleichzeitig eine Parallelität beim US-Volk selbst aufweist, die ebenfalls ihre eigene (amerikanisch-protestantische) Nation als besonders ansehen. Der Glaube an die eigene Besonderheit verbunden mit dem Glauben an die Besonderheit der Juden, unterstützt durch den Einfluss der starken jüdisch-israelischen Lobby in den USA, führt zu einem überparteilichen Konsens in der Nahostfrage auf Seiten Israels im US-Senat und im Repräsentantenhaus (vgl. ebd.).

Diese Unterstützung macht sich nicht nur, wie bereits erwähnt, in der Verhinderung israelkritischer Resolutionen im SC durch das US-Veto bemerkbar, sondern beeinflusst auch die Haltung der US-Politik gegenüber anderen Staaten. So zum Beispiel entschied US-Präsident Donald Trump in einem Dekret im Dezember 2017, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen. Diese Entscheidung steht im

Gegensatz zu den bisherigen UN-Resolutionen, die ebenso von den USA mitentschieden wurden. Bisher galt das Credo der US-Politik in Bezug auf die Heilige Stadt hierzu, Jerusalems Status erst nach einer friedlichen Lösung zwischen Israel und Palästina zu klären. Aufgrund dieser Entscheidung initiierten einige UN-Mitgliedsstaaten eine Resolution in der GA, welche die Entscheidung des US-Präsidenten missbilligt. Die UN-Resolution in der Generalversammlung ist völkerrechtlich zwar nicht bindend, hat jedoch symbolischen Charakter. Eine überwiegende Mehrheit (128) der UN-Mitgliedsstaaten unterstützte diese Resolution, während neun dagegen stimmten. Mitunter waren das neben den USA und Israel kleine Inselstaaten wie Nauru, Palau, etc., die auf US-Finanzhilfe angewiesen sind und traditionell bei den UN die Linie der USA unterstützen. 35 Länder enthielten sich der Stimme, darunter Mexiko, Kanada, Südafrika und einige wenige EU-Mitgliedsstaaten. Österreich, Deutschland sowie die übrigen Vetomächte stimmten für die Resolution. Daraufhin kündigte die US-Botschafterin bei den UN, Nikki Haley, an, die Finanzunterstützung für die UN und für jene Staaten, die für die Resolution stimmten, zu überdenken (vgl. Gaouette 2017).

Neben der finanziellen Unterstützung für das israelische Militär und die Wirtschaft durch die USA und der erfolgreichen Abwehr israelkritischer Resolutionen im SC, entschied die Regierung in Washington im Sommer 2018 die finanzielle Hilfe für UNRWA zu beenden, da sie diese für zu israelkritisch empfand. Auf der Homepage der UN wurde ein Statement des UNRWA-Generalkommissars Pierre Krähenbühl, vor dem Fourth Committee am 9. November 2019, veröffentlicht, in dem er das Aussetzen der US-Finanzhilfe für UNRWA auf 446 Millionen US-Dollar beziffert. Diese Summe beträgt rund 40 Prozent des gesamten UNRWA-Budgets und führt zu spürbaren Einschnitten in der Tätigkeit der Organisation für die betroffenen Flüchtlinge (vgl. United Nation - UNRWA 2018): "It threatened general education for 525,000 students, essential primary health care for 3 million patients and food assistance for 1.7 million refugees who fled complex emergencies, including Syria" (ebd.).

Die finanzielle Komponente, welche aus neorealistischer Sicht eingesetzt wird um die „capabilities“ von Staaten/Aktueren in ihrem Handeln und Tun zu beeinflussen, wird hier von der US-Regierung eingesetzt, um die eigenen Interessen durchzusetzen.

Die US-Unterstützung für Israel im SC, welche völkerrechtlich bindende Maßnahmen gegen Israel mit sich bringen, können aus neorealistischer Annahme als

„bandwagoning“ Israels eingestuft werden (siehe Kapitel 2.3.1): Israel lehnt sich, aufgrund der begrenzten „capabilities“, an die USA an, da Israel keine Vetomacht im SC besitzt. Denn „[d]er Allianz mit den USA, die als Vetomacht im Weltsicherheitsrat Israel vor internationalem Druck gerade in dieser Hinsicht bisher erfolgreich zu beschützen wussten, kommt hierbei zentrale strategische Bedeutung zu“ (Stetter & Hestermann 2018).

Für die USA galt Israel seit Jahrzehnten, wie bereits im Kapitel 3.4. geschildert, als wichtiger Verbündeter in der Region. Während in der Zeit der bipolaren Weltstruktur die Sowjetunion die arabischen Staaten unterstützte, erhielt Israel Hilfe aus den USA.

Die Unterstützung der USA als Supermacht der unipolaren Weltordnung beeinflusst jedoch auch das Verhalten anderer Staaten in der Region gegenüber Israel, wenngleich diese Staaten bei den Abstimmungen in der GA stets Palästina unterstützen. Der Friedensvertrag Ägyptens mit Israel oder die zurückhaltende Politik Jordaniens bei Verurteilungen israelischer Aktionen im Westjordanland, werden teilweise auf den Druck der USA auf diese Regierungen zurückgeführt, da diese Staaten finanzielle Unterstützung aus Washington erhalten (vgl. Keller 2013: 25).

Ägyptens Verhalten gegenüber Israel ist jedoch nicht nur der US-Nahostpolitik geschuldet, sondern auch im Sinne der eigenen Interessen. In einem Artikel von Zeit Online im Juli 2016 wurde über den Besuch des ägyptischen Außenministers in Israel berichtet, wodurch Ägypten die Beziehungen zum jüdischen Staat noch weiter vertiefen möchte. Ägypten und Israel hegen demnach gemeinsame Sicherheitsinteressen und sollten – durch Kooperation – Bedrohungen durch nichtstaatliche Organisationen wie z. B. den Islamischen Staat im Sinai oder die Hamas im Gazastreifen, schwächen (vgl. Zeit Online 2016).

Die neorealistische Annahme eines Sicherheitsdilemmas kann hier als Erklärung für die Kooperation zwischen Israel und Ägypten herangezogen werden, wenn auch die Bedrohung nicht von einem Staat, sondern von einer terroristisch eingestuften Organisation ausgeht. Beide Staaten erzielen durch Kooperation Machtzugewinne und schwächen die Hamas im Gazastreifen und den Islamischen Staat im Sinai.

4.2. Israels Siedlungs- und Annexionspolitik

Israels Eroberungen während der Kriege mit seinen Nachbarstaaten, insbesondere während des Sechstagekrieges 1967, führte zu Gebietszugewinnen jüdischen

Territoriums. Der Gaza-Streifen, die Westbank und die Golanhöhen wurden von Israel besetzt und unter israelische Verwaltung gestellt. Ostjerusalem, inklusive der Altstadt von Jerusalem, indem die Klagemauer, Grabeskirche, al-Aqsa Moschee und viele weitere heilige Bauten der abrahamitischen Religionen stehen, wurden 1980 durch einen Beschluss des israelischen Parlaments nicht nur unter israelischer Verwaltung gestellt, sondern zur Gänze annektiert. Dreizehn Jahre zuvor wurden diese Gebiete von Israel während des Sechstagekrieges gewaltsam übernommen. Das hierfür benannte Jerusalemgesetz beschreibt die Stadt Jerusalem als unteilbare und vereinigte Hauptstadt des Staates Israel, die zugleich Sitz des israelischen Parlaments und des Präsidenten ist (vgl. Economic Cooperation Foundation).

Dieses Gesetz wurde von der internationalen Staatengemeinschaft zwar verurteilt, änderte jedoch die Politik Israels nicht. Die UN-Resolution 478 wurde am 20. August 1980 als Antwort auf Israels Jerusalemgesetz mit 14 Stimmen und einer Enthaltung (USA) im SC angenommen. In dieser Resolution wird zusätzlich dazu aufgerufen, alle Staaten, die ihre Vertretungen in Jerusalem haben, aus der Heiligen Stadt abzuziehen (vgl. Resolution und Beschlüsse des Sicherheitsrates 1980 1982: 34f).

Des Weiteren wird in der Resolution darauf hingewiesen, dass dieses Gesetz einen Verstoß gegen das Völkerrecht und ein Hindernis für eine friedliche Lösung des Nahostkonfliktes darstellt (vgl. ebd.).

Zusätzlich zur Einverleibung Ostjerusalems in die Territorien Israels, wurde 1981 die Annexion der Golanhöhen im israelischen Parlament beschlossen. Die Golanhöhen hält Israel seit 1967 unter seiner Kontrolle. Etwa 20.000 bis 130.000 Syrer mussten ihre Häuser in den Golanhöhen verlassen. Die UN verurteilte in der Resolution 497 die Annexion der Golanhöhen durch Israel als Verstoß gegen das Völkerrecht (vgl. Bawey 2013: 131f). Somit hat Israel völkerrechtswidrig die Golanhöhen und Ostjerusalem zu seinem eigenen Territorium erklärt. Israelisches Recht, israelische Verwaltung und israelische Sicherheitsbestimmungen wurden nun auf diese Gebiete ausgeweitet.

Im Gegensatz dazu haben der Gazastreifen und die Westbank einen anderen Status (vgl. dazu Kapitel 1.3.). Im Grunde werden diese in drei Zonen unterteilt (siehe auch Abbildung 7). In diesen besetzten Gebieten fördert Israel die Ansiedlung jüdischer Bürger, die als „Siedler“ bezeichnet werden. Moshe Halbertal, Professor an der Hebräischen Universität in Jerusalem, definiert den Begriff „Siedler“ wie folgt:

"Ein Siedler ist ein Mensch, der sein Haus in einem Gebiet gebaut hat, in dem der Staat Israel keine Staatshoheit ausübt. Er lebt eigentlich in einer doppelten Wirklichkeit. Er ist Bürger des Staates Israel, lebt aber nicht auf souveränem Staatsgebiet Israels. Das ist eine ganz spezielle Welt. Es gibt israelische Staatsbürger, die in den besetzten Gebieten leben, während die Palästinenser dort eigentlich unter israelischer Herrschaft leben, ohne Bürgerrechte zu haben" (DocumentaryYT 2017).

Die Ansiedlung jüdischer Bürger in besetzte Gebiete durch die israelische Regierung wird als Siedlungspolitik bezeichnet. Israel intensivierte seine Siedlungspolitik stetig, sodass im Jahre 1972 rund 10.000 Siedler in den besetzten Gebieten (inklusive Ostjerusalem) lebten. 1982 waren es über 80.000. Zehn Jahre später waren es knapp über 230.000 Siedler und während des Millenniumjahres rund 367.000 (vgl. Franke

2018). Heute leben über 760.000 Siedler in circa 250 Siedlungen im Westjordanland und in Ostjerusalem (vgl. The Times of Israel 2020).



Abbildung 7: Ansicht einer von Israel errichteten Mauer in den besetzten Gebieten von 1967

Neben der Unterteilung der Gebiete in der Westbank in drei verschiedene Zonen, wurde ungefähr entlang der „Grünen Linie“ (Grenze nach dem Unabhängigkeitskrieg/der Al-Naqbah) und tief in das Westjordanland eine Mauer zwischen Israel, inklusive den israelischen Siedlungen, und den palästinensischen

Gebieten gebaut. Der Bau dieser Mauer dauert noch an. Sie soll palästinensische Selbstmordattentäter daran hindern, in das israelische Kernland einzudringen (vgl. Schneider 2015).

Neben der Westbank ist auch Gaza von einer Mauer umgeben. Die Mauern um den Gazastreifen und in der Westbank bestehen aus dicht aneinander gereihten Betonblöcken und sind bereits mindestens 750 Kilometer lang. Sie wird durch israelische Durchgangsposten getrennt. Palästinenser, die in der Westbank und somit „hinter“ der Mauer leben, können die Mauer nur mit einer besonderen ID-Karte bzw. Genehmigung passieren. Ostjerusalem und die heiligen Stätte bleiben dadurch für die Mehrheit der Palästinenser in der Westbank unzugänglich (vgl. ebd.).

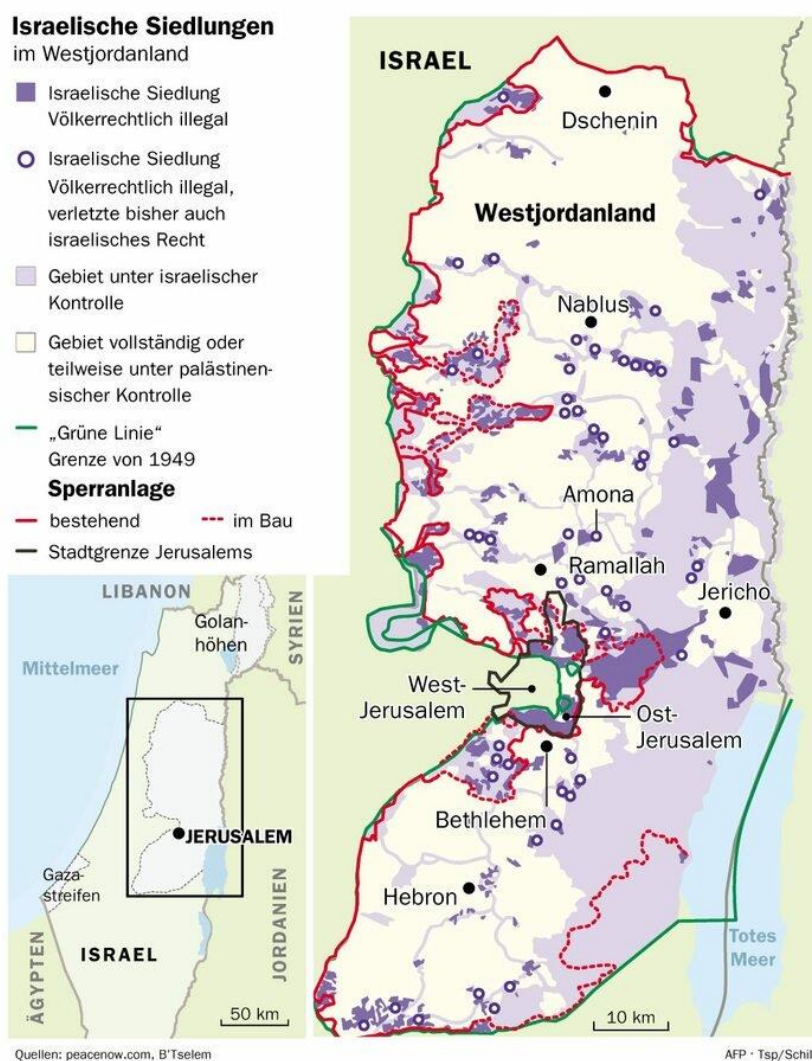


Abbildung 8: Israelische Siedlungen und Sperranlagen in der Westbank

Die Siedlungen in der Westbank sind durch Straßen, die von der israelischen Armee kontrolliert werden, verbunden. Der Grund für den Siedlungsbau ist zum einen der günstigere Grundstückspreis für Israelis im Vergleich zum israelischen Kernland und

zum anderen politisch-historisch. In der israelischen Gesellschaft und vor allem Politik wird das Westjordanland als Judea und Samaria bezeichnet. Es wird ein historischer Kontext zu den biblischen Wurzeln hergestellt, die dieses Gebiet als jüdisches Land einstufen. Die Siedlungen sind für Palästinenser – solange sie keine Sondergenehmigung besitzen – unzugänglich (vgl. von der Tann 2019).

Circa 2,6 Millionen Palästinenser leben somit neben 760.000 Siedlern in der Westbank und können sich durch die Siedlungen nicht in der gesamten Westbank frei bewegen. Gemessen an der Gesamtbevölkerung der in der Westbank lebenden Menschen, machen die Siedler rund 12 Prozent aus (vgl. Cieschinger 2019).

Die israelische Regierung unterstützt den Wohnbau der Siedler aus der eigenen Staatskasse, indem ein Siedler umgerechnet 6.400,- Euro Zuschuss für Bauland und Wohnraum in den besetzten Gebieten erhält. Die Siedlerbewegung gilt als sehr gut organisiert. Sie schaffte es, sich in der israelischen Politik, durch siedlertreue Parteien, zu etablieren und mitzuregieren (vgl. Franke 2018).

Die jüdischen Siedlungen in der Westbank gelten heute als einer der größten Hindernisse für die Umsetzung einer Zweistaatenlösung. Für Israel gelten sie jedoch nicht nur als günstigere Option für Landkäufe für die eigene Bevölkerung und das Gebiet, das dem jüdischen Volk göttlich versprochen wurde, sondern auch als weitere Pufferzone zwischen seinen arabischen Nachbarn und dem Kernland. Die Siedlerfrage ist nicht nur für die „Siedlerpartei“ bekannte „Habayit Hajehudi“ (deutsch: „jüdisches Heim“), sondern auch für die Großparteien in der israelischen Politiklandschaft als Sicherheitsfrage Israels eingestuft worden, wodurch die Siedlungspolitik mit Sicherheitspolitik vermischt wird (vgl. ebd.).

Rechtlich wird in Israel zwischen Siedlungen, welche die Regierung genehmigt hat und zwischen illegalen Siedlungen, die jüdische Bewohner ohne Erlaubnis selbst errichtet haben, unterschieden. Letztere werden in Israel auch als Außenposten bezeichnet und meistens vom Militär und/oder der Politik geduldet.

„Der Menschenrechtsorganisation B'Tselem zufolge lagen im Jahr 2009 32,4 Prozent der Siedlungsflächen auf palästinensischem Privatgrundstück. Laut einer Studie sind insgesamt 51 Siedlungen betroffen, darunter auch Außenposten, die entweder gänzlich oder teilweise auf Privat- und `Staatsgebiet` gebaut wurden“ (Franke 2018).

Unabhängig von ihrem rechtlichen Status aus israelischer Sicht, unterteilen sich die Siedlungen in drei verschiedene Bautypen, nämlich in Siedlungsblöcke, Siedlungen außerhalb der Siedlungsblöcke und Außenposten (vgl. ebd.). Siedlungsblöcke sind große Städte wie Ma´ale Adumim oder Ariel, bilden jeweils eine Einheit mit anderen kleineren Siedlungen und sind nahe an der „Grünen Linie“.



Abbildung 9: Die Siedlung „Ma´ale Adumim“

Ma´ale Adumim hat fast 40.000 Einwohner, ist circa acht Kilometer von Ostjerusalem entfernt und gilt als Siedlungsblock mit umliegenden Siedlungen. Diese sind von Mauern umzingelt, gut überwacht und ähneln größeren Städten (vgl. Franke 2018).



Abbildung 10: Ansicht einer Siedlung außerhalb der Siedlungsblöcke

Siedlungen außerhalb der Siedlungsblöcke sind im gesamten Gebiet des Westjordanlandes verstreut und weisen eine Bewohnerzahl von einigen Hundert bis wenigen Tausend auf.



Abbildung 11: Amona, ein sogenannter „Außenposten“

Außenposten sind, wie bereits erwähnt, Siedlungen, die nicht von der israelischen Regierung genehmigt wurden. Sie gelten somit aus israelischer Sicht als illegal, werden teilweise toleriert und von der israelischen Armee geschützt. Außenposten

bestehen aus kleinen Wohnhäusern und oft wenigen dutzend Einwohnern. So wurde zum Beispiel der Außenposten Amona in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts von einer Handvoll jüdischer Bürger Israels, ohne Erlaubnis, nahe einer palästinensischen Ortschaft gebaut. Staatliche Behörden bauten Zufahrtsstraßen und versorgten Amona mit Strom und Wasser. Das israelische Höchstgericht entschied jedoch 2016 die Räumung des Außenpostens Amona. Grund für die gerichtliche Entscheidung war die Anklage der Palästinenser, die nachweisen konnten, dass Amona auf ihren Privatgrundstücken gebaut wurde (vgl. Günther 2016).

Rund zwei Monate nach dem gerichtlichen Urteil räumten israelische Polizisten Amona. Kurz darauf, beschloss das israelische Parlament im Februar 2017 ein umstrittenes Gesetz, das illegale Siedlungen per Gesetz legalisieren soll. Konkret sieht das Gesetz vor „... etwa 4.000 Siedlerhäuser, die auf privatem palästinensischem Land errichtet worden sind, nachträglich für juristisch unbedenklich [zu] erklären (...). Es erlaubt der Regierung, privates palästinensisches Gebiet, auf dem Siedlerhäuser stehen, nachträglich zu konfiszieren. Die Palästinenser erhalten eine Entschädigung, wohl meist in Form einer Pacht. Allerdings haben sie auch keine andere Wahl im von Israel besetzten Westjordanland“ (Teichmann 2017).

Anzumerken ist, dass dieses Gesetz trotz der vorangegangener Verurteilung Israels durch den SC erging. Im Dezember 2016 verabschiedete der SC die Resolution 2334 mit vierzehn Stimmen und einer Enthaltung: dass die USA sich in der Siedlungspolitik Israels der Stimme enthielten, war nahezu beisei, da sie für üblich ihr Veto einlegten und dies zuletzt vor vierzig Jahren der Fall war. Diese Resolution fand auch aus diesem Grund breiten Niederschlag im internationalen Politikfeld (vgl. Deutscher Bundestag 2019: 24).

Die UN-Resolution 2334 ruft beide Seiten auf, provokante Handlungen zu unterlassen und stuft die israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten inklusive Ostjerusalem als Verstoß gegen das Internationale Recht ein und unterstreicht die Bedeutung der Grenze vor 1967 (dem Sechstagekrieg). Letztere wird darin weiterhin als einzige Lösung für den Nahostkonflikt vorgesehen (vgl. UN-Resolution 2334). Wörtlich heißt es in der Resolution wie folgt:

“... the Council reiterated its demand that Israel immediately and completely cease all settlement activities in the occupied Palestinian territory, including East Jerusalem. It underlined that it would not recognize any changes to the 4 June 1967 lines, including with regard to

Jerusalem, other than those agreed by the two sides through negotiations. The Council called for immediate steps to prevent all acts of violence against civilians, including acts of terror, as well as all acts of provocation and destruction" (ebd.).

Nachdem der UN-SC Israels Siedlungspolitik verurteilte, das Gericht in Israel die Räumung des Außenpostens Amona einleitete und anschließend das israelische Parlament die Legalisierung der Außenposten vorsah, verkündete das Oberste Gericht Israels eine beispiellose Entscheidung: Das Gesetz, das die Konfiszierung palästinensischer Privatgrundstücke und Legalisierung der illegalen Siedlungen vorsieht, sei verfassungswidrig und, dass „... Israel eine Strafverfolgung vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag drohen könnte“ (Swissinfo 2017).

Der Stimmenthaltung der US-Regierung im SC in Bezug auf Israels Siedlungspolitik, kann hierbei die neorealistische Annahme nach Waltz eine Erklärung liefern, da er zu hohe Machtanhäufung von Staaten als unklug einstuft. Durch die Ausweitung der Siedlungen wächst nämlich Israels Macht in der Region stets auf Kosten Palästinas, da jeder Siedlungsausbau palästinensisches Gebiet verringert. Israels stetige Machtanhäufung könnte aus diesem Grund von der US-Regierung als Provokation eingestuft werden. Wie bereits erwähnt, geht Waltz davon aus, dass Staaten, die stetig Macht anhäufen, bei anderen Staaten Unsicherheit herbeiführen (siehe Kapitel 2.3.1).

Auf die israelkritische Resolution hin protestierte Israel scharf und schränkte seine diplomatischen Beziehungen zu jenen Staaten, die im UN-SC dafür gestimmt hatten. Obama wurde von Israel als „Mittäter“ dieser israelkritischen Resolution angesehen (vgl. UN-Resolution 2334).

Mit der Übernahme der Präsidentschaft im Weißen Haus durch Donald Trump und seiner neuen Israeloffensive, werden die US-Israelischen-Beziehungen intensiviert. Im Dezember 2017 erkennt US-Präsident Trump, Jerusalem als Hauptstadt Israels an. Im April 2019 erkennen die USA durch ein Präsidialdekret zusätzlich die Golanhöhen formell als Israels Staatsgebiet an. Im November selben Jahres verkündet Washington, dass es die israelischen Siedlungen nicht mehr als Verstoß gegen internationales Recht einstufen werden, sodass UN-Resolution, die Israels Siedlungspolitik im SC verurteilen, durch das Vetorecht der US-Regierung abgefedert werden. Die Verurteilung der Siedlungspolitik Israels durch den SC, welche die US-

Regierung unter Präsident Barack Obama gegen Ende seiner Amtszeit mit ihrer Enthaltung durchgehen ließ, wurde hiermit politisch zurückgezogen (vgl. Yaron 2019).

Israel gab im Sommer 2019 bekannt, dass in den Golanhöhen eine neue Siedlung errichtet würde. Aufgrund der nahezu bedingungslosen Unterstützung der Trump-Administration für Israel soll die neue Siedlung „Ramat Trump“ (deutsch: Trump-Höhen) heißen (vgl. Stahnke 2019).

Die Siedler- und Annexionspolitik Israels beschäftigte nicht nur die beteiligten Parteien und die UNO, sondern auch internationale Gerichte. Im Dezember 2019 fand die Entscheidung des EuGH in Luxemburg nicht nur in der Politik, sondern auch in den Medien breiten Niederschlag. Demzufolge müssen u. a. alle Produkte, die in den israelischen Siedlungen produziert und in die EU exportiert werden, mit einem entsprechenden Vermerk gekennzeichnet sein. Dies gilt sowohl für die Gebiete im Westjordanland als auch in den Golanhöhen. Während die Palästinenser diese Entscheidung begrüßten, kam aus Israel heftige Kritik am Gerichtsurteil (vgl. Die Welt 2019).

Neben der „bandwagoning“-Politik Israels gegenüber den USA in Bezug auf die UN (siehe Kapitel 4.1.), kann Israels Verhalten während der Zeit der Obama-Administration auch als „balancing“ gewertet werden. Der Protest Israels auf jene Staaten im SC, die bei der Resolution 2334 gegen Israel gestimmt haben, ist als Indiz für das israelische „balancing“ zu verstehen. Trotz der ungewöhnlich israeldistanzierten Haltung der US-Regierung unter Obama, hielt Israel an seiner Siedlungspolitik (weiterhin) fest. Denn in seiner Siedlungspolitik sieht Israel die Chance, die eigene Macht zu erweitern und gleichzeitig jene Palästinas zu mindern. Schlussendlich wird jede neue Siedlung, die in der Westbank geschaffen oder erweitert wird, auf Kosten palästinensischen (Staats)Gebietes betrieben. Weiters begründet Israel die Siedlungspolitik als Stabilisierungsfaktor für die israelische Sicherheit. Israelische Politiker, darunter auch Netanyahu plädieren sogar für die Annexion des Jordantales in der Westbank und argumentieren, dass diese die Sicherheit Israels noch weiter stärken würde (vgl. Aßmann 2019).

Hier ist anzumerken, dass der israelische Think-Tank „Molad“ 2017 (vgl. Inbar & Sharon: 36) eine Studie zur Siedlungspolitik Israels veröffentlicht hat. Die Annahme in der israelischen Bevölkerung, dass Siedler für die Sicherheit Israels einen wichtigen Beitrag leisten würden, wird nicht nur als falsch bewertet, sondern das Gegenteil wird

festgestellt. In der Studie wird unter anderem zusammengefasst, dass die Siedler enorme Ressourcen verschlingen würden. Dadurch, dass Siedler mitten in feindlichen Gebieten wohnhaft sind, stationiere Israel bis zu 80 Prozent der aktiven Soldaten in den besetzten Gebieten, wodurch lediglich 20 Prozent für terrorbekämpfende Einsätze innerhalb Israels zur Verfügung stünden. „The settlements do not add value in terms of security. In fact, they are a heavy burden on Israel’s security forces in the West Bank” (ebd.).

Von der Zusammenfassung dieser Studie ausgehend, wäre die Siedlungspolitik Israels eine klassische Einstufung einer Fehlkalkulation nach dem Verständnis von Waltz (siehe Kapitel 2.3.1.): Die Siedlungspolitik Israels ist somit nicht nur unklug, da sie bei anderen Staaten zu Unsicherheiten führt, sondern auch weil sie Israel selbst schwächt, indem die militärischen Ressourcen zu sehr beansprucht werden, ohne, dass Israel diese Schwächung als solche wahrnimmt.

John Maersheimer sieht in der Siedlungspolitik Israels das größte Hindernis für die Zwei-Staaten-Lösung auf der Basis der Osloer Verträge:

„[...] the main reason a two-state solution is no longer an option is that Israelis will not make the necessary sacrifices to create a viable Palestinian state. For starters, the nearly 500,000 settlers living in the OPT [occupied Palestinian territories, Anm. durch Verf.] would have to be removed and most settlers would use all means to resist any rollback of the ‘settlement’ enterprise” (Canadians for Justice and Peace in the Middle East).

4.3. Palästinas „capabilities“ und sein Status in der UN

Die PLO ist eine Dachorganisation palästinensischer Fraktionen mit dem Anspruch, Vertreter der Palästinenser zu sein. Gegründet wurde sie 1964 unter der Führung des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdul Nasser auf der Konferenz der Arabischen Liga in Kairo. Ziel dieser Dachorganisation war zum einen die Schaffung eines palästinensischen Nationalgefühls, das in die panarabische Ideologie inkludiert werden soll und zum anderen die Machtkonzentration palästinensischer Gruppierungen unter einem Dach (vgl. Herzinger 2014).

Mit der Niederlage der arabischen Staaten und der Eroberung Ostjerusalems und der gesamten Westbank durch Israel 1967, musste die PLO ihren Sitz von Ostjerusalem nach Kairo und in andere arabische Städte verlegen. Die wiederholte militärische

Niederlage der arabischen Staaten im Yom-Kippur-Krieg/Oktoberkrieg 1973 brachte später den ägyptisch-israelischen und jordanisch-israelischen Friedensvertrag mit sich. Dadurch wurde auch die Palästinafrage nicht mehr zur primären Interessensfrage der Nachbarstaaten Israels, sodass zumindest kein weiterer kriegerischer Akt mit dem jüdischen Staat riskiert wurde (vgl. ebd.).

Der Rückgang der Palästinafrage für die arabischen Staaten brachte die PLO stets in den Vordergrund, die nun den Nahostkonflikt im Kampf gegen die okkupierte Macht ganz oben auf ihre Agenda setzte. Jassir Arafat, Führer der Fatah-Gruppe, übernahm 1969 den Vorsitz der PLO und operierte zuerst von der jordanischen Hauptstadt Amman aus. Der Kampf gegen Israel fand jedoch nicht mehr auf dem Schlachtfeld statt, sondern durch gezielte Anschläge, die wiederum breiten Niederschlag in der gesamten Welt fanden: „Der unrasierte kleine Mann mit dem Palästinensertuch [Arafat] wird durch weltweite Terroranschläge international bekannt. Zwar gilt seine Fatah-Gruppierung als gemäßigt, vom Terror der anderen distanziert Arafat sich aber nicht“ (Sattar 2000).

Arafat war es gelungen, sich und die PLO auf dem internationalen Parkett bekannt zu machen. Die Unterstützung der arabischen Länder und die Nähe zur Sowjetunion ermöglichten Arafat 1974 als Vertreter der Palästinenser vor der GA für die Unabhängigkeit Palästinas zu werben. Während lediglich vier Länder, darunter die USA und Israel, gegen die Ansprache Arafats in der GA stimmten, unterstützte die Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten den Auftritt Arafats (vgl. Langels 2014).

Arafats Rede bei der GA, die Lage der Palästinenser in den besetzten Gebieten nach dem Sechstagekrieg und Yom-Kippur-Krieg/Oktoberkrieg und die diplomatische Offensive für die Sache des palästinensischen Volkes verschafften Arafat Aufmerksamkeit in der gesamten Welt. Während die USA als Unterstützer Israels nunmehr auftraten, standen die Sowjetunion als Freund der Araber dem Palästinensersführer zu Seite. Der Israel-Palästina-Konflikt bot reichlich Reibungskraft für beide Großmächte im bipolaren Weltsystem. Die deutsche Zeitschrift „Der Spiegel“ beschäftigte sich bereits in den 70er Jahren mit dieser Thematik und verwendete dabei ein Bild Arafats als ihr Cover (siehe Abbildung 12).

Nachdem Israel mit Ägypten 1979 einen Friedensvertrag abschloss und Jordanien seit dem Yom-Kippur-Krieg 1973 keine offenen, kriegerischen Auseinandersetzungen mit Israel eingehen wollte, musste Arafat neue Verbündete suchen, die ihn in seinem



Abbildung 12: Coverbild der Zeitschrift „Der Spiegel“ in seiner Ausgabe 47/1974

Kampf gegen Israel unterstützten. Zuerst wurde Arafats PLO aus Jordanien vertrieben, da ihr der jordanische König ein Verhalten vorwarf, das die Autorität der Regierung in Amman in Frage stellte. König Hussein sah in der PLO einen Staat im Staate. Der innerarabische Konflikt mündete in eine militärische Auseinandersetzung zwischen PLO-Kämpfern und den jordanischen Streitkräften 1970, woraufhin die PLO Jordanien verließ und sich in Libanon festsetzte (vgl. Hut et al. 2011: 86-88).

Nachdem die PLO von Libanon aus gegen Israel operierte, musste sie aufgrund der kurzzeitigen Invasion Libanons durch Israel 1982, erneut ihr Hauptquartier aufgeben. Diesmal war es die Hauptstadt Tunesiens, wodurch das Hauptquartier der PLO und seiner Kämpfer keinen direkten Kontakt über Landweg zu Israel hatten und somit nicht mehr Israel militärisch unmittelbar bedrohen konnten. Dieser Verlust brachte nicht nur eine militärische Schwächung für die PLO mit sich, sondern auch politische Einbußen, weil dadurch auch kein direkter Kontakt mehr zu den Palästinensern im Heiligen Land bestand (vgl. Freedmann 1986: 121-123).

Während die PLO-Führung nun von Nordafrika aus versuchte, die Palästinafrage auf ihre Art zu lösen, führte die israelische Besatzung in den von Palästinensern bewohnten Gebieten zu Frustration. Ausgangssperren, Verhaftungen und Beschlagnahme palästinensischer Privatgrundstücke für die Siedler mündeten schlussendlich 1987 in die erste „Intifada“ (arabisch für „Abschütteln“). Während

dieses Aufstands organisierten sich Palästinenser im gesamten Land (vgl. Johannsen 2009: 36f). „Eine Kampagne zivilen Ungehorsams, die der Besatzung eigene soziale, politische und ökonomische Strukturen entgegensetzte, sollte zur Etablierung eines unabhängigen palästinensischen Staates führen“ (ebd.: 37).

Dem zivilen Ungehorsam der Palästinenser begegnete Israel mit unverhältnismäßiger Härte, die sich in den Opferzahlen widerspiegelte. Während der ersten Intifada, die sechs Jahre dauerte, verloren 1124 Palästinenser und 90 Israelis ihr Leben. Die erste Intifada hatte zur Folge, dass sich neben der Fatah/PLO, eine weitere palästinensische Organisation formierte: die Hamas. Im Gegensatz zur Fatah war sie nicht linksgerichtet, sondern konservativ-islamisch. Ihre Ideologie war verwandt mit jener der Muslimbrüder in Ägypten (vgl. ebd.).

Während die erste Intifada in vollem Gange war, rief Arafat 1988 aus Algier den „Staat Palästina“ aus. Anfang der 1990er Jahre trafen palästinensische Führungskräfte (unter jordanischer Flagge) israelische Vertreter. Arafat erklärte in einem Brief, dass er die Grenzen des UN-Teilungsplans akzeptiere. Damit einher, erkannte er Israel als Staat an und wandte sich von seiner bisherigen Politik, Israels Existenzrecht abzustreiten, ab (vgl. Baum 2019).

Im Gegensatz dazu erkannte Israel die PLO als alleinige Vertreterin der Palästinenser an. Die Verhandlungsgespräche zwischen der PLO und den Israelis fanden in Oslo unter Geheimhaltung statt. Während Israel durch die Verhandlungen mit der PLO in erster Linie das Ende der ersten Intifada und der regionalen Isolation sowie der daraus resultierenden ökonomischen Nachteile zu beseitigen versuchte, wollte die PLO das Ende der israelischen Okkupation und die Selbstverwaltung in den palästinensischen Gebieten erreichen (vgl. Johannsen 2009: 42).



Abbildung 13: Israels Präsident Yitzhak Rabin, US-Präsident Bill Clinton und PLO-Führer Jassir Arafat 1993 vor dem Weißen Haus in Washington

Trotz der unterschiedlichen Interessen der Konfliktparteien mündeten die Verhandlungen in die „Prinzipienerklärung“ (auch als „Oslo I“ bekannt), in welchem der Friedensprozess zwischen Israel und Palästina beschrieben wird und welche 1995 in das „Interimsabkommen über das Westjordanland und den Gazastreifen“ (auch als „Oslo II“ bekannt) mündete. Darin wurde festgehalten, die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) zu errichten, die in Teilen der Westbank und im Gazastreifen Verwaltungs- und Sicherheitsfunktionen übernehmen sollte (vgl. Wacker 2018). Die Teilung der Westbank in drei Zonen wurde ebenfalls in diesem Abkommen festgehalten.

Oslo II Map Outlining Areas A, B, and C



Abbildung 14: Aufteilung des Westjordanlandes in drei Zonen

Während Israel in der Zone C sowohl die Sicherheitskontrolle als auch die Verwaltung inne hat, bekommt Palästina die Kontrolle und die Verwaltung über die Zone A. In der Zone B ist Israel für die Sicherheit zuständig, Palästina für die Verwaltung (vgl. Das Westjordanland nach dem Oslo-Abkommen 2015).

Die Zone A umfasst die großen palästinensischen Städte Jericho, Ramallah, Nablus, etc., während die Zone B primär die ländlichen Gemeinden und Dörfer umfasst. In der Zone C liegen die jüdischen Siedlungen sowie die dünn besiedelten Landstriche. Circa

60 Prozent der gesamten Westbank fallen in die Zone C, jeweils 20 Prozent in die Zonen A und B (vgl. ebd.).

Das Abkommen (Oslo II) zwischen Israel und Palästina sah zudem vor, in einem Fünfjahresplan eine palästinensische Selbstverwaltungsbehörde zu etablieren, die später zur Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) wurde, sowie weitere Lösungen auf der Basis der UN-Resolution 242. Kritische Fragen wie Jerusalems Status oder das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge wurden dabei ausgeklammert. Der israelische Siedlungsbau wurde weiterhin fortgesetzt (Szyszkowitz 2008 :37f). „[D]urch die palästinensischen Terroranschläge auf israelische Zivilisten einerseits, durch die fortschreitende Verbauung der palästinensischen Gebiete mit israelischen Siedlungen andererseits“, kam es schlussendlich zu keinem Friedensabkommen zwischen Israel und Palästina (ebd.: 38).

Die Spannungen zwischen Palästinensern und Israelis führten im Jahr 2000 zur zweiten Intifada. Grund für die zweite Intifada war zum einen die Expansion israelischer Siedlungen und ihrer Einwohnerzahl von 115.000 auf 200.000 in der Zeit von 1993 bis 2000 und zum anderen die andauernde israelische Okkupation sowie die Benachteiligung der Palästinenser. Weiters empfanden die Palästinenser die PA inzwischen als korrupt und ineffektiv. Der Besuch des israelischen Politikers und späteren Premiers, Ariel Sharon, auf der für Muslime heiligen al-Aqsa-Moschee am Tempelberg wurde von Palästinensern als Provokation empfunden und markierte den Beginn der zweiten Intifada. Diese dauerte rund acht Jahre. Tausend Israelis, zwei Drittel davon Zivilisten, kamen dabei um. Auf palästinensischer Seite betrug die Zahl der Opfer mit 5.000 das Fünffache. In dieser Zeit wurden sowohl Israels als auch Palästinas Wirtschaft stark von den Unruhen getroffen (vgl. Byman 2011: 114f).

Im März 2002 bombardierten israelische Kampfjets Arafats Hauptquartier im Gaza, nachdem zwei palästinensische Autobomben elf Israelis getötet hatten. Arafat selber wurde bis zu seinem Tod 2004 durch die israelische Armee unter Hausarrest in seinem Quartier in Ramallah im Westjordanland gestellt.

Während der zweiten Intifada, beschloss Israel 2006, die Siedlungen im Gaza zu räumen. Grund hierfür war zum einen die andauernde Intifada und zum anderen erkannte Israel, dass sich im Gaza-Streifen, der sehr dicht palästinensisch besiedelt ist, keine Mehrheit für die jüdische Bevölkerung etablieren kann. Die Sicherung der

israelischen Siedlungen im Gaza-Streifen verursachte zudem enorme Kosten für Israel (vgl. ebd.: 173f).

Die Übersiedlung der israelischen Bewohner aus dem Gaza fand im gleichen Jahr statt, wie die Wahlen in den palästinensischen Gebieten. Bei den Wahlen in Palästina verlor die größte Fraktion der PLO, die Fatah, die de facto mit der Palästinensischen Autonomie gleichzusetzen war, die Mehrheit. Die radikal-islamische Hamas, die von Israel, den USA und der EU als Terrororganisation eingestuft wird, gewann 74 der insgesamt 132 Mandate im palästinensischen Parlament, während die Fatah lediglich 45 errang und 13 weitere Mandate auf sonstige Parteien entfielen (vgl. Franke 2018).

Der Sieg der Hamas bei den Wahlen in Palästina hatte, unter anderem nach internen Machtkämpfen, zur Folge, dass die Fatah weiterhin in Teilen der Westbank regiert, während Gaza nunmehr von der Hamas kontrolliert und verwaltet wird. Somit hat die PA ihre Macht im Gazastreifen gänzlich an die Hamas verloren.

Unabhängig ihrer geschwächten Position, konnte die PA ihren Status in der internationalen Staatengemeinschaft erhöhen und somit Druck auf Israel ausüben. In den 1970er Jahren erhielt zuerst die PLO einen Beobachterstatus in der UN, die vergleichbar mit jenen der internationalen Organisation ist. In den 1990er Jahren wurde ihr Status auf die Organe innerhalb der UN erweitert. Im November 2012 stimmte die GA für die Aufwertung Palästinas zum Beobachterstatus als „Staat Palästina“ innerhalb der UN. Hierfür stimmten 138 Staaten dafür, während neun Staaten dagegen votierten, darunter auch die USA und Israel; 41 Staaten enthielten sich der Stimme. Mit dem aufgewerteten Beobachterstaat bei der UN, hat Palästina unter anderem Zugang zum IStGH und kann so Druck auf Israel in Bezug auf die Besatzung im Westjordanland ausüben. Den Beobachterstatus in der UN hat neben Palästina auch der Vatikan. Die Schweiz hatte denselben Status in der UN von 1946 bis 2002, ehe sie zu einem Vollmitglied der UN wurde. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik hatten ebenso den Beobachterstatus bis 1973 bis sie zu Vollmitgliedsstaaten der UN wurden. Der Vollmitgliedsstatus bleibt für Palästina bis dato verwehrt, da die USA mit ihrem Veto im SC drohen (vgl. Friedl 2012).

Auch wenn Palästina seinen Status in der UN aufwerten konnte, ist seine Macht auf wenige Gebiete in Teilen der Westbank beschränkt. Die Außengrenzen von der Westbank (zu Jordanien) werden weiterhin von Israel kontrolliert. Israel bestimmt somit, wer nach Palästina einreisen darf und wer nicht. Diese Einreisebestimmungen

gelten nicht nur für reguläre Palästinenser mit sogenannten „travel documents“, sondern auch für palästinensische Volkvertreter, wie zum Beispiel deren aktuellen Präsidenten, Mahmoud Abbas.

Weiters sind die zwei mehrheitlich palästinensisch bevölkerten Gebiete – die Westbank und der Gazastreifen – vom jüdischen Kernland getrennt. Israel riegelt den Gazastreifen aufgrund der dortigen Hamasführung von der Luft, See und vom Land aus ab, um Druck auf die Hamas auszuüben, die Israel als Bedrohung für seine Sicherheit empfindet. Raketenangriffe aus Gaza beantwortet Israel mit teilweise großflächigen Gegenangriffen (vgl. Croitoru 2008).

Aufgrund der Blockade des Gazastreifens und der israelischen Hoheit über die Ein- und Ausreisen nach Palästina im Personal- als auch Güterverkehr ist Palästinas Wirtschaft stark von Israels Entscheidungen abhängig.

Aus neorealistischer Perspektive kann Israels Verhalten zu den Osloer Verträgen wie folgt erklärt werden: Die erste Intifada führte zu Terroranschlägen und wirtschaftlicher Schwächung Israels. Die Intifada war somit ein destabilisierender Faktor für Israel und seine Sicherheit (Minderung der israelischen „capabilities“). Die Aufteilung der besetzten Gebiete mit der PLO sollte die Erhöhung der Sicherheit für Israel herbeiführen. Denn Israel konnte dadurch jene Gebiete, die nun von der PA verwaltet werden, mithilfe der Sicherheitsmauer vom israelischen Kernland abriegeln und gleichzeitig die eigene Macht ausweiten, indem die eigenen nationalen Interessen weiterhin verfolgt wurden, wie zum Beispiel der Ausbau von Siedlungen.

Auf der palästinensischen Seite konnte sich Arafat als Vertreter der Palästinenser international profilieren. Die PLO schaffte den bisher weltpolitisch einzigartigen diplomatischen Spagat von einer Organisation zum Beobachterstatus der UN. Dieses Ereignis erklärt der Neorealismus durch „externes balancing“: Mithilfe anderer Staaten konnte Palästina in der GA einen Sitz – wenn auch ohne Stimmrecht – ergattern, der dem palästinensischen Staat die Möglichkeiten einräumt, Israel vor dem IStGH zu klagen. Dadurch kann Palästina Druck auf Israel ausüben (siehe Urteil des israelischen Gerichtshofs im Kapitel 4.2.).

Dennoch sind die Möglichkeiten Palästinas limitiert. Aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit gegenüber Israel und der fehlenden Staatsgewalt der PA im Gazastreifen sowie dem nicht vorhandenen Militär, ist „internal balancing“ für Palästina

keine Option: So nimmt zum Beispiel im Osloer Vertrag laut Annex I, Artikel II auf palästinensischer Seite lediglich die palästinensische Polizei Sicherheitsaufgaben wahr. Eine palästinensische Armee kommt im Vertrag nicht vor (vgl. Israel Ministry of Foreign Affairs 1995).

Weiters gab die Weltbank bekannt, dass 2019 die Arbeitslosigkeit in der West Bank bei 15 und im Gazastreifen bei 64 Prozent lag. Rund 24 Prozent der Palästinenser würden unter der Armutsgrenze leben. Zudem werde die Wirtschaft von Palästina in den kommenden Jahren schrumpfen (vgl. Weltbank 2019: 170f): „...if recent clashes between Palestinians and the Israeli forces in the West Bank continue or Gaza suffers a further escalation in violence, there is little room left to absorb such shocks” (ebd.: 171). Somit bietet auch die wirtschaftliche Komponente, die für etwaiges „internal balancing“ relevant sein kann, für Palästina keine Option.

5. Der Nahostfriedensplan von Trump

5.1. Analyse

US-Präsident Trump veröffentlichte seinen Nahostfriedensplan im Januar 2020. Zuvor ernannte er Jared Kushner, seinen jüdisch-orthodoxen Schwiegersohn, zu seinem Spitzenberater im Weißen Haus und beauftragte ihn einen Friedensplan für den Nahostkonflikt zu kreieren. In der öffentlichen Debatte wurde Kushner Unparteilichkeit vorgeworfen, da er nicht nur jüdisch-orthodox, sondern auch mit der Familie des israelischen Premierministers Netanyahu befreundet sei (vgl. Schlüter 2020).

Auf der Homepage des Weißen Hauses wird der Friedensplan von Trump als ein Plan vorgestellt, der Palästinensern und Israelis Sicherheit und Wohlstand für die Zukunft bringen soll:

“This Vision would achieve mutual recognition of Israel as the nation-state of the Jewish people and the future state of Palestine as the nation-state of the Palestinian people each with equal civil rights for all its citizens” (vgl. White House 2020).

Der von der US-Regierung vorgestellte Friedensplan umfasst 181 Seiten und hat den Titel „Peace to Prosperity“ mit dem Untertitel „A Vision to improve the Lives of the Palestinian and Israeli People“ (vgl. Peace to Prosperity 2020). Der Konflikt belastet zudem das Verhältnis der arabischen und muslimischen Welt zu Israel. Weiters konnte die Zweistaatenlösung nicht umgesetzt werden. Den Grund für das Scheitern der

Zweistaatenlösung sieht der Friedensplan von Trump eindeutig auf der mangelnden Einigkeit palästinensischer Führer, denen er unter anderem Korruption und schlechtes Management vorwirft:

„Gaza and the West Bank are politically divided. Gaza is run by Hamas, a terror organization that has fired thousands of rockets at Israel and murdered hundreds of Israelis. In the West Bank, the Palestinian Authority is plagued by failed institutions and endemic corruption. Its laws incentivize terrorism and Palestinian Authority controlled media and schools promote a culture of incitement. It is because of the lack of accountability and bad governance that billions of dollars have been squandered and investment is unable to flow into these areas to allow the Palestinians to thrive” (ebd.: 4).

Neben der Rolle der jeweiligen Konfliktparteien und der Anrainerstaaten wird im Friedensplan auch auf den Einfluss der UN eingegangen. Die UN habe sich in mehr als 700 UGA-Resolutionen und 100 SC-Resolutionen zum Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern geäußert. Diese Resolutionen seien jedoch nicht im Stande, den Konflikt zu lösen (vgl. ebd: 5).

Im Plan wird unterstrichen, dass Palästinenser bisher keinen Staat haben und durch ihre Zustimmung zum Friedensplan die Chance ergreifen würden, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Israel hingegen habe das Recht, sich als jüdischer Staat zu definieren. Gleichzeitig sei dieser Status von der gesamten Welt zu akzeptieren. Jerusalem soll weiterhin „united“ bleiben (ebd.: 15), was zur Folge hat, dass Jerusalem als Hauptstadt Israels ferner bestehen soll. Grund hierfür sieht der Plan in der bisherigen US-Politik: “A division of Jerusalem would be inconsistent with the policy statements of the Jerusalem Embassy Act of 1995 of the United States” (ebd.: 16). Zusätzlich dazu wird unterstrichen, dass Trump Jerusalem als Hauptsadt Israels anerkannt habe. Für Palästina können Vororte von Jerusalem, die primär von Palästinensern bewohnt werden, wie z. B. Abu Dis oder Shuafat, zur Hauptstadt des zukünftigen Palästinensischen Staates werden, die zu Al Quds (arabischer Name von Jerusalem) umbenannt werden könnte.

Im Bereich der Sicherheit sieht der Plan eine koordinierte Kooperation zwischen Israel, Palästina, Jordanien und Ägypten vor. Palästinas Sicherheit sollte jedoch primär durch Israel gewährleistet werden: „[...] State of Israel will maintain overriding security responsibility for the State of Palestine” (ebd.: 21). Dies ermögliche Palästina zum einen, sich auf die innere Sicherheit zu konzentrieren (wie z. B. Counterterrorism) und

zum anderen, das palästinensische Haushaltsbudget nicht mit militärischen Ausgaben zu belasten. Zudem sieht der Plan vor, dass alle Grenzübergänge zu Palästina von Israel bewacht und abgewickelt werden (vgl. ebd: 24f.). Konkret sieht der Plan für Israel auf der Landkarte folgendes vor:



Abbildung 15: Israel nach dem Friedensplan von Trump

Die israelischen Siedlungen in der Westbank, die in Trumps Plan als Enklaven bezeichnet werden, sollen durch Verbindungsstraßen mit dem israelischen Kernland verbunden sein. Israel annektiert zudem das Jordantal und kontrolliert somit die gesamte Grenze zu Jordanien. Als Gegenleistung erhält Palästina bestimmte Gebiete an der ägyptischen Grenze. Neben Gaza, stünden auch die israelischen Häfen Ashdod und Haifa als Güterumschlagsplatz für Palästina zur Verfügung. Der Zugang zur al-Aqsa-Moschee in Jerusalem sollte für alle Palästinenser, die zur Gebetsverrichtung nach Jerusalem einreisen, gestattet werden (vgl. ebd.: 41).

Das zukünftige Palästina nach der Vorstellung der US-Regierung, soll demgegenüber folgendermaßen aussehen:



Abbildung 16: Palästina nach dem Friedensplan von Trump

Nach dem Plan der US-Regierung soll das zukünftige Palästina mit einem unterirdischen Tunnel mit dem Gazastreifen verbunden sein. Südlich des

Gazastreifens erhält Palästina Gebiete von Israel, die als wirtschaftsfördernde Zonen für Palästina agieren sollen (vgl. ebd.: 42).

Darüber hinaus sieht der Plan wirtschaftliche Unterstützung für Palästina durch die USA, die arabischen Staaten und durch – die Kooperation mit – Israel in der Höhe von 50 Milliarden US-Dollar innerhalb von zehn Jahren vor (vgl. ebd.: 1). Durch die Ankurbelung der Wirtschaft in Palästina soll die Arbeitslosenrate von über 30 auf unter 15 Prozent gesenkt werden. Gleichzeitig sieht der Plan vor, das Bruttoinlandsprodukt Palästinas innerhalb von zehn Jahren von 14,6 auf 33,1 Milliarden US-Dollar zu erhöhen. Dadurch würde das Pro-Kopf-Einkommen von aktuell rund 2.900,- auf über 4.700,- US-Dollar steigen (vgl. ebd.: 99).

5.2. Israels Reaktion auf den Plan der US-Regierung

Als der US-Präsident den Friedensplan im Jänner 2020 vorstellte, stand Israels Premierminister Netanyahu neben ihm. Die israelische Zustimmung zu diesem Plan war deshalb vom ersten Moment an deutlich. Die Annexion des Jordantals, die der Plan vorsieht, führt eine Machterweiterung Israels herbei, da Palästina dadurch komplett von Israel umgeben sein wird. Nicht nur der Personen-, sondern auch der Güterverkehr erfolgt über israelisches Gebiet (siehe Kapitel 5.1.). Weiters sind die israelischen Siedlungen untereinander und mit dem israelischen Kernland verbunden. Der Status Quo in Bezug auf Jerusalem wird aufrechterhalten, und bekommt im Falle einer palästinensischen Zustimmung den erhofften rechtlichen Rahmen für Israel. Die Abhängigkeit Palästinas von Israel in Bezug auf die Wirtschaft, Sicherheit und Infrastruktur stärkt den Hegemonstatus Israels. Der jüdische Staat mindert dadurch die Gefahr, die von Palästina ausgehen könnte. Da der Plan die Flüchtlingsfrage der Palästinenser offen lässt und Israel weiterhin als jüdischer Staat das Gesetz, das jedem Juden das sogenannte „Rückkehrrecht“ nach Israel garantiert, aufrecht erhält, ist eine demographische Entwicklung, die die jüdische Mehrheit gefährdet, in naher Zukunft nicht realisierbar (vgl. Jewish Agency 2019).⁴

Israel kann somit als Hegemon weiterhin seine Macht aufrechterhalten und ein Erstarken Palästinas jederzeit verhindern. Dadurch, dass Palästina nahezu vollständig

⁴ Die Jewish Agency zählt in zwei Jahren (2017 und 2018) rund 60.000 Juden, die sich für die „Aliyah“ entschieden. Aliyah bedeutet das Recht in Anspruch zu nehmen, das der jüdische Staat jedem Juden – unabhängig von seinem Geburtsort – erteilt. Jene Juden, die die Aliyah begehen, erhalten nach ihrer Einreise nach Israel, die israelische Staatsbürgerschaft (vgl. Jewish Agency 2019).

von Israel abhängig ist, besteht kein Sicherheitsdilemma für Israel. Palästina wäre militärisch nicht im Stande, Israel zu bedrohen oder gar anzugreifen. Aus neorealistischer Sicht ist es daher nachvollziehbar, dass Israel dem Friedensplan von Trump wohlwollend zustimmt.

5.3. Palästinas Reaktion auf den Plan der US-Regierung

Der palästinensische Präsident, Mahmoud Abbas, lehnte den Friedensplan von Trump unmittelbar nach seiner Veröffentlichung, strikt ab. Abbas sieht in diesem Friedensplan keine Vorteile für Palästina und das palästinensische Volk. Der Plan sei eine Verschwörung gegen die „palästinensische Sache“ und sei für Palästina „wertlos“ (vgl. Abu Toameh 2020). Zusätzlich dazu verkündete Abbas, Maßnahmen als Reaktion für diesen Friedensplan einzuleiten. Bereits einige Tage nach der Veröffentlichung des Friedensplans drang Palästina die Arabische Liga zu einer Dringlichkeitssitzung in Kairo. Hier erhielt Abbas die Unterstützung der arabischen Staaten obwohl einige davon, wie zum Beispiel Saudi Arabien, die Bemühungen Trumps für den Friedensplan zuvor lobten. In der Abschlusserklärung der Arabischen Liga wurde betont, dass der Plan Trumps die Rechte der Palästinenser nicht berücksichtigen würde. Weiters würde eine Kooperation mit den USA auf der Basis des vorgestellten Plans nicht stattfinden. Zudem wurde Israel in der Abschlusserklärung vor einseitigen Handlungen gewarnt (vgl. Nahost-Plan 2020).

Abbas erklärte neben seiner deutlichen Ablehnung zum Friedensplan Trumps, alle Beziehungen zu den USA einzufrieren. Weiters gab der palästinensische Präsident bekannt, die Anerkennung Israels zurückzuziehen und die Sicherheitsabkommen in der Westbank mit Israel aufzulösen (vgl. Abu Toameh 2020).

Die Ablehnung des Friedensplans durch Abbas und seine Bemühungen, diesen mithilfe der Arabischen Liga zu diskreditieren sowie seine Bekanntmachung, die US-Beziehungen einzufrieren, Israels Anerkennung durch die PLO rückgängig zu machen und die Sicherheitsabkommen zwischen der PA und dem jüdischen Staat aufzulösen, kann der Neorealismus mit seinem Konzept des Sicherheitsdilemmas und des „balancings“ erklären. Palästina wäre durch die Zustimmung des Plans völlig von Israel abhängig. Auch wenn Palästina aktuell von Israel abhängig ist, würde durch die Akzeptanz des Friedensplans Trumps, die Hoffnung auf einen unabhängigen Staat obsolet werden. Der Plan sieht vor, Palästina sowohl wirtschaftlich als auch militärisch von Israel abhängig zu machen (siehe Kapitel 5.1.). Dadurch bestünde eine stetige

Gefahr, dem Wohlwollen Israels ausgeliefert zu sein. Palästinas Existenz wäre ständig von Israel bedroht. Die palästinensische Initiative, die Arabische Liga sofort für eine Dringlichkeitssitzung anzurufen und hier eine Abschlusserklärung zugunsten Palästinas abzugeben, kann als „externes balancing“ verstanden werden. Dennoch ist dieses „balancing“ äußerst limitiert, weil die Bereitschaft der arabischen Staaten, sich für die „palästinensische Sache“ lediglich mit derartigen Erklärungen einzusetzen, keine militärische Bedrohung für Israel darstellt.

Die Ankündigung Abbas' jedoch, die Sicherheitskooperation mit Israel in der Westbank zu beenden, würde für Israel gewisse Risiken mit sich bringen. Wenn die PA nicht mehr mit ihrer eigenen Polizei für Recht und Ordnung in den palästinensischen Städten in der Westbank sorgt, dann müsste Israel sich als Besatzungsmacht im Sinne der Genfer Konvention dieser annehmen. So gab bereits der ermordete israelische Premierminister Rabin seinerzeit seine wohlwollende Unterstützung für eine etwaige Aufgabenteilung mit der PLO in verschiedenen Angelegenheiten im besetzten Gaza bekannt (vgl. Beck 2004: 83f).

„Ich ziehe es vor, dass die Palästinenser selbst sich dem Problem, wie im Gazastreifen Ordnung herzustellen ist, annehmen. [...] Sie werden mit ihren eigenen Methoden herrschen und sie werden, und das ist das Entscheidende, damit die Soldaten der israelischen Armee einer notwendigen Aufgabe entledigen, die sie nun selbst übernehmen“ (ebd. 2004: 83).

Die realistische Annahme eines „balancing“ würde hier in einer Art stattfinden, die nahezu sui generis wäre: Palästina gibt Macht an Israel ab, schwächt jedoch mit dieser Machtabgabe gleichzeitig Israel. Dass dieses Szenario bisher nicht erfolgt ist, bestätigt jedoch die realistische Grundannahme, dass für Staaten stets das eigene Überleben im Vordergrund steht (siehe Kapitel 2.2.1).

6. Zusammenfassung

6.1. Beantwortung der Hypothesen

Im Kapitel 1.4 wurde die Forschungsfrage aufgestellt. Daraus ableitend wurden sechs Hypothesen überprüft. Die Auflistung dieser und ihre Antworten darauf lauten wie folgt:

H1: Der defensive Realismus ist geeigneter für die Erklärung der Kriege zwischen Israel und seinen Nachbarn, da Israel seit seiner Unabhängigkeit seine Sicherheit bedroht sieht.

Ad H1) Die Analyse der Kriege zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten zwischen 1948 und 1973 zeigten, dass der offensive Realismus nach dem Verständnis Mearsheimers eine plausiblere Erklärung liefert. Die Kapazitäten der arabischen Staaten im Sechstagekrieg (siehe Kapitel 3.3.) verdeutlichen, dass Israel den arabischen Staaten gegenüber überlegen war. Die Eroberungen der Gebiete nach dem Sechstagekrieg führten eine Hegemoniestellung Israels herbei. Sowohl der Suezkrieg als auch der Sechstagekrieg/Junikrieg zeigen ein machtmaximierendes Verhalten Israels auf. Die Behauptung, dass der defensive Realismus dem israelischen Verhalten plausiblere Erklärungen zur Verfügung stellt, trifft daher nicht zu.

H2: Die arabischen Staaten sind aufgrund ihrer Kapazitäten auf „external balancing“ angewiesen.

Ad H2) Die arabischen Staaten haben in der Zeit von 1948 bis 1973 stets „externes balancing“ betrieben, indem sie sich immer gegen Israel verbündeten. Gleichzeitig betrieben sie zwar auch „internes balancing“ – deren „capabilities“ wurden im dritten Kapitel aufgezeigt –, jedoch wussten sie, dass nur „internes balancing“ gegenüber Israel nicht ausreichen würde. Durch die Unterstützung der Sowjetunion betrieben sie zeitweise auch eine Art des „bandwagoning“.

Nachdem Ägypten und später Jordanien einen Friedensvertrag mit Israel schloss, wurde die Bedrohung in der Region für Israel geringer.

Der von Trump veröffentlichte Friedensvertrag und der arabische Schulterschluss, Palästina zu unterstützen, ist zwar ein Akt des „externen balancings“, stellt jedoch keine Bedrohung für Israel dar, da der jüdische Staat im Nahen Osten eine

Hegemoniestellung einnimmt. Die H2 kann daher teilweise verifiziert werden, weil die arabischen Staaten nicht nur „externes balancing“ betrieben haben, wenn auch diese Verhaltensstrategie die dominierende bei den arabischen Staaten war und ist.

H3: Aufgrund seiner Kapazitäten kann Palästina kein „balancing“ betreiben und ist auf „bandwagoning“ angewiesen, um die eigenen Interessen durchsetzen zu können.

Ad H3) Bezüglich der Verhaltensstrategie Palästinas lässt sich sagen, dass Palästina – aufgrund der Kapazitäten – wahrlich begrenzte Möglichkeiten hat. Die Aufwertung Palästinas` Status bei der UN ist jedoch als „externes balancing“ zu werten. Palästina hat es geschafft, trotz israelischer und amerikanischer Gegenmachtbildung, einen Beobachterstatus in der GA zu ergattern. Dass Palästina „bandwagoning“ gegenüber Israel betreibt, konnte in dieser Arbeit nicht verifiziert werden. Das „bandwagoning“ sieht vor, dass der schwache Staat sich an den stärkeren Staat anlehnt, der für ihn das „balancing“ übernimmt. Im Fall Palästinas steht jedoch in der Realität kein Staat zur Verfügung, der bereit wäre, gegenüber Israel „balancing“ für Palästina zu betreiben.

H4: Aufgrund der politischen Isolation in der eigenen Geographie, der Historie und des Entwicklungsstandes betreibt Israel gegenüber den Nachbarstaaten primär „internal balancing“.

Ad H4) Israels Stellung auf der Welt als jüdischer Staat und seine Gründungsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg stellt einen Fall sui generis dar. Die Kämpfe mit den Nachbarstaaten und das eigene Machtstreben in der Region führen bis dato zu Unsicherheiten. Die Hypothese, dass Israel in seiner Region isoliert ist, kann verifiziert werden, da im Kapitel 5.3. verdeutlicht wurde, dass die arabischen Staaten – trotz der Friedensverträge mit Israel – stets zu Palästina halten. Ebenso kann verifiziert werden, dass Israel in erster Linie „internes balancing“ gegenüber den arabischen Staaten betrieben hat. Zwar wurde mit den USA eine besondere Beziehung eingegangen, was teilweise zu „bandwagoning“ führt, jedoch verdeutlicht das Verhalten Israels in Bezug auf seine Siedlungs- und Annexionspolitik (siehe Kapitel 4.2) das Festhalten an seinen eigenen Interessen, die der jüdische Staat auch auf Kosten der Sonderbeziehungen mit den USA weiterführt – wie zum Beispiel während der Obama-Administration.

H5: Die „anarchische Weltordnung“ ermöglicht Israel das Festhalten an seiner Siedlungs- und Annexionspolitik.

Ad H5) In der Arbeit konnte Israels Verhalten in der UN als „bandwagoning“ eingestuft werden, da Israel stets auf die Unterstützung der USA als Vetomacht im SC angewiesen war, weil die Möglichkeiten für den jüdischen Staat hierzu begrenzt sind (kein Vetorecht im SC). Andererseits betrieb Israel auch „balancing“ gegenüber den USA, wenn diese kein Veto bei israelkritischen Resolutionen im SC einlegte, indem Israel seine Siedlungs- und Annexionspolitik – trotz der USA – vorantrieb. Die bisherigen Resolutionen, die Israels Siedlungs- und Annexionspolitik verurteilten, konnten keine Änderung herbeiführen. Israel hält bis dato an dieser Politik fest. Die Verurteilungen durch die UN sind für Israel realpolitisch wirkungslos. Die H5 konnte durch die Analysen im vierten Kapitel eindeutig verifiziert werden.

H6: Trumps Nahostfriedensplan bietet Palästina keine Möglichkeit zum Überleben, wodurch Palästina die Existenz verliert.

Ad H6) Die letzte Hypothese, die aufgestellt wurde, wurde im Kapitel 5.2. und 5.3. analysiert und kann eindeutig verifiziert werden. Palästinas strikte Ablehnung dem Friedensplan von Trump gegenüber, entbehrt jeder existenziellen Grundlage, die ein Staat zum Überleben braucht. Die neorealistische Annahme, dass Staaten stets um das eigene Überleben kämpfen, liefert die theoretische Grundlage für die Erklärung des palästinensischen Verhaltens gegenüber dem Friedensplan, da es sich hier um das Überleben des Staates Palästinas handelt und der Friedensplan von Trump, realpolitisch, das Überleben von Palästina unmöglich macht. Vielmehr würde es sich hier um ein Staatengebilde sui generis handeln, das wirtschaftlich, militärisch und sicherheitspolitisch absolut von einem anderen Staat abhängt und dessen Überleben vom Hegemon – in diesem Fall Israel – bestimmt wäre.

6.2. Resümee

Der strukturelle Realismus liefert zum Israel-Palästina-Konflikt in Bezug auf die Auswirkungen für die einzelnen, involvierten Staaten sowie für die gesamte Region und darüber hinaus, nicht nur in der Gesamtheit, sondern auch auf einzelne Ereignisse durchaus plausible Antworten. Beginnend von den Allianzen, die die arabischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg gegen Israel schlossen, bis hin zum „internal balancing“ Israels und der „bandwagoning“ Politik, die sowohl von Israel als auch von

Palästina unterschiedlich betrieben wurden, bestätigen die Erklärungskraft der neorealistischen Theorie. Obwohl Waltz mit seiner Theorie nicht den Anspruch erhebt, alles zu erklären und Einzelheiten außen vorlässt (siehe Kapitel 2.1), bietet der Neorealismus logische Erklärungen für das Verhalten Israels, Palästinas und anderer Akteure in diesem Konflikt. Diese Erklärungsansätze ermöglichen es, den Konflikt nicht wertend, sondern auf Basis theoretischer Ansätze zu durchleuchten. Weiters erklärt der Neorealismus, dass Israel seine Annexions- und Siedlungspolitik weiterführt und weiterführen kann, da Israel einen Hegemonstatus in der Region erreicht hat und diese Stellung seiner Macht, das als zentrales Element dieser Theorie gilt, geschuldet ist. Israels „capabilities“ übertreffen jene der angrenzenden Länder, die, aufgrund des Kosten-Nutzen-Kalküls, eine direkte militärische Konfrontation mit Israel – in Form eines offenen Krieges – seit dem Yom-Kippur-Krieg/Oktoberkrieg vermeiden.

Die neorealistische Theorie gibt ebenso Antworten auf Palästinas Verhalten im Hinblick auf seine Reaktion auf den – zuletzt von US-Präsident Trump veröffentlichten – Friedensplan. Dieser Plan macht das Überleben Palästinas als unabhängigen Staat unmöglich. Das Verhalten Palästinas und Israels sowie der arabischen Staaten in der Region geben in mehreren Hinsichten dem Gründer des Neorealismus, Waltz, recht (siehe Kapitel 2.3.1). Die Machtverhältnisse, die sich im Laufe der Zeit änderten, zwangen die arabischen Staaten zu einem Umdenken, sodass Ägypten und Jordanien einen Friedensvertrag mit Israel schlossen. Syrien hat Israel kein einziges Mal seit dem Yom-Kippur-Krieg/Oktoberkrieg offen angegriffen. Dieses Verhalten liegt der neorealistischen Grundannahme zugrunde und untermauert die Deutungskraft dieser Theorie.

Von diesem theoretischen Grundsatz ausgehend, ist in naher Zukunft keine unerwartete Veränderung in der Region zu erwarten. Israel wird an seiner Siedlungs- und Annexionspolitik festhalten und diese womöglich noch weiter intensivieren. Diese Expansion wird weiterhin auf Kosten der Palästinenser betrieben und die arabischen Länder werden eine militärische Konfrontation mit Israel aufgrund des Kosten-Nutzen-Kalküls vermeiden. John Mearsheimer, ein offensiver Realist, sieht aus unterschiedlichen Gründen einen demokratischen bi-nationalen Staat Israel, in dem Palästinenser und Juden in einem Staat leben, als eine von drei Möglichkeiten vor. Als weitere Option nennt er ein System des Apartheids à la Südafrika für die Palästinenser, die sich aus diesem Konflikt herauskristallisieren würde. Die dritte Option wäre eine ethnische Säuberung auf Kosten der Palästinenser, mit dem Ziel ein Groß-Israel zu

installieren (vgl. Canadians for Justice and Peace in the Middle East 2010). Der Neorealismus beschert Palästina somit keine optimistische Zukunft.

Abschließend kann gesagt werden, dass der Neorealismus logische und transparente Schlüsse auf das Verhalten der Konfliktparteien im Nahostkonflikt zulässt, auch wenn sie – wie im theoretischen Teil zitiert – nicht alles erklären kann, weil es sich hier um eine Theorie handelt. So liefert der Neorealismus etwa keine Erklärung zu Trumps uneingeschränkter Unterstützung für Israel, welche die Rolle der USA als Friedensvermittler im Nahostkonflikt verspielt, indem die Palästinensische Autonomiebehörde ihre diplomatischen Beziehungen zu den USA aufkündigt. Generell liefert der Neorealismus keine tiefgründige Erklärung zu den besonderen Beziehungen zwischen Israel und der USA. Dass Israel als quasi- „Außenposten“ der USA im Nahen Osten agiert, greift dabei zu kurz, zumal mehrere Staaten im Nahen Osten sehr gute Beziehungen zu Washington pflegen und US-Militärstützpunkte in ihren Territorien billigen, jedoch nicht ansatzweise die Unterstützung von den USA bekommen, die Israel zuteilwird.

Heute ist Israel zu einer atomaren Regionalmacht aufgestiegen, während Palästina weder über eine eigene Armee, noch eine funktionierende Wirtschaft verfügt. Die Existenz Palästinas ist quasi dem Wohlwollen seines Erzfeindes ausgeliefert und wird bereits in die Kosten-Nutzen-Analyse israelischer Innenpolitik einkalkuliert. Die arabischen „Brüderstaaten“ sind nicht (mehr) bereit, sich für die palästinensische Sache aktiv einzusetzen, sodass Palästinas Wunsch nach einem vollkommen unabhängigen, überlebensfähigen Staat noch weiter in die Ferne gerückt ist und der Nahostkonflikt die internationale Politik noch weiter beschäftigen wird.

Literaturverzeichnis

- Abu Toameh, Khaled (2020): Abbas: 1,000 'no's to the Trump plan. In: Jerusalem Post, 28. Jänner 2020. Abgerufen unter <https://www.jpost.com/israel-news/peace-group-joint-list-slam-deal-of-the-century-615711> [letzter Zugriff: 26.04.2020].
- Arnold, Guy (2016): Wars in the Third World since 1945. London, Bloomsbury Academic.
- Aßmann, Tim (2019): Netanyahu will Jordantal annektieren. In: Tagesschau, 11. September 2019. Abgerufen unter <https://www.tagesschau.de/ausland/netanyahu-jordantal-103.html> [letzter Zugriff: 05.05.2020].
- Balke, Ralf (2007): Israel. München, C. H. Beck. III Bd.
- Baum, David (2019): Vertreibungen, Kriege, Anschläge: Eine Chronologie des Nahost-Konflikts. In: Stern, 20. Dezember 2019. Abgerufen unter <https://www.stern.de/politik/ausland/vertreibung--kriege--anschlaege--chronologie-des-nahost-konflikts---9052662.html> [letzter Zugriff: 17.03.2020].
- Bawey, Ben (2013): Syriens Kampf um die Golanhöhen. Münster, Edition Forschung.
- Beck, Martin (2004): Jenseits globaler Trends: Zur Bedeutung der israelisch-amerikanischen Allianz für das palästinensische Herrschaftssystem. In: Pawelka, Peter und Lutz Richter-Bernburg (Hg): Religion, Kultur und Politik im Vorderen Orient: die islamische Welt im Zeichen der Globalisierung. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 93-106.
- Bowen, Jeremy (2017): 1967 war: Six days that changed the Middle East. In: BBC, 05. Juni 2017. Abgerufen unter <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-39960461> [letzter Zugriff: 29.03.2020].
- Byman, Daniel (2011): A High Price: The Triumphs and Failures of Israeli Counterterrorism. Oxford, Oxford University Press.
- Canadians for Justice and Peace in the Middle East (2010): Alternatives to a two-state solution. A realist perspective. In: CJPME, Juli 2010. Abgerufen unter https://www.cjpme.org/fs_093 [letzter Zugriff: 13.03.2020].
- Charta der Vereinten Nationen (1945): CHARTER OF THE UNITED NATIONS AND STATUTE OF THE INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE. Abgerufen unter <https://treaties.un.org/doc/publication/ctc/uncharter.pdf> [letzter Zugriff: 13.03.2020].
- Cohen, Avner (2010): Worst-kept secret. Israel's bargain with the bomb. New York, Columbia University Press.
- Croitoru, Joseph (2008): Gegossenes Blei. In: Frankfurter Allgemeine, 28. Februar 2020. Abgerufen unter <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/gaza-gegossenes-blei-1740652.html> [letzter Zugriff: 28.02.2020].
- Das Westjordanland nach dem Oslo-Abkommen (2015). In: Arte, 17. September 2015. Abgerufen unter <https://info.arte.tv/de/das-westjordanland-nach-dem-oslo-abkommen> [letzter Zugriff: 01.02.2020].

- Daum, Josef (2006): Offensiver Realismus. 14. Juli 2006. Abgerufen unter <https://sezeession.de/10998/offensiver-realismus> [letzter Zugriff: 06.02.2020].
- Demokratiezentrum Wien (o. J.): Wissenslexikon. Zweistaatenlösung. In: Demokratiezentrum. Abgerufen unter <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/wissenslexikon/zweistaatenloesung.html> [letzter Zugriff: 03.02.2020].
- Der Standard (2020): Arabische Liga lehnt Trumps Nahost-Plan ab. In: Der Standard, 01. Februar 2020. Abgerufen unter <https://www.derstandard.at/story/2000114061227/abba-kuendigt-abbruch-aller-beziehungen-zu-israel-an> [letzter Zugriff: 27.04.2020].
- Donnelly, Jack (2000): Realism and international reations. Cambridge, Cambridge University Press.
- Economic Cooperation Foundation (1980): The Israeli-Palestinian Conflict. An Interactive Database. Abgerufen unter <https://ecf.org.il/issues/issue/92> [letzter Zugriff: 03.04.2020]
- EEAS (2016): Middle East Peace process. 15. Juni 2016. Abgerufen unter https://eeas.europa.eu/diplomatic-network/middle-east-peace-process/337/middle-east-peace-process_en [letzter Zugriff: 03.02.2020].
- Engelhardt, Marc (2018): Weltgemeinschaft am Abgrund. Warum wir eine starke UNO brauchen. Berlin, Christoph Links Verlag GmbH.
- Föderl-Schmid, Alexandra (2020): Wie sich Trump die «Zweistaatenlösung» vorstellt. In: Tagesanzeiger, 29. Jänner 2020. Abgerufen unter <https://www.tagesanzeiger.ch/ausland/naher-osten-und-afrika/trump-stellt-zweistaatenloesung-vor/story/30413134> [letzter Zugriff: 05.02.2020].
- Franke, Martin (2018): Heiliger Kampf um das Westjordanland. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Juni 2018. Abgerufen unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/israelischer-siedlungsbau-heiliger-kampf-um-das-westjordanland-15635681.html> [letzter Zugriff: 05.04.2020].
- Freedmann, Robert O (1986): The Middle East after the Israeli invasion of Lebanon. New York, Syracuse University Press. I Bd.
- Friedl, Walter (2012): Palästina ist UN-Beobachterstaat. In: Kurier, 29. November 2012. Abgerufen unter <https://kurier.at/politik/ausland/palaestina-ist-un-beobachterstaat/1.522.774> [letzter Zugriff: 23.02.2020].
- Gaouette, Nicole (2017): Despite Haley threat, UN votes to condemn Trump's Jerusalem decision. In: CNN, 22. Dezember 2017. Abgerufen unter <https://edition.cnn.com/2017/12/21/politics/haley-un-jerusalem/index.html> [letzter Zugriff: 02.04.2020].
- Halper, Jeff (2016): Die Beziehungen zwischen den USA und Israel: Wedelt der Schwanz mit dem Hund? In: Rosa Luxemburg Stiftung, 13. Dezember 2016. Abgerufen unter https://www.rosalux.org.il/die-beziehungen-zwischen-den-usa-und-israel-wedelt-der-schwanz-mit-dem-hund/#_ftn2 [letzter Zugriff: 02.04.2020].

- Hartmann, Jürgen (2009): Internationale Beziehungen. 2. aktualisierte und überarbeitete Auflage. Wiesbaden VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Hincks, Joseph (2019): Netanyahu Is Running for Re-Election as 'Mr. Security.' But His Strategy in Gaza Might Be His Achilles Heel. In: Time, 02. April 2019. Abgerufen unter <https://time.com/5561941/israel-hamas-gaza-netanyahu-elections/> [letzter Zugriff: 03.02.2020].
- Homepage der Vereinten Nationen (o.J.): United Nations Security Council. Abgerufen unter <https://www.un.org/securitycouncil/> [letzter Zugriff: 03.04.2020].
- Homepage of the US Embassy in Israel (o.J.): Relationship. Policy-History. Abgerufen unter <https://il.usembassy.gov/our-relationship/policy-history/> [letzter Zugriff: 02.04.2020]
- Hut et al., Shafiq (2011): My life in the PLO. The inside story of the Palestinian struggle. New York, Pluto Press.
- Inbar, Avner und Assaf Sharon (2017): Molad. Israeli Security Pays Price for Settlements. Studie. Jerusalem.
- Isacoff, Jonathan B. (2006): Writing the Arab-Israeli Conflict. Pragmatism and historical inquiry . Lanham, Lexington Books.
- Israel Ministry of Foreign Affairs (1995): THE ISRAELI-PALESTINIAN INTERIM AGREEMENT-Annex I. 28. September 1995. Abgerufen unter <https://mfa.gov.il/MFA/ForeignPolicy/Peace/Guide/Pages/THE%20ISRAELI-PALESTINIAN%20INTERIM%20AGREEMENT%20-%20Annex%20I.aspx#article2> [letzter Zugriff: 24.04.2020].
- Israeli Missions Around The World (o. J.): Embassies of Israel. Abgerufen unter <https://embassies.gov.il/Pages/IsraeliMissionsAroundTheWorld.aspx> [letzter Zugriff: 19.01.2020].
- Jewish Agency (2019): Aliyah Statistics. 14. März 2019. Abgerufen unter <http://archive.jewishagency.org/news/aliyah-statistics—2018> [letzter Zugriff: 24.04.2020].
- Johannsen, Margret (2009): Der Nahost-Konflikt. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften. II Bd.
- Johannsen, Margret (2011): Der Nahost-Konflikt. Wiesbaden,. VS Verlag für Sozialwissenschaften III Bd.
- Kahl, Martin und Bernhard Rinke (2011): Frieden in den Theorien der Internationalen Beziehungen. Gießmann, Hans J und Bernhard Rinke (Hg). Handbuch Frieden. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 70-85.
- Keller, Leon (2013): Der Sturz des Mubarak-Regimes. Ägypten unter ökonomischem Druck. Diplomarbeit. Hamburg, Diplomica Verlag.
- Kersel, Morag (2014): Fractured oversight The ABCs of cultural heritage in Palestine after the Oslo Accords. Journal of Social Archaeology, April 2014. Abgerufen unter https://www.researchgate.net/figure/Map-of-Areas-A-B-and-C-after-Oslo-II_fig1_276258691 [letzter Zugriff: 03.02.2020].

- Langels, Otto (2014): Zum ersten Mal auf der großen Weltbühne. In: Deutschlandfunk Kultur, 13. November 2014. Abgerufen unter https://www.deutschlandfunkkultur.de/jassir-arafat-zum-ersten-mal-auf-der-grossen-weltbuehne.932.de.html?dram:article_id=303011 [letzter Zugriff: 05.05.2020]
- Lemke, Christian (2008): Internationale Beziehungen. Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder. München, Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Little, Richard (2007): The Balance of Power in International Relations: Metaphors, Myths and Models. Cambridge, Cambridge University Press.
- Masala, Carlo (2005): Kenneth N. Walz: Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern. Baden-Baden, Nomos.
- Morgenthau, Hans J. (1963): Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik. Gütersloh..
- Müller, Markus M. (2011): Casebook internationale Politik. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- National Intelligence Estimate (2011): The Palestinians and the Fedayeen as Factors In the Middle East Situation. Geheimdokument vom 11. Februar 1971. Abgerufen unter <https://www.cia.gov/library/readingroom/docs/CIA-RDP00T02041R000100220001-1.pdf> [letzter Zugriff: 07.01.2020].
- ORF (2014): Lexikon der Religionen. in: ORF, 21. April 2014. Abgerufen unter <https://religion.orf.at/lexikon/stories/2553000/> [letzter Zugriff: 30.03.2020].
- Pappé, Ilan (2006): The making of the Arab-Israeli-Conflict 1947-1951. New York, Tauris. I. Bd.
- Puschke, Jens und Tobias Singelstein (2018): Der Staat und die Sicherheitsgesellschaft. Wiesbaden,. Springer Fachmedien.
- Resolution und Beschlüsse des Sicherheitsrates 1980 (1982): Offizielles Protokoll: Fünfunddreissigtes Jahr. Abgerufen unter https://www.un.org/depts/german/sr/sr_80/s-inf-36.pdf [letzter Zugriff: 03.04.2020].
- Schimmelfennig, Frank (2017): Internationale Politik. Paderborn, Uni-Taschenbücher GmbH Verlag. V. Bd.
- Schlüter, Fabian Erik (2020): Jared Kushner prägt Trumps Nahost-Kurs. In: Salzburger Nachrichten, 29. Jänner 2020. Abgerufen unter <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/jared-kushner-praegt-trumps-nahost-kurs-82692040> [letzter Zugriff: 18.04.2020].
- Schmid, Ulrich (2019): Camp-David-Abkommen. Der «kalte Friede», der zwei Libanonkriege, palästinensische Aufstände und selbst die Arabellion überdauert hat. In: NZZ, 26. März 2019. Abgerufen unter <https://www.nzz.ch/international/alte-feinde-pragmatisch-verbuendet-ld.1469776> [letzter Zugriff: 02.04.2020].
- Schwabe, Dennis (2001): Die Suezkrise 1956. München, GRIN.

- Segenreich, Ben (2017): Sechstagekrieg: "1967 war ein Gezeitenwechsel". In: Der Standard, 05. Juni 2017). Abgerufen unter <https://www.derstandard.at/story/2000058759749/folgen-des-sechstagekrieges-1967-war-ein-gezeitenwechsel> [letzter Zugriff: 02.03.2020].
- Serr, Marcel (2013): Angriff an Jom Kippur. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Juni 2013. Abgerufen unter http://www.bundesheer.at/pdf_pool/omz/oemz2013_06.pdf [letzter Zugriff: 01.04.2020].
- Serr, Marcel (2017): Zum 50. Jahrestag: Israels Sechstagekrieg 1967. In: Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift, Juni 2017. Abgerufen unter https://www.academia.edu/33418789/Zum_50._Jahrestag_Israels_Sechstagekrieg_1967 [letzter Zugriff: 03.03.2020].
- Siniver, Asaf (2013): The Yom Kippur War: politics, legacy, diplomacy. Oxford, Oxford University Press.
- Stetter, Stephan und Jenny Hestermann (2018): Die internationalen Beziehungen Israels. In: Bundeszentrale für politische Bildung, 28. Mai 2018. Abgerufen unter <https://www.bpb.de/izpb/268922/die-internationalen-beziehungen-israels> [letzter Zugriff: 27.04.2020].
- Szyszkowitz, Tessa (2008): Trauma und Terror. Zum palästinensischen und tschetschenischen Nationalismus. Budapest, Böhlau Verlag.
- Taschler, Daniela und Tim Szatkowski (2015): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1984. 1. Januar bis 31. Dezember. Berlin, De Gruyter Oldenbourg. Abgerufen unter <https://www.degruyter.com/view/title/320431> [letzter Zugriff: 20. April 2020].
- The Times of Israel (2019): West Bank settlements report rapid growth in 2019. In: Times of Israel, 28. Jänner 2020. Abgerufen unter <https://www.timesofisrael.com/west-bank-settlements-report-rapid-growth-in-2019/> [letzter Zugriff: 02.05.2020].
- Thimm, Johannes (2006): Der Streit um die "Israel Lobby" in den USA. Mearsheimer und Walt in der Kritik. In: SWP-Zeitschriftenschau, 4. Juni 2006. Abgerufen unter https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/zeitschriftenschau/2006ZS04_tmm_ks.pdf [letzter Zugriff: 02.04.2020].
- UN-Informationsschrift (2004): Ausschuss für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des Palästinensischen Volkes und Abteilung für die Rechte der Palästinenser 2004. Abgerufen unter <https://www.un.org/Depts/german/friesi/a-ac183pal2004.pdf> [letzter Zugriff: 03.05.2020].
- UN-Resolution 446 (1979): Resolution 446, verabschiedet am 22. März 1979. Abgerufen unter <http://unscr.com/en/resolutions/doc/446> [letzter Zugriff: 13.05.2020].
- UN-Resolution 181 (1993): Resolution 181, verabschiedet am 29. November 1947. Abgerufen unter <https://www.un.org/Depts/german/gv-early/ar181-ii.pdf> [letzter Zugriff: 13.05.2020].

- UN-Resolution 242 (1967): Resolution 242, verabschiedet am 22. November 1967. Abgerufen unter https://www.un.org/Depts/german/sr/sr_67/sr242-67.pdf [letzter Zugriff: 28.04.2020].
- UN-Resolution 2334 (2016): Meeting Coverage and Press releases. In: United Nations, 23. Dezember 2016. Abgerufen unter <https://www.un.org/press/en/2016/sc12657.doc.htm> [letzter Zugriff: 05.05.2020].
- United Nation - UNRWA (2018): UNRWA Faces Greatest Financial Crisis in its History following 2018. Information Media, 9. November 2018. Abgerufen unter <https://www.un.org/unispal/document/unrwa-faces-greatest-financial-crisis-in-its-history-following-2018-funding-cuts-commissioner-general-tells-fourth-committee-press-release/> [letzter Zugriff: 02.04.2020].
- United Nations Peacemaker (1997): Interim Agreement West Bank Gaza Strip. UN-Dokument, 5. Mai 1997. Abgerufen unter https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/IL%20PS_950928_InterimAgreementWestBankGazaStrip%28OsloII%29.pdf [letzter Zugriff: 25.04.2020].
- Vereinte Nationen (1948): 194 (III). Palästina: Zwischenbericht des Vermittlers der Vereinten Nationen, 11. Dezember 1948. Abgerufen unter <https://www.un.org/depts/german/gv-early/ar194-iii.pdf> [letzter Zugriff: 27.04.2020].
- Wacker, Ulrich (2018): Als Frieden möglich schien. 25 Jahre nach den Oslo-Abkommen für eine Friedensordnung zwischen Israel und den Palästinensern. In: Friedrich Naumann Stiftung, 13. September 2018. Abgerufen unter <https://www.freiheit.org/nahost-als-frieden-moglich-schien> [letzter Zugriff: 17.03.2020].
- Wagner, R. Harrison (2007): War and the state: the theory of international politics. Michigan, University of Michigan Press.
- Walt, Stephen M. (1987): The Origins of Alliance. Ithaca, Cornell University Press.
- Waltz, Kenneth N. (1988): The Origins of Neorealist Theory. In: The Journal of Interdisciplinary History, 1988. The MIT Press. IV. Bd. S. 615-628. Abgerufen unter <http://users.metu.edu.tr/utuba/Waltz.pdf> [letzter Zugriff: 02.02.2020].
- White House (2020): Offizielle Homepage des Weißen Hauses. Jänner 2020. Abgerufen unter <https://www.whitehouse.gov/peacetoprosperity/political/> [letzter Zugriff: 17.04.2020].
- Worldbank (2019): MENA Economic update. Poverty & Equity and Macroeconomics, Trade & Investment Global Practices. Oktober 2019. Abgerufen unter <http://pubdocs.worldbank.org/en/250361570664056483/EN-MPO-OCT19-Palestine.pdf> [letzter Zugriff: 12. April 2020].
- Zehetmair, Hans (2006): Suez - eine weltpolitische Krise mit Folgen. In: NZZ, 29. Oktober 2006. <https://www.nzz.ch/articleEHAA8-1.71164> [letzter Zugriff: 17.04.2020].

Zeino-Mahmalat (2006): Hegemonie ohne Gefolgschaft?. Die Neuordnung der Regierung Bush jr. im Nahen und Mittleren Osten zwischen regionaler Machtbalance und hegemonialer Stabilität. Berlin, LIT Verlag.

Zeit Online (2016): Israel und Ägypten nähern sich an. In: Zeit Online, 10 Juli 2016. Abgerufen unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-07/nahost-konflikt-israel-aegypten-annaeherung> [letzter Zugriff: 05.05.2020].

Zievi, Tamara (2012): This Week In History: The Arab League's three no's. In: Jerusalem Post, 26. August 2012. Abgerufen unter <https://www.jpost.com/features/in-th spotlight/this-week-in-history-the-arab-leagues-three-nos> [letzter Zugriff: 01.04.2020].

Quellenangabe für Abbildungsverzeichnis

Abb.1: Masala, Carlo (2005): Kenneth N. Walz: Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern. Baden-Baden, Nomos. S. 59.

Abb. 2: Lexas Information Network (o. J.): UN-Teilungsplan für Palästina. In: Lexas. Abgerufen unter https://www.lexas.de/naher_osten/palaestina/un-teilungsplan.aspx [letzter Zugriff: 12.05.2020].

Abb. 3: Tagesanzeiger (2011): 200 Resolutionen ohne Wirkung. In: Tagesanzeiger, 23. September 2011. Abgerufen unter <https://www.tagesanzeiger.ch/ausland/naher-osten-und-afrika/200-Resolutionen-ohne-Wirkung/story/20116399> [letzter Zugriff: 12.05.2020].

Abb. 4: Segenreich, Ben (2017): Sechstagekrieg: "1967 war ein Gezeitenwechsel". In: Der Standard, 05. Juni 2017). Abgerufen unter <https://www.derstandard.at/story/2000058759749/folgen-des-sechstagekrieges-1967-war-ein-gezeitenwechsel> [letzter Zugriff: 02.03.2020].

Abb. 5 und 6: Privataufnahmen durch den Verfasser. Aufgenommen Juni 2011.

Abb. 7: Schneider, Peter (2015): Sperranlage in Israel. Die neue Mauer steht im Orient. In: Frankfurter Allgemeine, 28. Juli 2015. Abgerufen unter https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/peter-schneider-mauer-trennt-israel-und-palaestina-13708169.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 [letzter Zugriff 23.04.2020].

Abb. 8: Böhme, Christian und Lissy Kaufmann (2017): Zwei-Staaten-Lösung: Verbaut. In: Der Tagesspiegel, 07. Februar 2017. Abgerufen unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/neues-gesetz-zu-israelischen-siedlungen-zwei-staaten-loesung-verbaut/19360628.html> [letzter Zugriff 01.05.2020].

Abb. 9 und 10: Giesel, Jens (2018): Heiliger Kampf um das Westjordanland. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Juni 2018. Abgerufen unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/israelischer-siedlungsbau-heiliger-kampf-um-das-westjordanland-15635681.html> [letzter Zugriff: 05.04.2020].

Abb. 11: Carey, Andrew (2016): Israel's Knesset advances bill on legalizing West Bank outposts. In: CNN, 08. Dezember 2016. Abgerufen unter <https://edition.cnn.com/2016/12/07/middleeast/israel-parliament-outposts/index.html> [letzter Zugriff: 14.04.2020].

- Abb. 12: „Arafat vor der UNO“. In: Der Spiegel, o. J. Abgerufen unter <https://www.spiegel.de/politik/ausland/1974-arafat-vor-der-uno-a-176415.html> [letzter Zugriff: 27.04.2020].
- Abb. 13: Wacker, Ulrich (2018): Als Frieden möglich schien. In: Friedrich Naumann Stiftung, 13. September 2018. <https://www.freiheit.org/nahost-als-frieden-moeglich-schien> [letzter Zugriff: 27.04.2020].
- Abb. 14: Kersel, Morag (2014): Fractured oversight: The ABCs of cultural heritage in Palestine after the Oslo Accords. In: Researchgate, Jänner 2014. Abgerufen unter https://www.researchgate.net/figure/Map-of-Areas-A-B-and-C-after-Oslo-II_fig1_276258691 [letzter Zugriff: 01.05.2020].
- Abb. 15: White House (2020): Offizielle Homepage des Weißen Hauses. Seite 41. Jänner 2020. Abgerufen unter <https://www.whitehouse.gov/peacetoprosperity/political/> [letzter Zugriff: 17.04.2020].
- Abb. 16: White House (2020): Offizielle Homepage des Weißen Hauses. Seite 42. Jänner 2020. Abgerufen unter <https://www.whitehouse.gov/peacetoprosperity/political/> [letzter Zugriff: 17.04.2020].

Quellenangabe für Tabellenverzeichnis

- Tabelle 1: Serr, Marcel (2013): Angriff an Jom Kippur. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Juni 2013. Seite 43. Abgerufen unter http://www.bundesheer.at/pdf_pool/omz/oemz2013_06.pdf [letzter Zugriff: 01.04.2020].

Abstract DE

In dieser Masterarbeit wird der Israel-Palästina-Konflikt in der aktuellen Debatte aus neorealistischer Perspektive beleuchtet. Daraus wird die Forschungsfrage „inwiefern kann die Theorie des strukturellen Realismus den Israel-Palästina-Konflikt erklären?“, abgeleitet und beantwortet. Der Neorealismus, seine Grundannahmen und Signalwörter dienen dabei stets als „Werkzeuge“ für die Erklärung verschiedener Verhaltensmuster von Staaten, die im Israel-Palästina-Konflikt involviert sind. Dabei wurde deutlich, dass der offensive Realismus nach John Mearsheimer eine plausiblere Erklärung zu den kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den arabischen Staaten liefert als der defensive nach Kenneth Waltz. Das Verhalten der arabischen Staaten kann primär als „external balancing“ beschrieben werden, wohingegen Israels Verhalten als „internal balancing“ zu beurteilen ist. Während der Neorealismus das ablehnende Verhalten Palästinas zum aktuellen Friedensplan von Donald Trump erklärt, kann diese Theorie in ihrer Grundannahme die Sonderbeziehung zwischen Israel und den Vereinigten Staaten von Amerika nicht eindeutig begründen.

Abstract EN

This master thesis deals with the Israeli-Palestinian conflict in the actual debate from a neorealist perspective. In this regard, the research question is as followed: „in what way describes the theory of structural realism the Israeli-Palestinian conflict?“. Therefore, the theory of neorealism, its basic assumption and signal words provide the instruments in order to explain the different behavioural patterns of states as actors during the Israeli-Palestinian conflict. Consequently, the theory is a constant companion of this thesis. It became apparent that the offensive realism of John Mearsheimer provides more valid explanation than the defensive realism of Kenneth Waltz. It came out that the Arabic countries operate „external balancing“, while Israel's behaviour is explained as „internal balancing“. Neorealism also explains Palestine's rejection to the current peace plan of Donald Trump but the theory does not give reasonable answer to the special relationship between Israel and the United States of America.